

AUFTRAG



216 / April 1995

35. Jahrgang

- **FRIEDENSETHIK**
Erziehung zum Frieden
Das Völkerrecht und die humanitäre Intervention
- **EUROPÄISCHE SICHERHEIT**
Außenpolitik und Sicherheitsinteressen Deutschlands
Atlantische Sicherheitsinteressen
Zur Lage im Mittelmeerraum
- **WELTKIRCHE**
Kopten, ungeliebte Minderheit mit großem Nutzen
- **DER CHRISTLICHE MANN**
Was aber, wenn Kinder keine religiöse Fragen stellen?
Spiritualität des Mannes im Alten Testament
- **THEMEN UND MEINUNGEN**
Auschwitz und die deutschen Katholiken
P. Lothar Groppe SJ zum Wort der deutschen Bischöfe
- **AUS GKS UND MILITÄRSEELSORGE**
GKS-Akademie Oberst Helmut Korn

INHALT

| | |
|---|----------------|
| EDITORIAL | 3 |
| FRIEDENSETHIK | 3 |
| Die Weltfriedensbotschaft des Papstes (PS) | 3 |
| Der Friede ist die Zielvorstellung christlicher Heilsverkündigung (Erzbischof Donato Squicciarini) | 4 |
| „Erziehung zum Frieden“ (Erzbischof Johannes Dyba) | 9 |
| Kath. Militärbischof: Deutschland zu tätiger Solidarität mit der Völkergemeinschaft verpflichtet (KMBA) | 13 |
| Erziehung zum Frieden, eine Dimension des Soldaten (Oberst i.G. Jürgen Bringmann) | 14 |
| „Liebet eure Feinde – tut Gutes denen, die euch hassen“ (Peter Emontzpohl) | 15 |
| Ehemaliges Jugoslawien | 17 |
| Sudan | 17 |
| Die humanitäre Intervention (Dieter Blumenwitz) | 18 |
| EUROPÄISCHE SICHERHEIT | 23 |
| Militärische Einsätze stehen nicht im Vordergrund unseres Denkens (PS) | 23 |
| Nordafrika auf dem Wege zum radikalen Islamismus? – Bedeutung für die NATO-Mitglieder (Ro-IAP) | 24 |
| Neue strategische Rolle der Türkei? (IAP) | 25 |
| Atlantische Interessenkonvergenz (Jürgen E. Schrempp) | 26 |
| Hoffnung für die Armen in der Welt – Papst zum Weltsozialgipfel (bt) | 27 |
| Um eine Slawische Union bemüht (Diethild Treffert) | 28 |
| WELTKIRCHE: KOPTEN | |
| Ungeliebte Minderheit mit großem sozialen Nutzen (Paul Richard Blum) | 29 |
| DER CHRISTLICHE MANN | |
| Was aber, wenn die Kinder keine religiösen Fragen stellen? (Werner Berg) | 31 |
| ZEUGEN DES GLAUBENS | 37 |
| Soldat und Seliger! – Was verbindet Soldaten mit dem Seligen Pater Rupert Mayer SJ? (Helmut Fettweis) | 37 |
| Namenstage – eine Reminiszenz (Wigbert O. Werner) | 38 |
| PETRUS-, PAPSTAMT | 39 |
| Petrus, III. Teil (Johannes Cofalka) | 39 |
| Neue Enzyklika „Evangelium vitae“ (bt) | 42 |
| THEMEN UND MEINUNGEN | 42 |
| Gläubige Katholiken: größte Bereitschaft Verfolgten zu helfen (P. Lothar Groppe SJ) | 42 |
| Gedanken zum Aufbau (Helmut Fettweis) | 48 |
| AUS GKS UND MILITÄRSEELSORGE | 50 |
| Verantwortung für ein soziales Miteinander (PS) | 50 |
| „Am besten sollte man für ein paar Jahre die Begriffe Ost – West streichen“ (Klaus Brandt) | 51 |
| „RENOVABIS im zweiten Jahr – ein informativer Rück- und Ausblick“ (Peter Weber) | 54 |
| Wechsel im Vorstand Wehrbereich V (Friedrich Brockmeier) | 55 |
| Wehrbereich I: Den Weg zum Frieden gehen (Franz-Josef Hosse) | 56 |
| Ökumenische Sankt-Ansgar-Vesper (Günter Thye) | 56 |
| Arbeits- und GKS-Wehrbereichskonferenz in Kiel (Wolfgang Schrader) | 57 |
| Termine | 57 |
| GKS-AKADEMIE OBERST HELMUT KORN (PS) | 58 |
| KURZ NOTIERT | 13, 16, 36, 50 |
| PERSONALIA | 30, 50, 55 |
| BUCHBESPRECHUNGEN | 59 |

EDITORIAL

Liebe Lesergemeinde,

nun ist es so weit – pünktlich zum Beginn des 35. Erscheinungsjahres halten Sie die Verbandszeitschrift AUFTRAG der Gemeinschaft Katholischer Soldaten in neuem Gewand und Format in Händen.

Die Redaktion hofft, daß durch das neue Layout, den geringeren Umfang und die Stichworte die Lesefreude und damit auch die Akzeptanz gesteigert werden. Der AUFTRAG übernimmt nun auch die Funktion von GKS-aktuell, das heißt er kann durch das häufigere Erscheinen auch besser aktuelle Themen berücksichtigen als es bisher im alten AUFTRAG der Fall war.

Die Verbandszeitschrift will der umfassenderen inneren und äußeren Kommunikation sowie der verbandlichen Weiterbildung dienen. Dies setzt aber voraus, daß Sie als Leserin oder Leser sich an dieser Aufgabe mit Beiträgen oder Leserbriefen rege beteiligen, um zu einzelnen Themen auch eine Diskus-

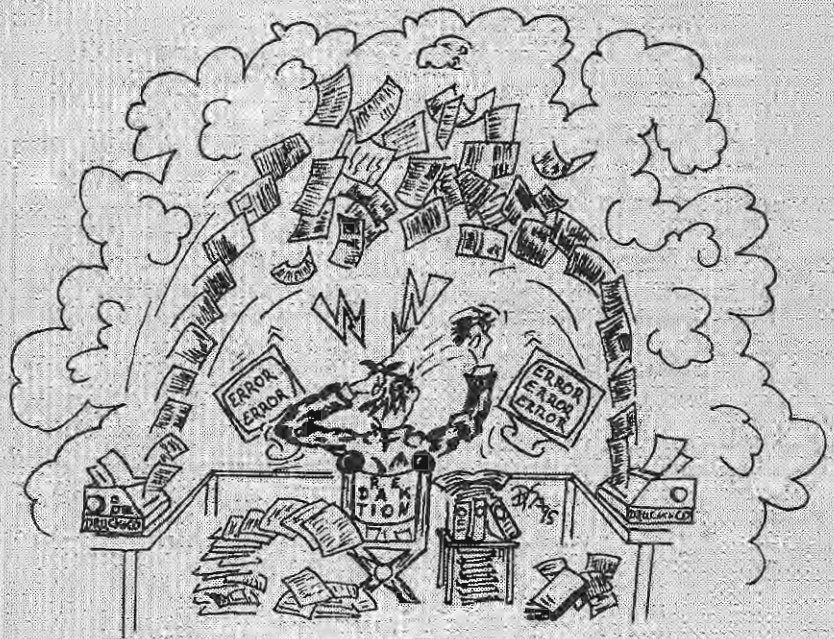
sion und damit einen Gedankenaustausch anzufachen.

Die Inhalte werden sich auch in Zukunft am Berufsbereich Bundeswehr, dem Sachbereich Sicherheit, Frieden und Gerechtigkeit, der katholischen Glaubens- und Soziallehre sowie dem sich aus den Leitsätzen ergebenden Verständnis der GKS orientieren. Die Redaktion freut sich, wenn möglichst zahlreiche Stellungnahmen

zum neuen AUFTRAG abgegeben werden, um mögliche Korrekturen für Sie vornehmen zu können. Eine erste Gelegenheit dazu bietet die 35. Woche der Begegnung in Wald Fischbach vom 24.–29. April 1995.

Bis dahin mit freundlichen Grüßen

Ihr Redaktionsteam



FRIEDENSETHIK

Die Weltfriedensbotschaft des Papstes

Einführung in die Dokumentation zum Welttag für den Frieden 1995

Der von Papst Paul VI. im Jahr 1968 verkündete „Welttag des Friedens“ ist für die GKS alljährlich Anlaß gemeinsam mit den Militärggeistlichen in den Standorten der Bundeswehr und mit den Bischöfen der Ortskirchen in Gottesdiensten um den Frieden für unser Vaterland und in der Welt zu beten. Ausgangs- und Höhepunkt ist jeweils der Internationale Soldatengottesdienst, den der Erzbischof von Köln mit den in seiner Diözese stationierten Soldaten und Beamten des BGS und der Polizei feiert.

Darüber hinaus nutzt die Gemeinschaft die Gelegenheit, sich in Festveranstaltungen und Weiterbildungen auf Kreisebene mit dem Thema der jeweiligen Friedensbotschaft des Papstes sowie mit der Friedenslehre der Kirche auseinanderzusetzen. Aus diesem Grund setzt die Redaktion den friedensethischen Schwerpunkt des letzten AUFTRAG 215 (Botschaft des Papstes für 1995, Dokumentation der Feier in Köln am 31.01.95) in der vorliegenden Ausgabe fort.

Am Beginn steht die Wiedergabe

eines Vortrags, den der Apostolische Nuntius in Österreich, Erzbischof Donato Squicciarini, am 19. Januar am Institut für Ethik und Sozialwissenschaften der Universität Wien gehalten hat (s.u.). Darin gibt er einen Überblick über die Friedenslehre des II. Vaticanums, über die Friedensbotschaften der Päpste im 20. Jahrhundert und geht zum Schluß auf die Aufgaben der Kirche beim Aufbau Europas ein. Der Nuntius stellt abschließend heraus, daß Frieden kein Pazifismus sei, hinter dem sich eine billige und

bequeme Auffassung vom Frieden verbergen könne. Vielmehr verkünde Frieden die hohen und allgemeingültigen Werte des Lebens: Wahrheit und Liebe, Gerechtigkeit und Freiheit.

An diese Grundwerte „Wahrheit, Gerechtigkeit, Liebe und Freiheit“ knüpft auch der Militärbischof für die Deutsche Bundeswehr in seinem Vortrag „Erziehung zum Frieden“ (s.S. 10) an, den Erzbischof DDr. Johannes Dyba bei der Feier des Weltfriedens-tages der GKS Bonn am 16.02.1995 gehalten hat. Unter den zahlreichen Gästen, die der Vorsitzende des GKS-Kreises Bonn, Oberst i.G. Bernd Englert, in der bis auf den letzten Platz gefüllten Aula des Collegiums Josephinum begrüßen konnte, befanden sich

der Apostolische Nuntius in Deutschland, Erzbischof Lanos Kada, der Botschafter der Islamischen Republik Pakistan, Asad Durrani, und führende Vertreter der deutschen und befreundeter Streitkräfte.

Der Bundesvorsitzende der GKS, Oberst i.G. Jürgen Bringmann wies in seiner kurzen Ansprache „Erziehung zum Frieden, eine Dimension des Soldaten“ darauf hin, daß Papst Johannes Paul II. die 'humanitäre Einmischung' zur Pflicht macht, wenn 'das Überleben der Völker und ethnischen Gruppen schwer betroffen wird'.

Als Kontrast zu den Äußerungen der beiden Erzbischöfe zur kirchlichen Friedenslehre wird die Predigt von

Kaplan Peter Emontzpohl, St. Michael Waldbröl, abgedruckt. Diese Katechese hat die unmittelbare Friedensbotschaft des Evangeliums „Liebet eure Feinde – tut Gutes denen, die euch hassen“ zum Thema. Sie fordert als persönlichen Beitrag zum Frieden die Umkehr und die Nachfolge Christi.

Der friedensethische Schwerpunkt des Heftes wird abgeschlossen durch einen Aufsatz aus der Beilage zum „Parlament“ B 47. Der Völkerrechtler Prof. Dieter Blumenwitz, untersucht darin die Erlaubtheit von (gewaltsamen) humanitären Interventionen zur Verhinderung oder Beseitigung massiver Menschenrechtsverletzungen nach der gültigen Völkerrechtslehre. (PS)

FRIEDENSETHIK

Der Friede ist die Zielvorstellung christlicher Heilsverkündigung

Erzbischof Donato Squicciarini

Jeder Mensch sehnt sich nach Frieden! Jedes Volk sehnt sich bewußt oder unbewußt nach Frieden! Der Friede aber ist ein Werk der Gerechtigkeit: er ist die Frucht der Ordnung und des Respekts vor der Hierarchie der Werte.

Der Aufbau des Friedens in jedem Herzen, in jeder Familie, in jeder Gemeinschaft, in jeder Nation und in der ganzen Welt verlangt einen beständigen Einsatz; er braucht den Beitrag aller Menschen.

Der Friede kann sich nicht auf die Unechtheit wortreicher Rhetorik gründen. Man kann nicht vom Frieden reden, wenn die bewährten Grundpfeiler des Friedens nicht anerkannt und geachtet werden, d.h. Wahrheit und Liebe, Gerechtigkeit und verantwortungsvolle Freiheit.

I. Lehre des II. Vatikan. Konzils über den Frieden

Der Friede ist auch die Zielvorstellung christlicher Heilsverkündigung. Seine Förderung bleibt unbeschadet

Inhalt

I. Lehre des II. Vatikanischen Konzils

II. Friedensbemühungen der Päpste des 20. Jhd.

1. Benedikt XV. (1914-1922)
2. Pius XI. (1922-1939)
3. Pius XII. (1939-1958)
4. Johannes XXIII. (1958-1963)
5. Paul VI. (1963-1978)
6. Johannes Paul I. (26.08.-28.09.1978)
7. Johannes Paul II. (16.10.1978-)

III. Die Aufgabe der Kirche beim Aufbau eines neuen Europa

IV. Anmerkungen

wechselvoller Zeitenläufe ein Hauptanliegen christlicher Weltgestaltung. Die ganze Frohe Botschaft Gottes ist

eine Botschaft des Friedens.

Schon die Engelsbotschaft bei der Geburt Christi verweist auf die mehrfache Dimension der Wirklichkeit des Friedens: Es bedarf nicht allein der Huld des Herrn, sondern auch des guten Willens und der ihn begleitenden Tat jedes einzelnen Menschen.

Entsprechend den Bedrohungen des Friedens hat daher die Kirche während mancher Phasen der Menschheitsgeschichte deutliche und augenfällige Akzente gesetzt, um den Frieden zu fördern bzw. zu bekräftigen.

Die Kirche bemüht sich, die Sehnsucht der Menschheit nach Frieden zu stillen! Darum hat das II. Vatikanische Konzil in seinem Dekret *Gaudium et spes* ein ganzes Kapitel dem Frieden gewidmet.¹

Das Konzil faßt die Lehre der ganzen Kirche zusammen. Die Bischöfe der ganzen Welt haben in diesem Dokument die verschiedenen Aspekte des Friedens dargelegt, wie folgende:

- a) **Wesen des Friedens:** Der Friede ist nicht nur das Gleichgewicht der gegensätzlichen Kräfte oder ein Mangel an Krieg, sondern vor al-

lem ist er die Frucht jener Ordnung, die Gott in die menschliche Gesellschaft hineingeschrieben hat!

Der Friede entspricht der Liebe zum Mitmenschen. Er ist „Widerschein“ und Auswirkung jenes Friedens, den Christus jedem Menschen durch sein Heilswerk ermöglicht, damit Versöhnung und Einheit der ganzen menschlichen Familie erreicht werden können.

- b) **Aufgabe des Friedens:** Alle Mitglieder der menschlichen Familie sind berufen, sich selbst zu prüfen, ob sie sich aufrichtig dafür einsetzen, den Frieden in ihrer Umwelt zu stiften, eine wirklich humane Welt aufzubauen.

Der Aufbau des Friedens verlangt ein ständiges Bemühen! Der Friede wird nicht durch Rüstungswettlauf erhalten: „Darum muß noch einmal erklärt werden: Der Rüstungswettlauf ist eine der schrecklichsten Wunden der Menschheit, er schädigt unerträglich die Armen. Wenn hier nicht Hilfe geschaffen wird, ist zu befürchten, daß er eines Tages all das tödliche Unheil bringt, wozu er schon jetzt die Mittel bereitstellt“ (GS, 81).

Um zum Frieden zu gelangen, müssen die Ursachen für Kriege und Gewalttätigkeiten aufgedeckt und überwunden werden. „Um den Frieden aufzubauen, müssen vor allem die Ursachen der Zwietracht in der Welt, die zum Krieg führen, beseitigt werden, an erster Stelle die Ungerechtigkeiten. Nicht wenige entspringen allzu großen wirtschaftlichen Ungleichheiten oder auch der Verzögerung der notwendigen Hilfe. Andere entstehen aus Herrschsucht und Mißachtung der Menschenwürde und, wenn wir nach den tieferen Gründen suchen, aus Neid, Mißtrauen, Hochmut und anderen egoistischen Leidenschaften“ (GS, 83).

Der Friede setzt das gegenseitige Vertrauen unter den Völkern voraus: „Da der Friede an dem gegenseitigen Vertrauen der Völker erwachsen sollte, statt den Nationen durch den Schrecken der Waffen auferlegt zu werden, sollten alle sich bemühen, dem Wettrüsten ein Ende zu machen. Man soll wirklich mit der Abrüstung beginnen, nicht einseitig, sondern in vertraglich festgelegten gleichen

Schritten und mit echten und wirksamen Sicherungen“ (GS, 82).

- c) Um die **Probleme** zugunsten des Friedens entschieden zu **lösen**, empfiehlt das II. Vatikanische Konzil, tiefe, mutige und unermüdliche Forschungen anzustellen:

„Internationale Kongresse befaßten sich damit. Man sollte dies alles als erste Schritte zur Lösung dieser so schwierigen Fragen ansehen und für die Zukunft noch intensiver fördern, wenn man praktikable Ergebnisse erreichen will. In dessen soll man sich hüten, sich nur auf die Anstrengungen einiger zu verlassen, ohne die eigene Einstellung zu überprüfen. Denn die Staatsmänner, die das Gemeinwohl ihres eigenen Volkes zu verantworten und gleichzeitig das Wohl der gesamten Welt zu fördern haben, sind sehr abhängig von der öffentlichen Meinung und Einstellung der Massen. Nichts nützt ihnen ihr Bemühen, Frieden zu stiften, wenn Gefühle der Feindschaft, Verachtung, Mißtrauen, Rassenhaß und ideologische Verhärtung die Menschen trennen und zu Gegnern machen. Darum sind vor allem eine neue Erziehung und ein neuer Geist in der öffentlichen Meinung dringend notwendig. Wer sich der Aufgabe der Erziehung, vor allem der Jugend, widmet und wer die öffentliche Meinung mitformt, soll es als seine schwere Pflicht ansehen, in allen eine neue Friedensgesinnung zu wecken. Wir alle müssen uns wandeln in unserer Gesinnung und müssen die ganze Welt und jene Aufgaben in den Blick bekommen, die wir alle zusammen zum Fortschritt der Menschheit auf uns nehmen können“ (GS, 82).

- d) Die erwähnten Punkte ermutigen zum **Aufbau einer internationalen Gesellschaft**, die durch solide und sachliche Abkommen den **Frieden in der Welt sichert**.

Dazu braucht es eine internationale Autorität, die zuständig und befähigt ist, Konflikte zu lösen: „Allerdings – der Krieg ist nicht aus der Welt geschafft. Solange die Gefahr von Krieg besteht und solange es noch keine zuständige internationale Autorität gibt, die mit entsprechenden Mitteln ausgestattet ist, kann man, wenn alle Möglichkeiten einer friedlichen

Regelung erschöpft sind, einer Regierung das Recht auf sittlich erlaubte Verteidigung nicht absprechen. Die Regierenden und alle, die Verantwortung für den Staat tragen, sind verpflichtet, das Wohl der ihnen anvertrauten Völker zu schützen, und sie sollen diese ernste Sache ernst nehmen. Der Einsatz militärischer Mittel, um ein Volk rechtmäßig zu verteidigen, hat jedoch nichts zu tun mit dem Bestreben, andere Nationen zu unterjochen. Das Kriegspotential legitimiert auch nicht jeden militärischen oder politischen Gebrauch. Auch wird nicht deshalb, weil ein Krieg unglücklicherweise ausgebrochen ist, damit nun jedes Kampfmittel zwischen den gegnerischen Parteien erlaubt.

„Wer als Soldat im Dienst des Vaterlandes steht, betrachte sich als Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker. Indem er diese Aufgabe recht erfüllt, trägt er wahrhaft zur Festigung des Friedens bei“ (GS, 79). In diesem Rahmen ist die Errichtung und Entfaltung internationaler Organe, die den Frieden fördern, wünschenswert.

- e) Ein anderes Mittel, den Frieden aufzubauen, ist die **Schaffung internationaler Institutionen**, die die Zusammenarbeit und die Sicherheit in den verschiedenen Bereichen der Ökonomie, des Handels sowie der Ausbildung der jungen Generationen fördern.

II. Friedensbemühungen der Päpste des 20. Jhd.

Nach dieser Erwähnung der Lehre der Kirche möchte ich über die Friedensbemühungen der Päpste des 20. Jahrhunderts sprechen. Die Friedensfunktion des Hl. Stuhls wird hauptsächlich durch die Darlegung der Grundprinzipien der internationalen Ordnung sowie durch Ermahnen der Staaten und der Staatsmänner zu friedlichem und solidarischem Verhalten ausgeübt.

1. Benedikt XV. (1914-1922)

Insbesondere seit dem 1. Weltkrieg und damit seit Benedikt XV. haben es die Päpste immer wieder übernom-

men, zum Frieden aufzurufen. Es ist bekannt, daß Papst Benedikt XV. sich während des 1. Weltkrieges mit seiner Botschaft vom 1. August 1917 für den Frieden eingesetzt hat. Leider fanden die Gedanken dieses Papstes keinen Widerhall.

So mußte sich der Papst darauf beschränken, in umfassendem Maße die durch den Krieg verursachten Leiden zu lindern. „Was er während und nach dem Kriege für die Kinder Deutschlands und Österreichs getan hat, ist der größte Ruhmestitel seines Pontifikates“.²

2. Pius XI. (1922-1939)

Papst Pius XI. wählte als Wahlspruch „Pax Christi in Regno Christi“, um damit die Fortsetzung des Programms seiner Vorgänger für die Bemühungen zugunsten des Friedens zu betonen. Ihm gelang es, die römische Frage zu lösen und den Frieden mit Italien wiederherzustellen.

3. Pius XII. (1939-1958)

Pius XII. hat während des II. Weltkriegs eine weltumspannende Friedensarbeit geleistet, deren Geschichte erst teilweise geschrieben ist. Bekannt ist vor allem sein Wort, mit dem der Papst die Verantwortlichen der Weltpolitik überzeugen wollte, den erwähnten Krieg zu vermeiden: „Nichts ist verloren mit dem Frieden. Alles kann verlorengehen mit dem Krieg“.³

4. Johannes XXIII. (1958-1963)

Johannes XXIII. ist als Friedensstifter allgemein anerkannt. Am berühmtesten und – als Wegbereiterin – wohl auch besonders bedeutsam ist die im Jahr 1963 kurz vor seinem Tod veröffentlichte Enzyklika *Pacem in terris* mit dem Untertitel „Über den Frieden unter allen Völkern in Wahrheit, Gerechtigkeit, Liebe und Freiheit“. Im Abschnitt über „die Beziehungen von Staat zu Staat“ heißt es: „Erfahrungsgemäß sind die Menschen sehr häufig und stark voneinander verschieden an Wissen, Tugend, Geisteskraft und an Besitz äußerer Güter. Daraus aber kann niemals ein gerechter Grund abgeleitet werden, warum jene, die den übrigen überlegen sind, andere irgendwie von sich abhängig machen; sie haben vielmehr eine weit größere, sich auf alle einzelnen erstreckende Verpflichtung, den anderen zu helfen,

daß sie durch gegenseitiges Bemühen die Vollkommenheit erringen.

Ähnlich kann es vorkommen, daß unter den Nationen die einen den anderen an wissenschaftlichem Fortschritt voraus sind, an menschlicher Kultur und wirtschaftlicher Entwicklung. Diese Vorzüge sind aber kein Freibrief dafür, andere in ungerechter Weise zu beherrschen, sondern sie schulden dafür einen größeren Beitrag zum gemeinsamen Fortschritt der Völker“ (*Pacem in terris*, 3. Teil).

5. Paul VI. (1963-1978)

Paul VI. hat die Solidarität der Reichen mit den Armen, der Industrialisierten mit den Ländern der Dritten Welt in seiner Enzyklika *Populorum progressio* von 1967 angesprochen; besonders die Beziehungen zwischen Entwicklung und Frieden werden in diesem Dokument behandelt. In der Enzyklika steht auch das berühmt gewordene Wort: „Die Entwicklung der Völker ist der neue Name für Frieden.“

„Das Problem von Entwicklung und Fortschritt – des einzelnen und der Völker – faszinierte den Geist und weckte die pastorale Sorge jenes ... großen Papstes, Pauls VI. In ganz besonderer Weise quälte ihn das Problem der Völker, 'die dem Hunger, dem Elend, den herrschenden Krankheiten, der Unwissenheit zu entrinnen suchen, die umfassender an den Früchten der Zivilisation teilhaben wollen ...', die entschieden ihre vollere Entfaltung erstreben“.

„Absicht des Papstes war es, einen 'feierlichen Appell zu gemeinsamem Werk in Fragen der Entwicklung, einer umfassenden für jeden Menschen, einer solidarischen für die Menschheit', zu erlassen (Nr. 5).

'Umfassende Entwicklung' bedeutet für den Papst, 'jeden Menschen und den ganzen Menschen im Auge zu haben' (Nr. 14) jedes Volk und die ganze Menschheitsfamilie.

Die Konzilsformulierung aufgreifend, unterstreicht Paul VI. nachdrücklich, daß 'Entwicklung nicht einfach gleichbedeutend ist mit wirtschaftlichem Wachstum' (*ebd.*): das heißt, sie besteht nicht im 'mehr haben', sondern im 'mehr sein'.

'Mehr haben ist also weder für die Völker noch für den einzelnen - sagt der Papst - das höchste Ziel' der Entwicklung, 'der höchste Wert, der den Blick nach oben versperrt'“ (Nr. 19). „So berechtigt, ja notwendig 'das Stre-

ben nach materiellen Gütern' ist, es verhindert als ausschließliches Ziel 'das innere Wachstum' (*ebd.*).

Der Mensch, der Mensch in seiner Ganzheit – der dem Hunger, der Krankheit, dem Elend ausgesetzte Leib, der von Unwissenheit, von Unterdrückung, von mangelnder Achtung seiner Würde bedrohte Geist –, der Mensch muß im Mittelpunkt jeder Theorie und jeder praktischen Aktivität in bezug auf die Entwicklung stehen.“

„Die Sorge für die Entwicklung des 'ganzen Menschen' ist in *Populorum progressio* ständig mit der Sorge für die Entwicklung 'aller Menschen' verbunden.

'Die allseitige Entwicklung des Einzelmenschen muß Hand in Hand gehen mit der Entwicklung der gesamten Menschheit.'“⁴

Die Einführung der Weltfriedens-tage durch Papst Paul VI.

Papst Paul VI. hat nach der Veröffentlichung der erwähnten Enzyklika im Jahr 1968 alle Menschen guten Willens aufgerufen, in aller Welt den 1. Tag des Kalenderjahres als „Tag des Friedens“ zu begehen. „Dieser Vorschlag ...“, schrieb Paul VI. damals, „soll nicht allein von uns, d.h. religiöser, katholischer Seite kommen. Er sucht vielmehr die Beteiligung aller, aller, die den Frieden wahrhaft lieben, geradeso als käme dieser Vorschlag aus ihren Reihen; er möchte sich nicht in bestimmten Formen festlegen, um in besonderer Weise auf jene einzugehen, die davon wissen, wie schön, ja wie wichtig es ist, daß alle Stimmen in der Welt, in dem bunten Zusammenspiel der modernen Menschheit, zu dem Preislied des einzigartigen Gutes aufklingen, das der Friede ist.

Die katholische Kirche möchte ganz einfach, in der Absicht zu dienen und Beispiel zu geben, diese Idee vor Augen stellen, damit sie nicht nur weltweiten Beifall, sondern auch überall vielfache Unterstützung finde. Ihre Förderer sollen fähig und stark genug sein, dem 'Tag des Friedens' in seiner Wiederkehr am Anfang jeden neuen Jahres das unverfälschte und kraftvolle Gepräge von Menschen zu geben, die, bewußt und innerlich frei von allem bedauerlichen Kriegsgeschehen, der Weltgeschichte eine verheißungsvollere Entwicklung in geordneter Zivilisation zu sichern wissen.“⁵

Paul VI. hat diese Initiative bis zu seinem Tod im August des Jahres 1978

fortgeführt.

Die Botschaften (11) dieses Papstes wurden im Jahr 1979 in einem Sammelband herausgegeben, der den Titel trägt: „Die Weltfriedensbotschaften Papst Pauls VI.“ ...

6. Johannes Paul I. (26.08.–28.09.1978)

Papst Johannes Paul I. brachte das Anliegen des Friedens im „Programm seines Pontifikats“ mit den Worten zum Ausdruck:

„Wir wollen ... alle guten und lebenswerten Initiativen unterstützen, die den Frieden in dieser aufgewühlten Welt wahren und fördern können ...“

Wir sind alle verpflichtet, dafür zu sorgen, daß die Welt mehr Gerechtigkeit, dauerhafteren Frieden und aufrichtigere Zusammenarbeit findet.“⁶⁶

7. Johannes Paul II. (16.10.1978–)

a) Die erwähnte Initiative der päpstlichen Weltfriedenstag wurde von Papst Johannes Paul II. weitergeführt, wobei er sich entschloß gleich seinem verewigten Vorgänger Papst Johannes Paul I., das von Papst Paul VI. aufgestellte Jahresthema 1979 „Um zum Frieden zu gelangen, zum Frieden erziehen“ aufzugreifen.

Wie bei Paul VI. ist in der Weltfriedensbotschaft jedes Jahr ein anderer Aspekt in den Mittelpunkt der Betrachtung gestellt, dessen Beachtung notwendig ist, um zu einem gerechten Frieden zu gelangen.

Die 14 Themen der Weltfriedensbotschaften Papst Johannes Pauls II von 1979 bis 1992 sind, mit Kommentaren versehen, in einen Sammelband gefaßt, der dem Papst durch eine Gruppe von Autoren persönlich überreicht wurde.

Aus Anlaß der Vorstellung des Sammelbandes führte Papst Johannes Paul II. aus: „Vor 25 Jahren hat mein Vorgänger Paul VI. die Initiative ergriffen, zur jährlichen Feier des Weltfriedentages eine Botschaft an die Katholiken und an alle Menschen guten Willens zu richten.“

Trotz aller Veränderungen der letzten Jahre bleiben die Verkündigung der Botschaft vom Frieden und der Auftrag, den Frieden zu schaffen, unverändert unser aller Aufgabe. In der gegenwärtigen Zeit des Umbruchs erleben wir tagtäglich nicht fern von Euren Grenzen die Schrecken des Krie-

ges. Symptome eines übersteigerten Nationalismus und Fremdenhaß, Erscheinungen, die wir längst überwunden glaubten, brechen in Europa neu auf ...

Uns alle verpflichtet die Sorge um den Menschen. Deshalb bitte ich Euch, alle Eure Kräfte auf diese Sorge um ein friedliches Zusammenleben der Menschen zu konzentrieren und Euch im Gebet um den Frieden zu vereinen.“⁶⁷

b) Am 16. Oktober 1978 wählten die Kardinäle des Konklaves in Rom einen polnischen Bischof, den Kardinal und Erzbischof Prof. Dr. Karol Wojtyła, zum Oberhaupt der Weltkirche.

Viele Menschen erblickten in der Wahl Johannes Pauls II. den Finger Gottes in der Welt und Kirchengeschichte. Während der bisherigen 16 Jahre seines Pontifikats vollzog sich in den sogenannten »sozialistischen Ländern« des Ostblocks ein innerer Prozeß; es begann zu gären, es brachen verhärtete Strukturen auf, es hatten nunmehr hervorragende Persönlichkeiten mehr Mut und mehr Zuversicht, ihre Freiheitsideale auch nach außen hin zu zeigen und zu realisieren. Ein friedlicher, niemals gewalttätiger, aber stets entschiedener Widerstand begann Konturen und Formen anzunehmen.

Gegen Ende des Jahres 1989 entstanden neue staats- und gesellschaftspolitische Realitäten, die nun das Angesicht Europas und der Welt verändern.

Kaum jemand dürfte sich finden, der die Rolle des Papstes in der Gegenwartsgeschichte Europas wie in jener der übrigen Kontinente ignorieren wollte. Johannes Paul II. baute in seinen Prinzipien auf dem Fundament seiner Vorgänger auf; sie waren vor allem das Erbe der Päpste Johannes XXIII. und Pauls VI.

Konkret bedeutet dies, daß wir den Blick auf die Grundzüge sogenannter päpstlicher „Ostpolitik“ zu richten haben. Ihr sogenanntes „Erfolgsgeheimnis“ bestand in der Kontinuität einer seelsorgeorientierten oder pastoralpolitischen Grundhaltung, die sich – wie es der heute emeritierte Kardinalstaatssekretär Agostino Casaroli wiederholt betonte – als ein kontinuierlicher Faden durch das Verhalten der Kirche gegenüber den Oststaaten zieht. Diese sogenannte »Pastoralpolitik“ stand im Zeichen der Seelsorge, der Interessenab-

wägung zugunsten des Heils der Menschen. Der Kirche mußte es in ihrer Auseinandersetzung mit den Machthabern der marxistisch-leninistischen Staatsideologie um das »Überleben der Kirche“ mit den Prioritätssetzungen »Kult, Lehre und Leben“ gehen. Diese bewußte Option des Hl. Stuhles hat sich als richtig erwiesen, und das Wiederaufblühen des katholischen Lebens zeugt von der Richtigkeit dieser pastoralen Leitlinien der päpstlichen „Ostpolitik“.

Die Aussagen des Heiligen Vaters sind dafür ein beredtes Zeugnis. Mit Sorge und in enger Verbundenheit weiß sich der Papst dem Schicksal aller Nationen, Völker, Kontinente verpflichtet und damit auch der ganzen Menschheitsfamilie. „Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Menschen von heute“, besonders der Armen und Bedrängten aller Art, sind auch Freude und Hoffnung, Trauer und Angst des Papstes wie der ganzen Kirche. Von den Entwicklungen und Ereignissen in Osteuropa sprach der Heilige Vater zu wiederholten Malen und zu verschiedensten Anlässen.

Das Ergebnis dieser Bemühungen Johannes Pauls II., die von vielen Menschen vor allem Osteuropas befürwortet wurden, ist der Aufbau diplomatischer Beziehungen zwischen dem Heiligen Stuhl und 22 Ländern aus dem ehemaligen kommunistischen Ostblock.

„Es gibt kein ideologisches System, kein politisches Projekt, kein Wirtschaftsprogramm noch eine militärische Einteilung, die die Bestrebungen von Millionen Frauen und Männern auslöschen könnten.“⁶⁸

„Mauern sind gefallen. Grenzen haben sich geöffnet. Aber gewaltige Schranken sind noch aufgerichtet zwischen der Hoffnung auf Gerechtigkeit und deren Erfüllung, zwischen dem Überfluß und dem Elend; indessen neue Rivalitäten entstehen, sobald der Kampf um das Haben die Achtung vor dem Sein in den Hintergrund drängt. Ein irdischer Messiasglaube ist zusammengebrochen, und in der Welt steigt der Durst nach einer neuen Gerechtigkeit auf. Eine große Hoffnung hat sich erhoben, Hoffnung auf Freiheit, auf Verantwortung, auf Solidarität und geistige Werte. In dieser bevorzugten Stunde, in der wir leben, rufen alle nach einer neuen, vollmenschlichen Zivilisation.“⁶⁹

c) In seiner Botschaft zur Feier des Weltfriedentages am 1. Januar 1993

schreibt Papst Johannes Paul II.:

„Welcher Mensch guten Willens strebt nicht nach Frieden? Der Friede wird heute weltweit als einer der höchsten Werte anerkannt, die es zu suchen und zu verteidigen gilt. Doch während das Gespenst eines Vernichtungskrieges zwischen entgegengesetzten ideologischen Blöcken verschwindet, überziehen immer wieder schwere lokale Konflikte verschiedene Regionen der Erde mit vernichtenden Flammen. Allen steht besonders die dramatische Lage in Bosnien-Herzegowina vor Augen, wo das Kriegsgeschehen weiterhin jeden Tag gerade unter der wehrlosen Zivilbevölkerung neue Opfer dahinrafft und ungeheure Sach- und Umweltschäden verursacht. Nichts, so scheint es, vermag sich der sinnlosen Gewalt der Waffen zu widersetzen: weder die vereinten Bemühungen um einen wirksamen Waffenstillstand noch der humanitäre Einsatz der internationalen Organisationen, noch das Flehen um Frieden, das einmütig aus den von blutigen Kämpfen heimgesuchten Ländern emporsteigt.

Die irrige Logik des Krieges gewinnt leider immer wieder Oberhand über die wiederholten und maßgebenden Friedensaufforderungen.

Außerdem macht sich in der Welt eine andere ernste Bedrohung für den Frieden immer besorgniserregender breit: Viele Menschen, ja ganze Völkerschaften leben heute in äußerster Armut. Der Unterschied zwischen Reichen und Armen ist auch in den wirtschaftlich hochentwickelten Nationen augenfälliger geworden. Es handelt sich um ein Problem, das sich dem Gewissen der Menschheit aufdrängt, da eine große Zahl von Menschen in Verhältnissen lebt, die ihre angeborene Würde verletzen und infolgedessen den wahren und harmonischen Fortschritt der Weltgemeinschaft gefährden.

Diese Wirklichkeit macht sich in zahlreichen Ländern der Welt in ihrer ganzen Schwere bemerkbar: in Europa ebenso wie in Afrika, Asien und Amerika. In verschiedenen Regionen müssen es Gläubige und Menschen guten Willens mit sehr vielen sozialen und ökonomischen Herausforderungen aufnehmen. Armut und Elend, soziale Unterschiede und bisweilen gesetzlich gebilligte Ungerechtigkeiten, Bruderkriege und repressive Regime appellieren an das Gewissen ganzer Völkerschaften überall auf der Welt.“¹⁰

„Ein zweites brennendes Problem ist das Drogenproblem: Die Beziehung der Droge zur Gewalt und zum Verbrechen ist allen schmerzlich und tragisch bekannt. Ebenso bekannt ist auch, daß in manchen Weltgegenden unter dem Druck der Drogenhändler gerade die ärmsten Volksgruppen sich auf den Anbau von Pflanzen für die Herstellung von Rauschgiften einlassen. Die ihnen versprochenen hohen Einkünfte – die übrigens nur einen sehr kleinen Teil der aus solchen Kulturen stammenden Gewinne ausmachen – stellen eine Versuchung dar, der alle jene kaum zu widerstehen vermögen, die aus den traditionellen Anbauformen ein Einkommen beziehen, das eindeutig zum Leben nicht ausreicht. Das erste, was getan werden muß, um den Bauern bei der Bewältigung dieser Situation zu helfen, besteht deshalb darin, ihnen die zur Überwindung ihrer Armut geeigneten Mittel zur Verfügung zu stellen.

Ein weiteres Problem entsteht aus der von ersten Wirtschaftsschwierigkeiten hervorgerufenen Lage in einigen Ländern. Sie begünstigen massive Auswanderungswellen in Richtung wohlhabenderer Länder, in denen dann im Gegenzug Spannungen entstehen, die das Sozialgefüge erschüttern. Um derartigen Reaktionen fremdenfeindlicher Gewalt entgegenzutreten, hilft es nicht so sehr, provisorische Notstandsmaßnahmen zu ergreifen, als vielmehr auf die Ursachen dadurch einzuwirken, daß mit Hilfe neuer Solidaritätsformen zwischen den Nationen der Fortschritt und die Entwicklung in den Herkunftsländern der Auswandererströme gefördert werden.

Eine heimtückische, aber reale Bedrohung für den Frieden ist also das Elend: Da es die Würde des Menschen zerstört, stellt es einen ersten Anschlag auf den Wert des Lebens dar und trifft zuinnerst die friedliche Entwicklung der Gesellschaft“ (*ebd.*, Nr. 3).

III. Die Aufgabe der Kirche beim Aufbau eines neuen Europa

Auch wenn heute in Europa der Kommunismus als System untergegangen ist, bleiben doch seine Wunden und sein Erbe in den Herzen der Menschen und in den neu entstehenden Gesellschaften. Die Menschen stehen vor Schwierigkeiten im rechten Ge-

brauch der Freiheit und der Demokratie; die zuinnerst verdorbenen sittlichen Werte müssen erneuert werden.

Der Zusammenbruch des Kommunismus ruft zu einem kritischen Nachdenken über den ganzen kulturellen, sozialen und politischen Weg des europäischen Humanismus, soweit er durch den Atheismus, nicht nur in seinem marxistischen Zusammenhang, gekennzeichnet ist, und beweist, daß es faktisch, und nicht nur prinzipiell, nicht angeht, die Sache Gottes von der Sache der Menschen zu trennen.¹¹

Der Einigungsprozeß in Europa und in besonderer Weise die europäischen Einrichtungen und die neubenannte Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa bringen eine große Verantwortung der Kirchen mit sich. Denn das gemeinsame europäische Haus wird auf sicheren Fundamenten erbaut, wenn es nicht nur aus ökonomischen Gründen entsteht. Das neue Europa setzt bei seinem Aufbau stets den Konsens und die Anerkennung fundamentaler Werte voraus und fordert ein wirkliches Ideal. Unter diesem Gesichtspunkt ist der Beitrag der Kirche für das neue Europa keineswegs etwas Zweitrangiges; er muß die Bemühungen der christlichen Laien, die im sozialen und politischen Bereich tätig sind, begleiten.

Die Kirche darf also auf die Wahrnehmung eines eigenen öffentlichen Auftrags nicht verzichten. Durch den Anstoß der christlichen Offenbarung und durch langfristige geschichtliche Veränderungen hat die Zivilisation Europas die Unterscheidung, wenn auch nicht die Trennung von religiöser und politischer Ordnung entdeckt, die zum menschlichen Fortschritt beiträgt. Die Kirche darf durchaus eine recht verstandene Demokratie befürworten, ist jedoch an kein politisches System gebunden. Sie hat aber ihre eigene Verantwortung für die Gestaltung der Gesellschaft, die sie nicht zurückweisen kann und die sie besonders in ihrer Soziallehre, die auch die Aufgabe der Neu-Evangelisierung wahrnimmt, erfüllt.

Die Prinzipien der menschlichen Personwürde, die der Person als Fundamentalrechte vor jeder sozialen Zuerkennung zukommen und nicht – nicht einmal durch Mehrheitsbeschlüsse – verneint oder aufgehoben werden können, wie auch der Subsidiarität, welche die Rechte und Zuständigkeiten aller Gemeinschaften auf allen Ebenen berücksichtigt, und der Solidarität, welche ein Gleichge-

wicht zwischen Bedürftigen und Stärkeren fordert, können gleichsam die Säulen einer neuen Gesellschaft beim Aufbau Europas bilden. Deshalb ist die Kenntnis der Soziallehre für alle, die in christlichem Geist am Aufbau des neuen Europa teilnehmen wollen, notwendig.

So bleibt schließlich zu wünschen, daß die Herausstellung des Friedensideals nicht die Freiheit jener begünstige, die Angst davor haben, ihr Leben in den Dienst ihres Landes und ihrer Brüder zu stellen, die sich für die Verteidigung der Gerechtigkeit und Freiheit aufopfern. Friede ist kein Pazifismus; hinter ihm kann sich keine billige und bequeme Auffassung vom Leben verbergen; er verkündet vielmehr die hohen und allgemeingültigen Werte des Lebens: Wahrheit und Liebe, Gerechtigkeit und verantwortungsvolle Freiheit.

V. Anmerkungen

- 1 »Die Förderung des Friedens und der Aufbau der Völkergemeinschaft«, II. Hauptteil, 5. Kapitel.
- 2 Hans Kühner, Lexikon der Päpste, S. 292.
- 3 Karl Forster, *Friede und Gemeinschaft, Radiobotschaft Pius' XII. am 24. August 1939 an die ganze Welt*, S. 32.
- 4 Seit 1945 wird ein unbeständiges Gleichgewicht als Frieden bezeichnet. *Ansprache von Kardinalstaatssekretär Agostino Casaroli zur Eröffnung des von der Katholischen Universität „Sacro Cuore“ in Piacenza veranstalteten Studienkongresses über das Thema „Die Entwicklung der Völker ist der neue Name für Frieden“* am 7. April, *L'Osservatore Romano*, Nr. 26, 1. Juli 1983, S. 12 u. 13.
- 5 *Botschaft Seiner Heiligkeit Papst Paul VI. zur Feier des Weltfriedenstages am 1. Januar 1968*.
- 6 *Das Programm seines Pontifikats. Rundfunkbotschaft von Papst Johannes Paul I. an die Welt*, *L'Osservatore Romano*, Nr. 35, 01.09.1978, S. 4.
- 7 Den Frieden verkünden und schaffen. Sammelband »Die Weltfriedensbotschaften Papst Johannes Pauls II. «, im Wiener ORF-Zentrum vorgestellt/Päpstliches Grußwort. *L'Osservatore Romano*, Nr. 48, 27. November 1992, S. 6.
- 8 Das Haus ist für den Menschen gemacht. *Weihnachtsansprache Johannes Pauls II. an die Kardinäle, Bischöfe, Prälatten und Mitarbeiter der Kurie*, *L'Osservatore Romano*, Nr. 1, 5. Januar 1990, S. 9, Nr. 3.)
- 9 (Die Ideologien zeigten ihren Mißerfolg. *Ansprache des Papstes an die Teilnehmer der Vollversammlung des Päpstlichen Rates für die Kultur*, *L'Osservatore Romano*, Nr. 4, 26. Januar 1990, S. 9, Nr. 2.
- 10 *Botschaft von Papst Johannes Paul II. zur Feier des Weltfriedenstages am 1. Januar 1993*, Nr. 1.
- 11 vgl. »Seien wir Zeugen Christi, der uns befreit hat.« Erklärung der Sondersynode für Europa in inoffizieller deutscher Übersetzung, Nr. 1, *L'Osservatore Romano*, Nr. 51/52, 20. Dez. 1991, S. 11–14.

FRIEDENSETHIK

„Erziehung zum Frieden“

Erzbischof Johannes Dyba

Entwicklung des Völkerrechts zur Solidarität der Staaten

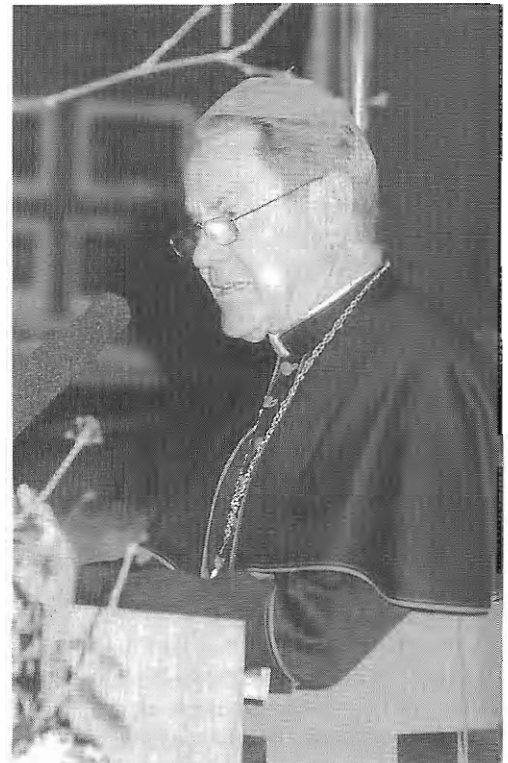
Wir befinden uns in Zeiten eines großen Umbruchs, der besonders die völkerrechtlichen Grundlagen des Zusammenlebens der Staaten betrifft. Stand das Völkerrecht seit Jahrhunderten und bis in unsere Zeit noch ganz auf den Säulen einer absoluten Souveränität der Staaten und dem entsprechenden strikten Gebot der Nichteinmischung Dritter, so sind wir heute Zeugen einer gewaltigen Tendenzwende, die das Völkerrecht auf eine Basis der Solidarität der Staaten stellt und demgemäß eine Einmischung der Völker-Gemeinschaft in Fällen von Völkermord, Massenvertreibung u.a. rechtfertigt.

Das ist eine globale Entwicklung, deren politische und rechtliche Konsequenzen in Deutschland nur deshalb besonders verzwickelt sind, weil wir über vier Jahrzehnte im Kokon weitestgehender außenpolitischer und ver-

teidigungspolitischer Abstinenz gelebt haben. Das ist eine Entwicklung, die vom zweiten Vatikanischen Konzil vorausgesagt wurde, wenn es eine wirksame internationale Macht zur Verteidigung des Friedens unter den Völkern wünschte (*Gaudium et Spes* 82). So haben auch die deutschen Bischöfe in ihrer Erklärung vom 21.02.1991 gesagt: „Wir sind aufgerufen zu tätiger Solidarität mit der Völkergemeinschaft in der Verteidigung einer gerechten internationalen Ordnung“.

Das ist aber auch eine Entwicklung, die erst nach dem Zusammenbruch der Konfrontati-

Der Katholische Militärbischof, Erzbischof DDr. Johannes Dyba, Festredner bei der Feier des Weltfriedenstages der GKS in Bonn am 16.02.95
(Foto: F. Brockmeier)



on zwischen dem Westen und dem Ostblock anlaufen konnte, weil davor ja jede lokale Intervention den Weltfrieden als solchen bedrohte und einen Atomkrieg hätte auslösen können.

Nun haben wir nach der ersten Euphorie über den Wegfall der großen Konfrontation und der allgegenwärtigen Gefahr eines weltweiten Atomkrieges die bittere Enttäuschung darüber, daß eben nicht ein allgemeiner Weltfrieden eingetreten ist, sondern daß viele neue – bisher durch die atomare Abschreckung unterdrückte – Auseinandersetzungen aufgeflammt sind: Nie zuvor hatten wir so viele Kriege und blutige Konflikte auf einmal in aller Welt.

Grundwerte einer Erziehung zum Frieden

Wir stellen ernüchtert fest, daß wir auf diese Entwicklung in keiner Weise vorbereitet sind. Wir müssen feststellen, daß noch so viele Proteste, Erklärungen, Papiere und Konferenzen uns dem Frieden kaum näher bringen; ja das manche Initiativen eher zusätzliche Polarisierung in unsere Gesellschaft tragen.

In dieser scheinbar aussichtslosen Situation trifft uns der Aufruf des Papstes in seiner diesjährigen Botschaft zum Weltfriedenstag, in dem er zeigt, daß wir, um sichere Grundlagen für den Frieden zu gewinnen, eine viel umfassendere Vorbereitung nötig haben: die Erziehung zum Frieden!

In dieser Botschaft weist der Heilige Vater darauf hin, daß Friedenserziehung heißt, den Verstand und das Herz zu öffnen für die Grundwerte „Wahrheit, Gerechtigkeit, Liebe und Freiheit“. Diese Grundwerte, auf die schon Papst Johannes XXIII. in seiner heute noch aktuellen Enzyklika „Pacem in terris – Friede auf Erden“ hingewiesen hat, sind die elementaren Bausteine einer jeden menschlichen Gemeinschaft, von Familie und Freundeskreis angefangen bis hin zur Völkergemeinschaft. Wo Un-Wahrheit, Un-Gerechtigkeit, Un-Freiheit herrschen und Liebe fehlt, ist der Schritt zu Haß und Gewalt schon halb getan. Ich möchte versuchen, die Aktualität dieser Botschaft etwas zu entfalten:

1. Erziehung zur Wahrheit

Erziehung zur Wahrheit ist Erziehung zur Sittlichkeit. Wem dies zu altmodisch klingt, der mag auch sagen: Erziehung zu einer ehrlichen, aufrechten, wahrhaftigen Persönlichkeit. Und

dies beginnt von Kindesbeinen an:

Jedes Kind lernt schon früh, daß es nicht lügen darf. Vater und Mutter bringen dem kleinen Sproß bei, daß sie traurig und enttäuscht sind, wenn es lügt. Sie leiten das Kind an, auch unangenehme Wahrheiten einzugestehen und den Eltern anzuvertrauen. Das Kind ist darauf angewiesen, daß Vater und Mutter damit verantwortlich umgehen, daß sie es in den Arm nehmen und bestärken, eigene Fehler mutig zu bekennen. Aber es braucht mehr: Kinderaugen sind wach und wollen sehen, ob die Eltern sich an die eigenen Gebote halten. Man mag vereinfacht sagen: Sie tun nicht, was die Eltern sagen, sondern ahmen nach, was sie ihnen vormachen. Beim Philosophen Bertrand Russell heißt es spitz:

„Die meisten Anstrengungen der Eltern, ihren Kindern gute Manieren beizubringen, scheitern daran, daß die Kinder in einem durchaus natürlichen Trieb alles nachmachen, was sie ihre Eltern tun sehen.“

Es wird nun schnell deutlich, daß die Erziehung zur Wahrheit nicht mit dem Eintritt ins Erwachsenenalter beendet ist. Für den Erwachsenen bedeutet sie vielmehr das Hören auf die Stimme des Gewissens. Der Mensch steht unter dem Anspruch, das Gute zu tun. Erst und insofern er diesem Anspruch genügt, verwirklicht er das Gottesgeschenk der Freiheit. In der Freiheit der Kinder Gottes sagt er „Ja“ zum Anspruch der Wahrheit. Das heißt ganz schlicht: Er hört auf die Stimme des Gewissens. Hier konfrontiert der Mensch sich mit den Entscheidungen, die tagein tagaus zu fällen sind, mit dem Anspruch, grundsätzlich das Gute zu tun. Wie ein Spiegel stellt das Gewissen uns vor uns selbst und hilft, einem Kompaß gleich, die große Linie auf dem Pfad des Alltags zu halten.

Was ist dagegen das inflationäre Reden von der Gewissensfreiheit? Wir müssen uns hüten, das „subjektive Gewissen“, das ja oft auch nur subjektive Beliebigkeit verschleiert, gegen den unbedingten Sollensanspruch des Gewissens auszuspielen, mit dem es dem Einzelnen gegenübertritt und ihn herausfordert. Gerade in der Antwort auf diese Herausforderung realisiert der Mensch seine Freiheit. Erst so verwirklicht der Christ, was er jeden Tag im Vaterunser betet: „Dein Wille geschehe“. Wie oft behalten wir uns aber doch im Geheimen vor: „Mein Wille geschehe“.

Die Erziehung zur Wahrheit hat daneben auch eine, nicht minder wichtige, soziale Dimension. Der Apostel Paulus mahnt im Epheserbrief: *„Legt deshalb die Lüge ab, und redet untereinander die Wahrheit, denn wir sind als Glieder miteinander verbunden“* (Eph 4,25). Dort, wo Unwahrheit und Lüge regieren, wird das für den Menschen überlebenswichtige Klima des Vertrauens, der Verlässlichkeit zerstört. „Pacta sunt servanda – Verträge müssen eingehalten werden“, hieß es schon bei den Römern. Aber nicht nur auf Verträge, sondern auf jede Aussage eines Mitmenschen muß ich mich verlassen können. Die Institution des „Versprechens“, das Einhalten gegebener Zusagen sind Grundfesten einer menschlichen Gesellschaft. Wo Wahrheit dem egoistischen, wirtschaftlichen, politischen oder anderem Kalkül weichen muß, werden die Grundfesten einer Gesellschaft zerstört. Wenn ganze Generationen einer Gesellschaft sich nicht mehr trauen, sich „trauen zu lassen“, weil sie kein Vertrauen in ihr eigenes Ja-Wort haben, dann nimmt die Gesellschaft als ganze Schaden, weil ihre Zukunft ausbleibt oder mit einem Schlüssel um den Hals über die Straße läuft.

Hat Politikverdrossenheit vielleicht auch damit zu tun, daß es eine „Wahrheit vor der Wahl“ und eine „Wahrheit nach der Wahl“, eine „Wahrheit der Opposition“ und eine „Wahrheit der Regierung“ gibt? Was kann einem Menschen Schlimmeres passieren als der Vorwurf, er rede so, weil er zu dieser oder jener Partei gehöre? Zu einer an der Wahrheit orientierten Politik gehört das Wissen, gemeinsam mit anderen gesellschaftlichen und demokratischen Kräften auf der Suche nach der richtigen Gestaltung der politischen Verhältnisse zu sein.

Wie steht es mit der „Wahrheit der Medien“? Eine an Einschaltquoten, Auflagenstärken und zu häufig an Voyeurismus orientierte Wahrheit kann man das dann nicht mehr nennen! Wahrheit, die verkauft wird, ist verraten und verkauft. In einer komplexen Gesellschaft wie der unseren ist die Aufgabe der Medien die Vermittlung der Wirklichkeit wie sie ist, nicht wie sie sich am besten verkaufen läßt. Der Journalist, der sich diesem Auftrag gewissenhaft verpflichtet, leistet seinen professionellen Beitrag zur Konfrontation des Zeitgenossen mit der Wirklichkeit wie sie ist und damit zur Konfrontation mit der Wahrheit. Medien können so eine Gesellschaft

auf die Wahrheit hinführen, aber auch von ihr weg. Wie weit weg das Medium Fernsehen nicht nur Kinder von der Wahrheit führen kann, zeigen Gewalt verherrlichende Filme. Wenn wir es zulassen, daß Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen täglich Stunde um Stunde brutalste Gewalt am Fernsehen vorgespielt wird, bei gleichzeitiger Lächerlichmachung von Werten und Tugenden wie Treue, Selbstbeherrschung und Verzicht, dann darf man sich nicht wundern, daß sie sich wenig später auf den Straßen genau so verhalten, wie es ihnen noch eben vorgespielt wurde.

Man nennt unsere Gesellschaft immer häufiger eine Informationsgesellschaft. Bei der wachsenden Bedeutung der Kommunikationsmittel wird es für die Gesellschaft zu einer Frage des inneren Gleichgewichts, ob die Kommunikationsmedien sich der Wahrheit verpflichten oder eine virtuelle – eine Scheinwelt schaffen. In der Scheinwelt lebt dann der „Scheinmensch“ mit „Scheinfreunden“ in einer „Scheingesellschaft“ ein „Scheinleben“. Aber er merkt das oft gar nicht mehr. Aus dem Spiel wird schnell Ernst, aus der Flucht wird ein Fluch, wenn der Mensch vor sich weggelaufen ist und vergessen hat, daß er mehr als ein Konsument ist. Erziehung zum Frieden heißt hier, die Technik zu nutzen, ohne das Wesen des Menschen aus den Augen zu verlieren.

2. Erziehung zur Freiheit

Wesenselement des Friedens ist aber auch die Freiheit. Die Erziehung zur Freiheit ist in einem tiefen Sinn eine Erziehung zur Annahme seiner Selbst. Nur wer sich annimmt, wie Gott ihn geschaffen hat und dazu „Ja“ sagt, ist wirklich frei. Wieviele Menschen sind unfrei, weil sie mit sich uneins sind, weil sie sich selber nicht akzeptieren können, weil sie mit Ihrem Schicksal hadern und an ihrem Dasein verzweifeln.

Aber kann man sich selbst einfach befreien? So, wie das manche Gurus und selbsternannte Propheten verkünden? Die tiefe und endgültige Befreiung des Menschen geschieht im Glauben. Nicht aus sich, sondern aus der Gnade Gottes! Gott selbst hat in Tod und Auferstehung Jesu Christi gezeigt, wie sehr er den Menschen – jeden einzelnen – aus seiner tiefen Angst und Not emporheben will, um ihn wirklich zu befreien.

Einem weiteren modischen Mißverständnis von Freiheit gilt es zu weh-

ren. Die Selbstverwirklichung ist ja heute besonders modern. Wahre Selbstverwirklichung geschieht aber nicht mit den Ellenbogen auf Kosten der anderen. Wahre Selbstverwirklichung ist es, wenn ich die Idee verwirkliche, die Gott von mir hatte, als er mich schuf. Der Mensch braucht Gott, um er selbst zu werden und das Baby braucht die Mutter oder den Vater, um es selbst zu werden. Kein Kind sagt „Ich“ als erstes Wort, sondern „Mama“ oder „Papa“. Der Ju-

torität. Als Träger der Autorität ist er zu Vermittlung fähig, weil er dem zu vermittelnden Guten nahesteht und es in einem hohen Maße in seinem Handeln verwirklicht. Durch sein Handeln wird deutlich, was das Gute ist, das jetzt und hier zu tun ist. Warum beklagt man heute den Verlust von Autorität. Wer traut sich denn heute noch laut und vernehmbar zu sagen, was gut und was böse ist, wenn er weiß, daß er nicht selten dafür laut gescholten oder verhöhnt wird.



Unter den Gästen auch der Apostolische Nuntius, Erzbischof Lajos Kada, hier im Gespräch mit Erzbischof Johannes Dyba (Foto: F. Brockmeier)

gendliche braucht die Autorität, mit der er sich auseinandersetzen kann, um seinen eigenen Weg zu finden. Wo ihm dieses Gegenüber fehlt, an dem er sich reiben kann, findet er kaum zu sich. Wenn Eltern und Schule in falsch verstandenem „Laissez-faire“ der Jugend diese Autorität vorenthalten, erziehen sie nicht zur Freiheit, sondern zur Unfreiheit.

Wer aber solcherart frei ist, kann Verantwortung übernehmen. Er kann auf die Aufgaben, die sich in den Weg stellen, antworten und bereitwillig seinen Teil zur Lösung beitragen. Wir beklagen heute oftmals, daß viele unserer Zeitgenossen keine Verantwortung übernehmen. Ja, womöglich antworten sie dem Ruf nicht, weil sie zu sehr in sich hineinhören und mit der Selbst-Befreiung und Selbst-Verwirklichung beschäftigt sind. Verantwortung tragen zu können, setzt einen befreiten Menschen voraus.

Der so befreite Mensch, der Verantwortung trägt, hat als Vorbild Au-

3. Erziehung zur Gerechtigkeit

Zum wahren Frieden gehört auch die Gerechtigkeit. Gerechtigkeit, so hat der heilige Thomas gesagt, heißt, jedem das Seine zu geben. Jedem das Seine ist nicht jedem das Gleiche. Erst wo Ungleiches auch auseinandergehalten wird, kann die Individualität im wohl verstandenen Sinn erkannt werden und angemessen behandelt werden. Welcher Arzt würde allen seinen Patienten die gleiche Medizin geben, ohne zu unterscheiden, welche Krankheiten sie haben?

Gerechtigkeit gegenüber dem Mitmenschen bedeutet dann zuerst, seine Würde und Rechte anzuerkennen und zu achten. Heute wird dies in einem breiten Konsens über die Menschenrechte zum Ausdruck gebracht. Zwei Diktaturen in Deutschland und viele andere außerhalb Deutschlands haben uns in aller Brutalität vor Augen geführt, wohin eine Gesellschaft gelangt, die die Würde und die Rechte des Individuums mißachtet. Sie wird zur Ge-

fahr nach innen und droht jedem das geistige Rückgrat zu brechen bis zur physischen Vernichtung, der sich nicht systemkonform verhält.

Darüber hinaus ist ein totalitäres System immer auch eine Gefahr für seine Nachbarn. Die Friedfertigkeit einer Gesellschaft nach innen und außen hängt wesentlich davon ab, ob die Gesellschaft sich der Gerechtigkeit ihren Bürgern gegenüber verpflichtet weiß.

„*Friede ist Werk der Gerechtigkeit*“, heißt es beim Propheten Jesaja (32,17). Im Miteinander der Menschen in unserem Land wie auch der Völker untereinander ist zumindest in der Theorie längst erkannt, daß der Friede nur wachsen kann, wenn wir die Güter der Erde und die Frucht unserer Arbeit wirklich teilen. Unsere Hilfswerke Misereor, Missio, Adveniat und neuerdings auch Renovabis sind solche Versuche.

Aber die materielle Hilfe ist nur eine, wenn auch wichtige Seite. Gerechtigkeit in der Völkergemeinschaft hat eine häufig übersehene Tiefendimension. Über materielle Hilfe hinaus geht es allererst um die Anerkennung der Rechte und der Würde der anderen Völker. In solcherart praktizierter Gerechtigkeit wurzeln die Anerkennung kultureller Unterschiede, ethnischer Minderheiten, der verschiedenen Rassen und Traditionen.

4. Erziehung zur Liebe

„*Entwicklung ist der neue Name für Frieden*“ hat Papst Paul VI. 1967 (Enzyklika *Populorum progressio*) gesagt. Wirkliche Solidarität, die nicht bloß ein Almosen gibt, „*nicht nur vom Überfluß, auch von der Substanz*“ (Gaudium et Spes 78) gibt, setzt eine Haltung der Liebe voraus. Und damit kommen wir zum eigentlichen Wesenskern des Friedens: der Liebe. Wir sehen doch an so vielen schaurigen Beispielen, daß die Quelle des Unfriedens der Haß ist und wir sehen heute - von geschichtlichen Beispielen ganz abgesehen, daß das oft ein wirklich abgrundtiefer Kainshaß ist. Ob in Palästina, Bosnien oder Ruanda, da sagen doch die einen zu den anderen: Euch darf es nicht geben - erst wenn ihr ganz vertrieben oder besser noch vernichtet seid - haben wir Platz zum Leben.

Und hier sind wir an dem Punkt absoluter Ohnmacht rein menschlicher Anstrengungen. Hier offenbart sich aber auch der Grund für das Schei-

tern aller bisherigen Bemühungen: die Gottlosigkeit und Gottferne der Menschen. Denn „*für die Gottlosen gibt es keinen Frieden*“, läßt Gott schon seine Propheten verkünden (Jes 48,22) – da mögen sie schreien, verhandeln oder demonstrieren, solange sie wollen. Gottlosigkeit? Ja, wer hat uns denn gesagt, daß Gott einem Volk den Frieden schenken will, das ihn und seine Liebe tausendmal verrät?

Der Prophet Jesaja zeigt uns aber auch den wahren und einzigen Weg zum Frieden. In seiner großartigen Vision heißt es da: „*Viele Nationen machen sich auf den Weg; sie sagen: Kommt, wir ziehen hinauf zum Berg des Herrn und zum Haus des Gottes Jakobs. Er zeige uns seine Wege, auf seinen Pfaden wollen wir gehen. ... Dann schmieden sie Pflugscharen aus ihren Schwertern und Winzermesser aus ihren Lanzen. Man zieht nicht mehr das Schwert, Volk gegen Volk, und übt nicht mehr für den Krieg*“ (Jes 2,3–4).

Friede ist Frucht der Bekehrung

Der Friede ist also eine Frucht der Bekehrung zu Gott. Nur als Folge der Bekehrung der Völker wird der allgemeine Frieden verheißen. Wohlweislich in dieser Reihenfolge: erst die Bekehrung, dann der Friede - das ist nicht umkehrbar. „*Ehre sei Gott in der Höhe – und Frieden den Menschen auf Erden*“, heißt die Weihnachtsverheißung in der gleichen Reihenfolge: ohne Anerkennung und Anbetung Gottes gibt es keinen Frieden für die Menschen auf Erden.

Was heißt das konkret? Ich glaube, wir können der Welt keinen größeren Friedensdienst leisten als den, wirklich Christen zu sein. Denn erst als Kinder Gottes können wir einander zu Brüdern und Schwestern werden. Solange wir die Umkehr zu Gott nicht vollzogen haben, bleiben wir gespalten, einander gegenübergestellt als Konkurrenten, Drohende und Bedrohte, Mörder und Opfer.

Das ist natürlich ein Weg, der viel anspruchsvoller ist als irgendwelche ungeduldigen Aktionen, der viel mehr und viel wesentlicheres von uns fordert – wirkliches Christsein, Buße tun, Umkehr! Und doch, wer ihn einschlägt, wird sofort spüren, daß er auf dem wahren Wege ist. Denn die erste Frucht der persönlichen Bekehrung ist ja der innere Frieden der Seele, ein Geschenk Gottes, das uns frei, sicher und glücklich werden läßt – schon jetzt

und nicht erst zum ungewissen Datum eines allgemeinen Weltfriedens.

Um uns auf diesen Weg zu führen, setzt nun der Papst in diesem Jahr besonders auf die Frauen. „*Die Frau – Erzieherin zum Frieden*“ überschreibt er seine ganze Botschaft. Es ist ja doch außerordentlich beachtenswert, daß hier in einer Zeit erhitzter Debatten und Rangeleien um die Rolle der Frau in der Kirche einmal der Blick dafür geöffnet wird, welche zentrale Rolle den Frauen in der Kirche zufällt: Nicht mehr und nicht weniger als die Erstverkündigung der Frohen Botschaft. Denn schauen wir doch einmal in die Wirklichkeit, so wie sie ist: längst bevor der Mensch in seinem Leben irgendeinem kirchlichen Amtsträger begegnet (das geschieht ja meist erst im 8. oder 9. Lebensjahr) weiß er doch in aller Regel von seiner Mutter, daß es Gott gibt, daß es einen lieben Gott gibt, daß es Gut und Böse gibt, Wahres und Gelogenes, was man sich antut und was man sich nicht antut. Die Grundlagen des Glaubens, die Grundlage des sittlichen Bewußtseins sind doch gelegt, längst ehe es zur ersten Berührung mit der sogenannten „Amtskirche“ kommt.

So sagt der Hl. Vater: „*Diese Urbeziehung zwischen Mutter und Kind hat außerdem auf religiöser Ebene einen besonderen erzieherischen Wert, weil sie, lange bevor eine formale religiöse Erziehung beginnt, eine Hinorientierung des Geistes und Herzens des Kindes auf Gott ermöglicht. Mit dieser entscheidenden und heiklen Aufgabe darf keine Mutter allein gelassen werden. Die Kinder brauchen die Anwesenheit und Sorge beider Eltern.*“

Dieser ersten Erziehung kommt grundlegende Bedeutung zu. *Wenn die Beziehungen zu den Eltern und zu den anderen Familienmitgliedern von einem liebevollen und positiven Verhältnis zueinander gekennzeichnet sind, lernen die Kinder aus der lebendigen Erfahrung die den Frieden fördernden Werte: die Liebe zu Wahrheit und Gerechtigkeit, den Sinn für eine verantwortungsbewußte Freiheit, die Hochschätzung und Achtung des anderen.*“

Eine erziehende Frau, eine Mutter, die kraft der ihr in Taufe, Firmung und aus dem Ehesakrament zufließenden Gaben und Gnaden ihre Verantwortung wahrnimmt, braucht natürlich keine weiteren klerikalen Titel.

Hier aber wird deutlich, wie sehr Frauen über ihr Schicksal, das sie immer wieder als Opfer des Hasses und der gewaltsamen Unterdrückung er-

MDekan Msgr. Walter Theis, Geistlicher Beirat der GKS, im Gespräch mit dem Inspekteur Lw, GenLt Bernhard Mende, dem Militärbischof Johannes Dyba, Frau Englert und Oberst i.G. Bernd Englert, Vorsitzender GKS-Kreis Bonn
(Foto: F. Brockmeier)

eilt, hinauswachsen können. Zur Erziehung der kommenden Generationen berufen, werden sie zu aktiven und wirksamen Gestalterinnen unserer Zukunft.

So wollen wir alle, Frauen, Männer und natürlich die Soldaten, aus ganzem Herzen in den Aufruf des Papstes einstimmen, in das Gebet um die Bekehrung des eigenen Herzens, um die Bekehrung des eigenen Volkes, um die Bekehrung gottferner Völker und Gesellschaften, auf daß wir in der Anerkennung des einen Gottes zu einer friedlichen Menschheitsfamilie werden.



KATHOLISCHER MILITÄRBISCHOF:

Deutschland zu tätiger Solidarität mit der Völkergemeinschaft verpflichtet

Die Einmischung der Völkergemeinschaft bei Völkermord und Massenvertreibung ist gerechtfertigt, sagte Erzbischof Johannes Dyba in einem Vortrag am 14. März 1995 an der Führungsakademie der Bundeswehr. Die absolute Souveränität der Staaten und das Gebot der Nichteinmischung in ihre inneren Angelegenheiten sei durch die Entwicklung des Völkerrechts überholt. Heute gründe das Völkerrecht auf der „Solidarität der Staaten“.

„Es wächst die Einsicht, daß die Völkergemeinschaft sich um das internationale Gemeinwohl kümmern muß“, führte der katholische Militärbischof aus. Der Gegensatz zwischen den nationalen Interessen und der internationalen Solidarität löse sich auf. Der einzelne Staat könne nicht ohne die internationale Gemeinschaft leben. Die internationale Ordnung müsse auf „Frieden und Gerechtigkeit“ aufgebaut werden, „ohne die kein menschliches Leben in Gemeinschaft funktioniert“, so Dyba.

Die Menschenrechte stehen nicht „in der Verfügungsgewalt der souveränen Staaten, sondern begrenzen deren Souveränität“. Die UN „aner-

kennt in zunehmendem Maße, daß die Menschenrechtsverletzungen keine innere Angelegenheit des jeweiligen Staates sind“, hob der Militärbischof hervor. Dahinter könne die UN nicht mehr zurück. Die UN drohe sich zu übernehmen, wenn sie überall dort eingreife, wo akute Not herrscht. Daher müßten „stärkere Akzente auf die Vermeidung und Bekämpfung von Konfliktursachen gelegt werden“.

Dyba unterstrich eine Forderung der deutschen Bischöfe von 1991, in der es heißt: „Wir sind aufgerufen zur tätigen Solidarität mit der Völkergemeinschaft in der Verteidigung einer gerechten internationalen Ordnung.“ Die teilweise scharfe öffentliche Diskussion über künftige Einsätze der Bundeswehr erkläre sich, da Deutschland bis 1989 zwar auf die Bündnissolidarität angewiesen, aber selbst nicht von den Partnern eingefordert wurde. Der „Intensivpatient“ Deutschland habe sich nicht klar gemacht, daß er nicht nur Pflege empfangen, sondern auch seinen Beitrag zur Solidargemeinschaft leisten müsse. (KMBA vom 14.03.95)

KURZ NOTIERT

Symposium von Katholiken und Lutheranern

Papst Johannes Paul II. hat zu den lutherisch-katholischen Beziehungen hervorgehoben, daß die Gemeinsamkeit zwischen den Kirchen sehr viel größer sei als das Trennende. Katholiken und Lutheraner seien sich jedoch der Schwierigkeiten bewußt in der Praxis den vereinigenden Realitäten das richtige Gewicht zu geben, sagte der Papst am 14.03.1995 bei einer Audienz für die Teilnehmer eines ökumenischen Symposiums in Farfa bei Rom. „Wenn wir auf das bereits Erreichte schauen, haben wir allen Grund, die Zukunft mit einem im Glauben begründeten Vertrauen anzugehen“, meinte Johannes Paul II. (nach DT vom 16.03.95)

Einladung nach Loreto

Papst Johannes Paul II. lädt die Jugendlichen Europas vom 6.–10. September 1995 zu einer Wallfahrt nach Loreto ein. Aus Anlaß der 700-Jahrfeier des Marienheiligtums in der italienischen Region Marken ruft der Papst die Jugend auf, „an diesem neuen kirchlichen Ereignis des Glaubens und der Hoffnung teilzunehmen, für Christus Zeugnis abzulegen und ein Europa zu bauen, das seinen Wurzeln getreu ein Ort der Aufnahme, der Solidarität und des Friedens in christlichem Geist zu werden weiß.“ (nach DT vom 16.03.95)

Erziehung zum Frieden, eine Dimension des Soldaten

Jürgen Bringmann

Der Bundesvorsitzende der GKS, Oberst i.G. Jürgen Bringmann erklärte am 16. Februar in Bonn bei einer Veranstaltung anlässlich des Weltfriedenstages 1995:

Ihnen, Herr Erzbischof, danke ich herzlich für Ihre wie immer offenen und deutlichen Worte. Und Ihnen, meine Damen und Herren, danke ich,

am Frieden in den Streitkräften, der Kirche und unserer Gesellschaft zu vertreten und wirksam werden zu lassen.

Und es war vor 30 Jahren 1965, als das 2. Vatikanische Konzil in Rom die Konstitution „Gaudium et Spes“ über „Die Kirche in der Welt von heute“ verabschiedete.

weise keine konkrete und aktuelle Bedrohung vorhanden ist – wie schnell kann sich das ändern.

Und es bleibt die Aufgabe unserer Streitkräfte, zusammen mit Verbündeten für den Schutz der Länder und Menschen unserer europäisch-atlantischen Gemeinschaft einzutreten, einer Gemeinschaft, die auf unserem christlich-abendländischen Welt- und Menschenbild beruht, auf historisch gewachsenen Strukturen von Recht und Freiheit des einzelnen wie der Völker.

Aufgabe der Streitkräfte ist es auch, in einer kleiner gewordenen Welt im Auftrag unseres Landes weltweit Aufträge zu übernehmen, sowohl aus unserer, auch christlich begründeten, Weltverantwortung heraus, als auch in wohlverstandem und berechtigtem Eigeninteresse.

Wenn heute von neuen Aufgaben der Streitkräfte die Rede ist, dann geht es vor allem um den eben genannten Bereich. Es geht darum, daß Soldaten bei Hungersnöten und anderen Katastrophen Hilfe leisten. Nicht deshalb, weil dies eine grundsätzliche und originäre Aufgabe der Streitkräfte wäre, sondern einfach deswegen, weil diese Hilfe oft nur unter militärischem Schutz geleistet werden kann, und weil häufig allein die Streitkräfte die organisatorischen und materiellen Mittel, oft auch allein die Ausbildung besitzen, um diese Aufgabe zu erfüllen.

Und es geht darum, daß wir als Soldaten uns dort einbringen, wo die Gefährdung von Leib und Leben, von Menschenrechten und Freiheit, ein solches Ausmaß angenommen hat, daß ein Eingreifen der Völkergemeinschaft unbedingt erforderlich ist. Papst Johannes Paul II. hat nachdrücklich auf diese Pflicht zur humanitären Einmischung hingewiesen, „wenn das Überleben der Völker und ethnischer Gruppen schwer betroffen wird“.

Aufgabe der Soldaten wird es auch in Zukunft vermehrt sein, den Krieg zu verhindern oder zu beenden, indem sie zwischen den Parteien vermitteln, ja wortwörtlich zwischen den Fronten stehen. Erziehung zum Frieden gewinnt hier für den Soldaten eine ganz neue Dimension. Muß er doch lernen, seinen Dienst nicht mit der



Blick in die bis auf den letzten Platz besetzte Aula des Collegium Josephinum während der kurzen Ansprache des Bundesvorsitzenden der GKS, Oberst i.G. Jürgen Bringmann (Foto: F. Brockmeier)

daß Sie der Einladung der Gemeinschaft Katholischer Soldaten zu diesem Festakt anlässlich des diesjährigen Weltfriedenstages gefolgt sind.

Es war vor 20 Jahren, 1975, als der damalige Militärgeneralvikar, Dr. Martin Gritz, bei der Generalversammlung des Apostolat Militaire International – des internationalen Verbandes katholischer Soldaten – in Rom dazu aufrief, den Welttag des Friedens als Soldaten, und zusammen mit Soldaten anderer Länder, zu feiern und damit ein Zeichen des Friedens zu setzen. Wir folgen dieser Aufforderung alljährlich.

Es war vor 25 Jahren, 1970, als die Gemeinschaft Katholischer Soldaten in Essen gegründet wurde. Es war damals und ist noch immer unser Ziel, die Auffassung katholischer Soldaten vom Dienst des Soldaten als Dienst

Auf dieses Dokument beziehen sich katholische Soldaten seit langem, wenn sie über ihren Dienst nachdenken und mit anderen sprechen. Der für uns entscheidende Satz darin, der den meisten von Ihnen sicher bekannt ist, lautet: „*Wer als Soldat im Dienst des Vaterlandes steht, betrachte sich als Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker. Indem er diese Aufgabe recht erfüllt, trägt er wahrhaft zur Festigung des Friedens bei.*“

Auch angesichts der politischen Veränderungen in unserem Lande, in Europa und in der Welt bleiben die Aussagen dieses kirchlichen Dokuments gültig. Die Verteidigung des Vaterlandes, die Landesverteidigung, die den Schutz unserer Wert-, Rechts- und Lebensordnung umfaßt, bleibt die grundsätzliche Aufgabe des Soldaten. Dies gilt auch dann, wenn glücklicher-

Waffe, sondern häufig gerade ohne sie auszuüben, legitime Gewalt nicht anzuwenden, sondern um eines wichtigen Zieles willen sogar illegitime Gewalt zu erleiden, sich nicht mit Nachdruck durchzusetzen, sondern zurückzunehmen, Frieden nicht zu erzwingen, sondern zu erleiden. Diese Komponente wird die klassische Erziehung des Soldaten für seinen Friedensdienst in Zukunft immer häufiger ergänzen: Frieden sichern, Frieden erhalten, Frieden wiederherstellen – das alles

gilt weiterhin. Aber hinzu kommt: Frieden wachsen lassen, Frieden fördern, Frieden erdulden, Frieden erleiden.

Lassen Sie mich das Gesagte mit einem Wort des Papstes aus seiner diesjährigen Botschaft zum Weltfriedenstag zusammenfassen:

„Die Gewalt, der so viele Menschen und Völker nach wie vor ausgesetzt sind, die Kriege, die noch immer zahlreiche Teile der Welt mit Blut überzie-

hen, die Ungerechtigkeit, die das Leben ganzer Kontinente belastet, können nicht mehr geduldet werden. Es ist Zeit, von den Worten zu Taten zu schreiten: die einzelnen Bürger und die Familien, die Gläubigen und die Kirchen, die Staaten und die internationalen Organisationen, alle sollen sich aufgerufen fühlen, mit erneutem Einsatz die Förderung des Friedens in die Hand zu nehmen.“

„Liebet eure Feinde – tut Gutes denen, die euch hassen“

Eine Predigt zum Evangelium vom 7. Sonntag im Jahreskreis (Lk 6,27–38)

Peter Emontzpohl

Es ist oftmals sehr interessant zu sehen und zu hören, wenn in der Werbung ein neu herausgekommenes Autotyp vorgestellt wird. Da ist dann die Rede davon, daß das neue Auto mit dem Vorgängermodell nichts mehr gemein hat, es besitzt ganz neue Eigenschaften, die Straßenlage und das Fahrgefühl sind bahnbrechend, der Spritverbrauch ist zukunftsweisend, die Sicherheitstechnik vollkommen erneuert und auf dem neuesten Stand der Technik und sein Reaktionsverhalten hat sich total geändert.

Das Evangelium des heutigen Sonntags hat uns, wenn Sie so wollen, ebenfalls ein neues Modell, eine neue Art von Mensch präsentiert, dessen „Prototyp“ Jesus Christus selbst ist.

Er fordert und zeigt uns ein menschliches Reaktionsverhalten, das alle alten, sicherlich nur allzu menschlichen Formen revolutionär auf den Kopf stellt: er liebt seine Feinde, tut denen Gutes, die ihn hassen und geht mit anderen so um, wie er es zukünftig auch von ihnen erwartet.

Die alten Prinzipien der Vergeltungslehre, wie sie noch im Alten Testament zu finden sind (Aug' um Aug, Zahn um Zahn) haben in Jesus Christus „ohne Wenn und Aber“ ihre Gültigkeit verloren und für uns, die wir Christi Namen tragen, ist fortan die Weisung Jesu im Evangelium verbindlich maßgebend:



Ernst Barlach: Jesus und Johannes

- eben nicht mehr Aug' um Aug', Zahn um Zahn, sondern:
- dem, der dich auf die eine Wange schlägt, dem halte auch die andere hin, und
- dem, der dir den Mantel nimmt, laß auch das Hemd ...

Dieses Modell seines Lebens,

- das uns die grenzenlose Liebe, Güte und Barmherzigkeit Gottes offenbar macht,
- das die Grenzen unseres menschliches Verstehens fast überfordert,

will Jesus Christus als Grundlage christlicher Ethik, d.h. christlichen Lebensverständnisses und christlicher Lebensführung verstanden und gelebt wissen:

Reagiere als Christ nicht so, wie du nach menschlicher Berechnung (also erwartungsgemäß) handeln würdest, sondern halte dich immer an das unerwartete und ungeschuldete Gnadenwirken Gottes: die Liebe, die Güte und die Menschenfreundlichkeit haben immer Vorrang!

„Verrückt, vollkommen verrückt“ sagen wir, „das kann doch kein Mensch leben, da ließe man sich ja zum Hampelmann machen.“ In der Tat ist es ja viel leichter, zu punkten, indem man den anderen mit unlauteren oder unfeinen Methoden „Schach matt“ setzt, anstelle den mühsamen und wenig populären Weg zu beschreiten, den Gegner erst einmal zu verstehen zu versuchen. Ja, es ist ein wirkliches „ver-rücktes“ Lebensprinzip, das Jesus hier von uns fordert. „ver-rückt“ im Sinne von: aus dem Rahmen der bisherigen menschlichen Denk- und Umgangsformen „ver-rückt“.

„Liebet eure Feinde; tut Gutes denen, die euch hassen“.

Es ist hier nicht von wirklichkeitsfremder Gefühlsduselei die Rede, auch nicht davon, einfach alles laufen zu lassen und keinen eigenen Standpunkt einzunehmen oder sich auch mal richtig über einen anderen zu ärgern.

Ganz im Gegenteil: Mit dem Gebot der Feindesliebe stellt Jesus „das so ganz andere“ als Alternative vor, die Antithese zu Rache und Haß schlechthin. Damit ist eine Nächstenliebe angesprochen, die niemanden ausschließt, auch nicht jene, die nicht gut zu uns sind und zu denen wir ein belastetes Verhältnis haben.

„Dem, der dich auf die eine Wange schlägt, halt auch die andere hin, und dem, der dir den Mantel wegnimmt, dem laß auch noch das Hemd!“

Diese Aussagen verdeutlichen beispielhaft das Verhalten, das sich aus dem Gebot der Nächstenliebe ergibt. Dieses Verhalten steht im absoluten Gegensatz zu den üblichen Verhaltensmustern. Es geht um die grundlegende Einstellung, nicht einfach Gleiches mit Gleichem zu vergelten, sondern nach Alternativen zu suchen, die geeignet sind, die Spirale der Gewalt zu durchbrechen und die Habgier zu überwinden.

Dieses Evangelium, in dem uns Jesus Christus gleichsam sein ureigenstes Lebensprinzip erläutert, gehört zu den Kernaussagen der Frohen Botschaft.

Er hat dieses Lebensprinzip: Liebe bis zur Selbstaufgabe, bis in den Tod, ganz bewußt gelebt – und fordert es auch von seinen Jüngern – fordert es von uns.

Ich weiß nicht, ob jemals wieder ein Mensch in dieser Art wie Jesus leben kann – ich kann es nicht.

Dennoch glaube ich, daß

- weil Jesus Christus so um Gottes und der Menschen willen gelebt hat, Gott dieses eine Leben als beispielhaftes Leben und dann auch als Opfer für uns und alle angenommen hat, ihm – als er für diese Botschaft sein Leben verlor – ein neues Leben geschenkt hat;
- weil Christus dies vor Gott gelebt hat, sind wir, die wir ihm glauben, in ihm mit in die Erlösung, in Gottes neue Schöpfung mit hineingenommen;

- wir, die wir beim Gebot der Feindesliebe in seiner Nachfolge als einzelne aber auch als Kirche – wenn es um die Andersdenken und Anderslebenden geht – oftmals erbärmlich scheitern.

„Erlaßt einander die Schuld, dann wird auch euch die Schuld erlassen werden...“

„Gebt, dann wird auch euch gegeben werden. ... Dann wird euer Lohn groß sein, und ihr werdet Söhne und Töchter des Höchsten sein ...“

Dabei besteht für uns vielleicht das größte Problem in unserer Angst, daß wir in diesem Leben zu kurz kommen, unsere Macht, unseren Einfluß und unseren Reichtum verlieren, wenn wir nach diesem Grundsatz leben würden – und vielleicht stimmt das ja auch.

Steht dahinter nicht zutiefst unser Unglaube, der uns von Gott entgegen der Verheißung Christi doch nichts mehr erwarten läßt, so daß wir meinen, bis in den letzten Winkel unserer Existenz, ja bis zum letzten Atemzug selbst für uns sorgen zu müssen – koste es, was es wolle? –, und damit bleiben wir im Kreislauf der Vergeltung, der Rache und des Hasses.

Ich weiß aus meiner eigenen Erfahrung, wie schwer, ja, in wievielen Situationen es mir unmöglich ist, dieser Forderung Jesu Christi im heutigen Evangelium im Lebensvollzug nachzukommen.

Aber wir dürfen vor ihr nicht die Ohren verschließen, nach dem Motto: das schaff ich ja sowieso nicht. Im Evangelium ruft Christus uns auf: versucht es, soweit ihr es könnt,

- indem ich meinem Gegner zeige, daß er nicht nur Feind für mich ist ...;
- indem ich mich durch „Hau und Wiederhau“ nicht auf die gleiche Stufe stelle ...;
- indem ich mich bemühe, auch etwas zu erreichen, indem ich mich einmal in Frage stelle und überlege, wo und wie ich mich ändern kann oder muß ...;
- indem ich, wenn ich mich wehre (wehren muß), es sachlich, möglichst mit wenig Haß und Wut zu tun ...;
- indem ich mich bemühe, meinen Gegner wenigstens in seiner Wür-

de noch zu respektieren ...

- indem ich einmal „fünf gerade“ sein lasse ...

So gebt ihr euch als meine Jünger und Jüngerinnen zu erkennen – wenn ihr als Menschen lebt, die in meiner Nachfolge die Welt wirklich verändern können.

Auch wenn euer Bemühen nur ein kleiner Tropfen ist, vergeßt nicht: steter Tropfen höhlt den Stein ...

KURZ NOTIERT

Kirche unterhält in 135 Ländern 21.757 Krankenstationen

Die katholische Kirche unterhält weltweit derzeit 21.757 Kliniken, Krankenstationen, Hospize, medizinische Beratungszentren oder Lepra-Stationen. Das geht aus einem Verzeichnis hervor, das der Päpstliche Rat für Pastoral im Krankendienst jetzt vorgelegt hat. Das Verzeichnis soll die Kontakte und die Zusammenarbeit der in 135 Ländern operierenden kirchlichen Einrichtungen zum Wohl der Kranken erleichtern, betonte Rats-Präsident Kardinal Fiorenzo Angelini bei der Vorstellung. Aufgrund ihrer starken Präsenz im Krankenwesen habe die Kirche das Recht und die Pflicht, als Anwalt der Leidenden aufzutreten; dazu gehöre auch der Einsatz für eine Erziehungs- und Gesundheits-Politik, die die Verteidigung des Lebens und der Menschenwürde zum Ziel haben, so der Kardinal. (KNA)

Südafrika: Neues Verfassungsgericht

Das neue Verfassungsgericht Südafrikas hat sich am 14. Februar 1995 in Johannesburg in Anwesenheit von Präsident Nelson Mandela konstituiert. Das Gericht besteht aus einem Präsidenten und zehn Richtern. Mit diesem Schritt sind verfassungsgemäß der Rechtsstaat und das Prinzip der Gewaltenteilung verwirklicht worden. Das Gericht prüft als erste große Aufgabe, ob die Todesstrafe mit der jetzigen Verfassung vereinbar ist. (bt nach RSA 2000 Nr. 2/95)

EHEMALIGES JUGOSLAWIEN

Ständiges Tribunal der Völker verurteilt den Völkermord

Alice Poltz

Wer ist Schuld an dem mörderischen Irrsinn, der seit fast vier Jahren das ehemalige Jugoslawien zerstört? In Bern sollten vor dem „Ständigen Tribunal der Völker“ die Hintergründe des Krieges aufgedeckt werden. Vier Tage lang dauerte die Anhörung von Zeugen und Experten, die am 20.02.95 mit einem Spruch der internationalen Jury aus Juristen und Geisteswissenschaftlern zu Ende ging. Im Gegensatz zum Kriegsverbrecher-Tribunal der Vereinten Nationen in Den Haag ist das Ständige Tribunal der Völker kein Strafgericht, sondern versteht sich als Beitrag zur Bewusstseinsbildung.

Das Tribunal verurteilt in dem zwanzig Seiten langen Richterspruch den geplanten und systematischen Völkermord im ehemaligen Jugoslawien, der vor allem gegen die Muslims in Bosnien-Herzegowina gerichtet sei. Keiner Volksgruppe hat man die Schuld zugeschrieben. Festgehalten wurde auch, daß der Begriff „ethnische Säuberung“ Völkermord meine. Es gebe genügend Beweise für die „willkürliche und brutale Verwendung

von Frauen als Kriegswaffe, einschließlich Vergewaltigung, Verstümmelung und Mord“. Das Versagen der internationalen Gemeinschaft beim Schutz der Völker des ehemaligen Jugoslawiens habe die Leiden hinausgezögert.

Einig waren sich die Fachleute, daß auf dem Balkan wie andernorts die humanitäre Hilfe oft als Ersatz für politische Maßnahmen fungiere. Mit Hilfskonvois versuche die Staatengemeinschaft „wenigstens etwas zu tun und läßt die notwendigen politischen Schritte, die strukturelle Änderungen bedeuten würden, einfach sein“, erklärte Jurymitglied Pia Gyger, Psychologin aus Luzern, die dem katholischen St.Katharinen-Werk angehört.

Ein Hauptdefizit für eine effektive Krisenintervention der Vereinten Nationen sei das Fehlen übernationaler Instrumente, die für Konflikte wie im Vielvölkerstaat des ehemaligen Jugoslawiens wirklich greifen. Das würde eine universelle, globale Strafgerichtsbarkeit bedeuten, die nicht an den Grenzen der Nationen haltmachen müsse. Politiker, die eine Bedrohung für die Welt seien, könnten dann belangt werden. Im Blick auf das derzeitige Verständnis nationaler Souveränität sei dies bisher absolut unmöglich.

Annäherung in Kroatien zwischen den Kirchen

Zwischen der katholischen und der serbisch-orthodoxen Kirchenführung in Kroatien ist es zu einer Annäherung gekommen. Der kroatische Primas, Kardinal Kuharic, und der orthodoxe Metropolit von Zagreb, Pavlovic, führten in der kroatischen Hauptstadt eine zweistündige Unterredung zur Verbesserung des Verhältnisses zwischen den beiden Kirchen in Kroatien. Seit dem Krieg um die mehrheitlich von Serben bewohnten Gebiete Kroatiens und den damit verbundenen Vertreibungen und Zerstörungen gibt es auch zwischen den Kirchen eine Reihe offener Konfliktpunkte. Jovan erklärte nach dem Gespräch, die Kirchen müßten zusammenarbeiten und den Friedensprozeß fördern, um einen weiteren Krieg zu verhindern. Kuharic sagte, man stimme darin überein, daß ein für alle gerechter Friede gefunden werden müsse. In allen Nachfolgestaaten des zerfallenen Jugoslawiens müsse die volle Gleichheit und Freiheit aller Bürger hergestellt werden. (DT/KNA)

SUDAN

Elend in Flüchtlingslagern

Der Präsident des Päpstlichen Migrantenrats, Erzbischof Cheli, hat die dramatische Notsituation von Hunderttausenden sudanesischen Flüchtlingen beklagt. In Radio Vatikan rief er die Weltkirche zur Hilfe für diese überwiegend christlichen Flüchtlinge und zur Durchsetzung ihres Grundrechts auf ein freies und würdiges Leben auf. In den Lagern fehlten neben Nahrungsmitteln auch Elektrizität, Wasser und Hygieneeinrichtungen. Cheli beklagte nach der Rückkehr von einem Besuch des Landes, daß er den Südsudan nicht habe besuchen dürfen. Dort sei die Lage noch viel besorgniserregender. – Bei dem Bürgerkrieg zwischen dem muslimisch-arabischen Nordsudan und dem überwiegend von Christen und Animisten bewohnten Südsudan gab es in den vergangenen elf Jahren bis zu einer

Million Tote. Millionen Einwohner wurden aus ihrer Heimat vertrieben. Etwa vierhunderttausend flohen in die Nachbarländer. (DT vom 23.02.95)

Andauernder Völkermord

Die Bundesregierung soll die Abschiebungen in den Sudan sofort beenden und die Augen nicht vor den fortdauernden Menschenrechtsverletzungen zu schließen.

Diesen dringenden Appell hat Pater Gerhard Knühl vom Orden der Weißen Väter in Münster an die Bundesregierung gerichtet. Es sei nicht wahr, daß keine Waffen in Krisengebiete geliefert würden, „auch an unseren Händen klebt Blut“ sagte Knühl, der Mitglied der Kommission „Gerechtigkeit und Frieden“ seines Ordens ist. Der Geistliche kritisierte, daß Politiker nur den Norden des Sudans be-

reisten und das Regime in Khartoum mit Waffen und Militärberatern unterstützten. Dafür seien wirtschaftliche Interessen ausschlaggebend. Es werde nicht zur Kenntnis genommen, daß der Bürgerkrieg seit 1983 schon zwei Millionen Opfer gefordert habe.

Bischof Kasper von Rottenburg-Stuttgart und der Erzbischof von Canterbury hätten im Sudan schwere Menschenrechtsverletzungen festgestellt. Auch die katholische Friedensbewegung Pax Christi habe Menschenrechtsverletzungen wie Vertreibungen, Folter und Mord angeprangert. Auf Kritik stoße auch die Zwangsislamisierung. Obwohl dreizehn Prozent der Bevölkerung im Sudan Christen und 24 Prozent Anhänger von Naturreligionen sind, werde versucht, die radikale Richtung des Islams im größten Land Afrikas gewaltsam durchzusetzen, berichtete Knühl. Die Zwangsislamisierung müsse aufhören. (DT vom 23.02.95)

Die humanitäre Intervention

Dieter Blumenwitz

Mitte April 1994 gerieten deutsche Staatsbürger im ruandischen Bürgerkrieg in unmittelbare Lebensgefahr. Elf Mitarbeiter der Deutschen Welle waren in einer Relaisstation in der Nähe von Kigali eingeschlossen. Die Bundesregierung untersuchte unverzüglich alle Möglichkeiten zur Rettung der Betroffenen. Dazu gehörten auch Überlegungen zum Einsatz von Fallschirmjägern der Bundeswehr. Die Einsatzplanung konnte abgebrochen werden, als bekannt wurde, daß belgische Fallschirmjäger die Deutschen bereits evakuiert hatten. Der Vorfall hat jedoch grundsätzliche Bedeutung. Er zeigt, daß der Einsatz deutscher Streitkräfte nicht nur dann erforderlich ist und kalkuliert werden muß, wenn das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland oder das eines NATO-Verbündeten unmittelbar angegriffen wird.

Zu den großen Herausforderungen nach dem Ende des Kalten Kriegs zählt die Durchsetzung grundsätzlicher Menschenrechte wie z.B. die Absicherung der Rechte von ethnischen Minderheiten und Volksgruppen. Die Rechtsbrecher bleiben hier regelmäßig unterhalb der Schwelle des bewaffneten Angriffs („armed attack“, Art. 51 UN-Charta) und haben zumeist weder individuelle noch kollektive Maßnahmen der Selbstverteidigung zu befürchten.

Auch wenn das Völkerrecht die Einhaltung grundlegender Menschen- und Gruppenrechte zum Gegenstand internationaler Sorge macht, sind auswärtige Staaten, die die Interessen bedrohter Menschen, Minderheiten und Volksgruppen verfolgen, zunächst auf die unverbindlichen und deshalb meist fruchtlosen Methoden der friedlichen Streiterledigung (Kap. VI UN-Charta) verwiesen.

I.

Das klassische Völkerrecht der Epoche bis zum Inkrafttreten der Charta der Vereinten Nationen verfügte über ausreichende Mittel, die unmenschliche Behandlung der Bevölkerung fremder Staaten zu unterbinden. Das Recht zur humanitären Intervention – auch mit militärischer Gewalt –

war völkergewohnheitsrechtlich anerkannt, wenn ein Staat nicht fähig oder willens war, Leben und Freiheit der Bewohner seines Territoriums zu schützen.

Bereits Hugo Grotius legte sich die Frage vor, ob ein Krieg zur Verteidigung fremder Untertanen rechtmäßig ist – „an justa sit belli causa pro subditis alienis“. Nach eingehender Auseinandersetzung mit dem aus dem Altertum überlieferten Fallmaterial gelangte er zu der Ansicht, daß ich einen anderen mit Krieg überziehen kann, auch wenn er von meinem Volke getrennt ist, aber das seinige mißhandelt: „Sic Seneca estimat bello a me peti posse, qui a mea gente sepositus suam exagitat.“ Auch der Mißbrauch der humanitären Intervention zur Durchsetzung eigener Interessen der Großmächte ist Grotius nicht verborgen geblieben: „Scimus quidem ex vertibus novisque historiis, alieni cupiditatem hos sibi quarere obtentus; sed non ideo statim jus esse desinit, siquid a malis usurpatur. Navi-gant et piratae; ferro utuntur et latrones.“¹

Allein die Güterabwägung zwischen dem Schutz Unschuldiger einerseits und der Gefahr des Mißbrauches einer humanitären Intervention andererseits wird heute – im Zeitalter des universellen Gewaltanwendungsverbot – etwas differenzierter betrachtet. Aus heutiger Sicht bleibt aber bedeutsam, daß wichtige Kapitel der Kolonialgeschichte unter der Überschrift „humanitäre Intervention“ geschrieben wurden². Das gilt vor allem für die Interventionen im Osmanischen Reich. Sie beruhten auf der Überlegung, „daß unzivilisierten Völkern gegenüber seitens zivilisierter Staaten nicht derselbe Maßstab angelegt werden kann, wie bei letzteren untereinander: das Völkerrecht beruht auf Gegenseitigkeit, und diese wird von rohen oder fanatischen Völkern nicht beobachtet, sie bieten nicht die Gewähr fester staatlicher Ordnung, weshalb die Berührung zivilisierter Staaten mit ihnen, wie Frankreich in Algerien, Rußland in Mittelasien, England in Indien, der Vereinigten Staaten in ihren Beziehungen zu den Indianern zu fortwährenden Interventionen führen“.

Weder Völkerbundsatzung (1919) noch Kellogg Pakt (1928) berührten die humanitäre Intervention als eine Maßnahme der Selbsthilfe, die unter der Schwelle des Krieges blieb („measures short of war“). Immerhin wurden schon in der Zeit zwischen den Weltkriegen die mit der Akzeptanz einseitiger humanitärer Interventionen einhergehenden Gefahren für die zwischenstaatlichen Beziehungen klar erkannt³. Humanitäre Anliegen konnten leicht als Vorwand dienen, um mit anderer Zielsetzung in das innerstaatliche Recht fremder Staaten gewaltsam einzugreifen⁴.

Eine neue Einschätzung der Anwendung grenzüberschreitender militärischer Gewalt zur Durchsetzung von Recht und Ordnung brachte Art. 2 Ziff. 4 UN-Charta, der den Staaten in den internationalen Beziehungen jede Androhung oder Anwendung von (militärischer) Gewalt untersagt – also auch die sog. „measures short of war“ (gewaltsame Repressalien nach Friedensrecht) zur Aufrechterhaltung der Völkerrechtsordnung. Gewalt darf nicht „gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtet oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbar“ sein. Immerhin erklärt Art. 1 Ziff. 3 es zu einem der in Art. 2 Ziff. 4 angesprochenen möglichen Ziele der Vereinten Nationen, die „Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten für alle ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion zu fördern und zu festigen“. Insoweit stellt sich die Frage, ob die humanitäre Intervention mit Waffengewalt, die dann noch näher zu definieren und abzugrenzen wäre, eine mögliche Ausnahme vom ansonsten universell geltenden⁵ Gewaltanwendungsverbot sein kann.

Die humanitäre Intervention zählte in den vergangenen Jahren zu den rechtlich umstrittensten Fragen des Gewaltanwendungsverbotes⁶. Zieht man das Kriterium der Staatsangehörigkeit der durch humanitäre Interventionen geschützten Personen heran, lassen sich drei Fallgruppen bilden.

1. Der intervenierende Staat schützt eigene Staatsangehörige im Ausland.
2. Der intervenierende Staat schützt Fremde in deren eigenem Land.
3. Der intervenierende Staat schützt Fremde in einem dritten Staat.

Der Schutz Fremder in einem dritten Staat erscheint regelmäßig als Annex des Schutzes eigener Staatsangehöriger im Ausland. Bei Maßnahmen gegen den internationalen Terrorismus (z.B. Schiffs- oder Flugzeugentführungen), aber auch in Bürgerkriegssituationen (Grenada) werden im auswärtigen Bereich eigene wie fremde Staatsangehörige betroffen. Im Vordergrund steht aber regelmäßig der Aspekt des Schutzes eigener Staatsangehöriger, denn es ist fast ausschließlich die Betroffenheit der eigenen Staatsangehörigen, die den handelnden Staat zur Intervention veranlaßt. Deshalb wird die humanitäre Intervention heute im allgemeinen unter zwei rechtlichen Gesichtspunkten behandelt.

- Der Schutz eigener Staatsangehöriger im Ausland.
- Der Schutz Fremder in deren eigenem Land, die humanitäre Intervention im engeren und eigentlichen Sinn des Wortes.

Bis in die jüngste Zeit hat sich die Staatenpraxis darauf berufen, daß das universelle Gewaltanwendungsverbot (Art. 2 Ziff. 4 UN-Charta) die Anwendung auch militärischer Gewalt zur Rettung eigener Staatsangehöriger nicht ausschließt, wenn deren Leben, Gesundheit oder Freiheit in einem fremden Staat, der den Schutz nicht wahrnehmen kann oder will, gefährdet sind. Zu den bedeutsameren Vorfällen zählen:

- das Vorgehen der USA im Libanon 1958,
- Belgiens Eingreifen im Kongo 1960,
- die Maßnahmen Belgiens und der USA in der Kongo-Krise 1964, insbesondere die belgisch-amerikanische Rettungsaktion von Stanleyville,
- die Aktion der USA in der Dominikanischen Republik 1965,
- Israels Flugzeugbefreiung in Entebbe 1976;
- die versuchte Befreiungsaktion der USA im Iran 1980;
- die vorübergehende Besetzung der Insel Grenada durch die USA und karibische Staaten 1983.
- Im September 1991 und im Januar 1993 eskalierten erneut die inne-

ren Unruhen in Zaire. Nachdem Ende Januar 1993 der französische Botschafter in Kinshasa von meuternden Streitkräften erschossen wurde, waren belgische und französische Soldaten bei der Evakuierung von 300 Ausländern – darunter 60 Deutschen – behilflich.

- Zur Zeit laufen noch humanitäre Aktionen in Ruanda.

Die Befreiungsaktion der Bundesrepublik Deutschland in Somalia (Mogadischu) 1977 war keine Intervention zum Schutz eigener Staatsangehöriger, weil sie von der ausdrücklichen Einwilligung des Territorialstaates gedeckt war.

Die Völkerrechtslehre beurteilt die Maßnahmen zum Schutz eigener Staatsangehöriger auf fremdem Territorium sehr unterschiedlich:

1. Zur Verteidigung der Rettungsaktionen wird vorgetragen, daß diese, wenn sie sich im Rahmen des unbedingt Erforderlichen halten, regelmäßig in Ausmaß und Umfang nur unter relativ geringfügiger Gewaltanwendung durchgeführt werden und die territoriale Unversehrtheit und die politische Unabhängigkeit des betroffenen Staates zumindest nicht nachhaltig beeinträchtigen; sie sollen deshalb auch nicht gegen Art. 2 Ziff. 4 UN-Charta verstoßen.
2. Andere Autoren erkennen eine Pflichtenkollision, die sich für die Mitglieder der Vereinten Nationen aus dem Umstand ergibt, daß die Charta gleichermaßen den Schutz der Menschenrechte (Art. 1 Ziff. 3) fordert und die Anwendung von Gewalt als einzig taugliches Mittel verbietet (Art. 2 Ziff. 4). Die Pflichtenkollision wird durch Güterabwägung entschieden und gestattet dem Heimatstaat auch gewaltsame Schutzaktionen, die sich aber an das unbedingt Erforderliche halten müssen.
3. Schließlich wird der Standpunkt vertreten, der Angriff auf Freiheit, Leben und Gesundheit eigener Staatsangehöriger im Ausland sei ein Angriff auf Teile des Staatsvolkes und damit auf das wichtigste Element des Staates selbst. Die erforderlichen Schutzmaßnahmen seien deshalb durch Art. 51 UN-Charta oder durch einen Satz des Völkergewohnheitsrechts gerechtfertigt.
4. Im Gegensatz zu den geschilderten Meinungen vertritt die derzeit

in Deutschland wohl herrschende Auffassung den Standpunkt, daß der gewaltsame Schutz eigener Staatsangehöriger gegen den Willen des Aufenthaltsstaates nicht rechtmäßig ist. Sie verweist darauf, daß Art. 2 Ziff. 4 UN-Charta jede – auch relativ geringfügige – Gewaltanwendung untersagt und auch nicht durch die in Art. 1 Ziff. 3 UN-Charta gebotene Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten eingeschränkt wird. Andererseits sei das Gewaltverbot gebietsbezogen. Ein „Angriff“ auf Fremde auf eigenem Staatsgebiet kann folglich auch nicht das Selbstverteidigungsrecht des Heimatstaates auslösen.

Der Internationale Gerichtshof hat sich zu den angesprochenen Fragen noch nicht rechtsverbindlich geäußert. Während der Teheraner Geiselfaffäre und dem gescheiterten Rettungsunternehmen der Vereinten Staaten war ein Verfahren über den amerikanisch-iranischen Streitgegenstand beim Internationalen Gerichtshof (IGH) anhängig, und der Gerichtshof hätte Gelegenheit gehabt, sich zum gewaltsamen Schutz eigener Staatsangehöriger rechtlich zu äußern; lediglich in einem „obiter dictum“ seiner Entscheidung brachte der IGH einerseits „understanding“ und andererseits „concern“ über die Geiselfreiungsaktion zum Ausdruck.

Das Bild bei der völkerrechtlichen Einschätzung der humanitären Intervention im engeren und eigentlichen Sinne (Schutz fremder Bürger, Minderheiten oder Volksgruppen vor schweren Verletzungen der Menschen- oder Gruppenrechte) entspricht weitgehend dem Ergebnis beim Schutz eigener Staatsangehöriger im Ausland.

Ein nicht unbeachtlicher Teil der Völkerrechtslehre hält die gewaltsame humanitäre Intervention unter engen Voraussetzungen für rechtmäßig. Das gilt vor allem für die sich mehr an den zwischenstaatlichen Gegebenheiten – nämlich mangelnde Funktionsfähigkeit kollektiver Mechanismen zur Sicherung der Menschenrechte – orientierende amerikanische Völkerrechtswissenschaft. Es wird vorgetragen, daß die Anwendung bewaffneter Gewalt zur Verhinderung oder Beseitigung massiver Menschenrechtsverletzungen in einem fremden Staat in Einklang stehe mit den fundamentalsten zwingenden Normen der Charta und sich weder gegen die territoriale Unversehrtheit

noch gegen die politische Unabhängigkeit der Verletzter-Staaten richte. Blende man bei der Auslegung des Art. 2 Ziff. 4 UN-Charta die Funktionsfähigkeit kollektiver Mechanismen zur Sicherung der Menschenrechte einfach aus, komme dies einer „doktrinären Manipulation“ der tatsächlich bestehenden internationalen Lage gleich. Die wohl herrschende Meinung in der deutschen Völkerrechtsliteratur sieht demgegenüber die humanitäre Intervention wiederum nicht in Einklang mit dem geltenden Völkerrecht. Sie rückt die uneingeschränkte Geltung des Art. 2 Ziff. 4 UN-Charta in den Mittelpunkt der Argumentation: Außer bei der Selbstverteidigung i.S. des Art. 51 UN-Charta muß die Gewaltanwendung als Mittel der internationalen Politik „schlechthin der Disposition der einzelnen Staaten entzogen“ bleiben.

Bei der Bewertung der aktuellen Staatenpraxis darf nicht außer acht gelassen werden, daß die Anwendung bewaffneter Gewalt zur Verhinderung massiver Menschenrechtsverletzungen in einem fremden Staat vom zuständigen UN-Organ, dem Sicherheitsrat, nie verurteilt wurde; es sind auch bislang keine Zwangsmaßnahmen gegen die gewaltsam intervenierenden Staaten verhängt worden. In der Staatenpraxis ist die Tendenz unverkennbar, die Schutzmaßnahmen zwar nicht generell zu rechtfertigen, aber doch im Einzelfall in Anbetracht der besonderen Notlage der Betroffenen, die andere wirksame Hilfe nicht erwarten läßt, zu tolerieren. Eine andere Haltung wäre wegen der zunehmenden Bedeutung des völkerrechtlichen Schutzes der Menschen- und Gruppenrechte politisch gar nicht vorstellbar. Nach dem Ende des Kalten Krieges stellt sich die Frage, wie der Schutz der Menschen- und Gruppenrechte weiterentwickelt werden kann, um den alten und neuen Herausforderungen weltweit gerecht zu werden.

Berücksichtigt man die weltweite Perspektive der Problematik, erscheint es nicht mehr geboten, zwischen der Anwendung bewaffneter Gewalt zur Verhinderung massiver Menschenrechtsverletzungen in einem fremden Staat einerseits und dem Schutz eigener Staatsangehöriger mit Waffengewalt im Ausland andererseits zu differenzieren. Der einzige die Differenzierung stützende rechtliche Gesichtspunkt, die Privilegierung des humanitären Schutzes eigener Staatsangehöriger im Ausland unter dem Aspekt des Angriffs auf das Staatsvolk als konsti-

tutives Merkmal der Staatlichkeit, hat sich als unbeachtlich erwiesen, da Art. 51 UN-Charta den „bewaffneten Angriff“ („armed attack“) auf den Staat in seiner territorialen Verankerung zur Voraussetzung hat. Die besondere „Notlage“ des Staates, dessen Bürger in einem fremden Staat massiven Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt sind, ist lediglich ein politischer Gesichtspunkt, der sich nicht nur mit staatsangehörigkeitsrechtlichen, sondern auch mit ethnischen, nationalen oder religiösen Bindungen begründen läßt⁸. Entscheidend für die künftige Rechtsentwicklung sollte sein, daß der Schutz eigener Staatsangehöriger wie auch der fremder Personen im Ausland primär humanitär motiviert ist und nur die zunehmende Bedeutung des völkerrechtlichen Schutzes universeller Menschenrechte die Intervention rechtfertigen kann.

Die zweite, wichtigere Frage ist, ob der völkerrechtlich gebotene Schutz der Menschen-, Minderheiten- und Volksgruppenrechte künftig durch ein humanitäres Interventionsrecht einzelner Staaten oder durch den weiteren Ausbau der Funktionsfähigkeit kollektiver Mechanismen zur Sicherung der Menschen- und Gruppenrechte gewährleistet werden soll.

Schon gegenwärtig bietet die Tatsache, daß die Staatengemeinschaft die Anwendung auch bewaffneter Gewalt zur Rettung von Menschenleben im Ausland politisch toleriert, zumindest aber rechtlich nicht unterbindet, einen begrenzten faktischen Schutz der Menschenrechte vor besonders zynischen Angriffen. Aus dem „politischen Tolerieren“ könnte sich die für die Entstehung eines entsprechenden Satzes des Völkergewohnheitsrechts notwendige „*opinio iuris*“ bilden⁹. Aber auch dann bleiben grundsätzliche Bedenken bestehen: Soll das universelle Gewaltanwendungsverbot des Art. 2. Ziff. 4 UN-Charta nicht seine Bedeutung für die zwischenstaatlichen Beziehungen verlieren, muß - von der eng begrenzten Möglichkeit des Art. 51 UN-Charta abgesehen - die Anwendung militärischer Gewalt als Mittel der internationalen Politik schlechthin der Entscheidungsbefugnis einzelner Staaten, die im Konfliktfall Richter in eigener Sache wären, entzogen bleiben. Der Vorzug ist damit eindeutig dem weiteren Ausbau der Funktionsfähigkeit kollektiver Mechanismen zur Sicherung der Menschenrechte einzuräumen.

II.

Die Charta der Vereinten Nationen hat die Achtung und Verwirklichung der Menschenrechte und Grundfreiheiten zu einem ihrer wichtigsten Ziele erklärt (Art. 1 Ziff. 3) und alle Mitgliedstaaten verpflichtet, „gemeinsam und jeder für sich“ (Art. 56) dieses Grundziel anzustreben. Damit ist der Schutz der Menschenrechte der rein nationalen Verfügungsgewalt entzogen und zu einer internationalen Aufgabe gemacht worden. Dreh- und Angelpunkt eines wirksamen Schutzes der Menschenrechte im Rahmen der UNO ist Art. 39 UN-Charta. Dem Sicherheitsrat obliegt die für Mitglieder verbindliche Feststellung, ob eine Bedrohung oder ein Bruch des Friedens oder eine Angriffshandlung vorliegt. „Bedrohung des Friedens“ oder „Bruch des Friedens“ sind unbestimmte Rechtsbegriffe. Bei der Rechtsanwendung eröffnen sich dem Sicherheitsrat weite Ermessensspielräume, die bereits zu Zeiten des Kalten Krieges gelegentlich benutzt wurden, nunmehr aber im Interesse der Menschenrechte instrumentalisiert werden können.

Am 16. Dezember 1966 entschied der Sicherheitsrat mit seiner Resolution 232, daß durch die einseitige Unabhängigkeitserklärung der weißen Minderheitsregierung in Rhodesien eine besondere Lage entstanden war und verpflichtet die Mitgliedstaaten zu einem umfassenden Wirtschaftsboykott. Auch die Generalversammlung verurteilte die Einsetzung einer Minderheitsregierung („*such a minority rule*“) als Friedensbruch, da sie mit den Grundsätzen der Rechtsgleichheit und der Selbstbestimmung unvereinbar sei. Am 4. November 1977 verurteilte der Sicherheitsrat mit Resolution 418 einstimmig die Apartheid-Politik der südafrikanischen Regierung, deren Gewaltmaßnahme gegenüber der schwarzen Bevölkerung sowie deren Angriffe gegenüber Nachbarstaaten. Auf der Grundlage des VII. Kapitels (Art. 39 ff. UN-Charta) wurde gegen Südafrika ein mandatorisches Waffenembargo verhängt.

Die Fälle Rhodesien und Südafrika zeigen, daß auch innere Zustände in einem Staat, wie z.B. die massive Verletzung der Menschenrechte, eine objektive Bedrohung des Weltfriedens bilden können. Dies erscheint möglich, wenn der Friede nicht ausschließlich negativ (im Sinne der bloßen Abwesenheit zwischenstaatlicher militäri-

scher Gewalt) definiert, sondern als gute Ordnung verstanden wird, die den Völkern und Menschen angemessene Existenzbedingungen gewährleistet. Friedensbedrohend wirkt sich dann vor allem die Verletzung der ergo omnes wirkenden Normen des jus cogens aus, wie z.B. das Verbot des Völkermordes, das Verbot der Zerstörung der Lebensgrundlagen der Menschheit und das Gewaltverbot. Friedensbedrohend sind Minderheiten- und Volksgruppenkonflikte, wenn das bestehende System der friedlichen Streiterledigung (VI. Kapitel UN-Charta) vom Rechtsbrecher gezielt unterlaufen wird¹⁰ oder grenzüberschreitende Fluchtbewegungen ausgelöst werden.

Maßnahmen, die der Sicherheitsrat bei festgestellter Friedensbedrohung nach dem VII. Kapitel der UN-Charta ergreift, sind keine Intervention; sie sind gemäß Art. 2 Ziff. 7 UN-Charta ausdrücklich von dem sonst geltenden Verbot an alle UN-Organen ausgenommen, sich in die inneren Angelegenheiten der Mitgliedstaaten einzumischen.

Die jüngsten Krisenherde im Irak, auf dem Balkan und in Somalia haben menschen-, minderheiten- und volksgruppenschützende Maßnahmen des Sicherheitsrats unter dem Gesichtspunkt der Friedensbedrohung erneut akzentuiert:

Mit seiner am 5. April 1991 gegen den Irak gefaßten Resolution 688.

- verurteilt der Sicherheitsrat „die in vielen Teilen Iraks, insbesondere auch in allerjüngster Zeit in den kurdischen Siedlungsgebieten, stattfindende Unterdrückung der irakischen Zivilbevölkerung, deren Folgen den Weltfrieden und die internationale Sicherheit in der Region bedrohen“;
- verlangt der Sicherheitsrat, „daß der Irak als Beitrag zur Beseitigung der Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit in der Region die Unterdrückung sofort einstellt“. Aus dem Wortlaut der Resolution ergibt sich eindeutig, daß der Sicherheitsrat die Unterdrückung der kurdischen Volksgruppe, aber auch der schiitischen religiösen Minderheit durch die irakische Regierung als eine Bedrohung des Friedens ansieht.

Nicht restlos geklärt ist allerdings, ob die Resolution 688 vom April 1991 die im Herbst 1992 von den USA, Großbritannien und Frankreich – nach Konsultationen mit Rußland – verhängte „no fly zone“ für irakische

Flugzeuge deckt. Abgesehen vom zeitlichen Abstand zur Resolution verlangt diese vom Irak – als Vorstufe zu etwaigen Sanktionen – nur die Unterlassung des völkerrechtswidrigen Tuns¹¹. Rechtlich umstritten ist auch die Wiederaufnahme der alliierten Luftangriffe auf den Irak, als dieser Mitte Januar 1993 – ohne die erforderliche Zustimmung der UN einzuholen – nach Kuwait vordrang, um dort im neu geordneten Grenzbereich Waffen und Material abzuholen. Dieses Vorgehen und die Bedrohung alliierter Flugzeuge in der „no fly zone“ durch die irakische Flugabwehr wertete der Sicherheitsrat als Verstoß gegen den Waffenstillstand. Über diese Feststellung hinaus wurden keine weiteren Sanktionen verhängt.

In Anbetracht der Kampfhandlungen in Jugoslawien qualifizierte die Sicherheitsratsresolution 713 vom 25. September 1991 „die schweren Verluste an Menschenleben und Sachschäden“ als eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit“. Der Sicherheitsrat beschließt „Nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen, daß alle Staaten zur Herstellung von Frieden und Stabilität in Jugoslawien die Lieferung von Waffen und militärischen Ausrüstungen an Jugoslawien sofort mit einem allgemeinen und vollständigen Embargo belegen werden, bis der Sicherheitsrat nach Konsultationen zwischen dem Generalsekretär und der Regierung Jugoslawiens etwas anderes beschließt“.

Mit der Resolution 757 erweiterte der Sicherheitsrat gegenüber Serbien und Montenegro, die nunmehr die Bundesrepublik Jugoslawien bilden, das Handels- und Luftembargo durch weitere nichtmilitärische Sanktionen. Obwohl die UNO eine größere Friedensstruppe in Jugoslawien unterhält, der gemäß VI. Kapitel UN-Charta die Konfliktparteien zugestimmt haben, steht fest, daß der Sicherheitsrat den Unruheherd Jugoslawien als Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit ansieht, sich Sanktionen nach dem VII. Kapitel vorbehält und sich beim Schutz der Menschen-, Minderheiten- und Volksgruppenrechte nicht nur auf „peace-keeping“, d.h. auf friedenserhaltende Operationen, beschränken will.

Schon die Autorisierung des militärischen Schutzes der Konvois, die Hilfsgüter für die Zivilbevölkerung nach Bosnien-Herzegowina bringen, durch die Sicherheitsratsresolutionen vom 15. Mai und 13. Juli 1992 über-

schreitet die Schwelle vom VI. zum VII. Kapitel der UN-Charta, da die Zustimmung des von der Maßnahme betroffenen Staates nicht eingeholt wurde.

Schließlich hat die Somalia-Krise die Bereitschaft des Sicherheitsrates bekräftigt, bei massiven innerstaatlichen Konflikten die Möglichkeiten auch des VII. Kapitels zu nutzen. Bereits mit der Resolution 733 vom 23. Januar 1992 wurden die Weichen für ein, wenn nötig, auch gewaltsames Eingreifen gestellt. Die Aktionen wurden mit dem Ziel, Frieden und Stabilität in Somalia herzustellen („establishing peace and stability“), eingeleitet. Der Sicherheitsrat verhängte ein allgemeines und vollständiges Waffenembargo und autorisierte die Entsendung von Friedenstruppen nach Somalia zum Schutz der Verteilung der Hilfslieferungen für die hungernde Zivilbevölkerung.

Die neue Sicht der Interventionsbefugnisse bei massiven Menschenrechtsverletzungen dokumentiert die Resolution 794 vom 3. Dezember 1992.

- Der Sicherheitsrat stellt eindeutig fest, daß die menschliche Tragödie, die durch die Behinderung der Verteilung von Hilfsgütern bewirkt wurde, eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellt („constitutes a threat to international peace and security“).
- Er zeigt sich entschlossen, Frieden, Stabilität sowie Recht und Ordnung wiederherzustellen, um den Aussöhnungsprozeß in Somalia voranzutreiben, erkennt aber gleichzeitig an, daß das somalische Volk die letzte Verantwortung für die nationale Aussöhnung und den Wiederaufbau seines eigenen Landes trägt.
- Im operativen Teil der Resolution 794 stellt der Sicherheitsrat nochmals die Bedeutung des VII. Kapitels für die ins Auge gefaßten Maßnahmen heraus: „... that action under Chapter VII of the Charter of the United Nations should be taken in order to establish a secure environment for humanitarian relief operations in Somalia as soon as possible“.

In Wahrnehmung seiner Befugnisse nach dem VII. Kapitel autorisiert der Sicherheitsrat den Generalsekretär und die mit ihm zusammenarbeitenden Mitgliedstaaten „to use all necessary means to establish as soon as possible a secure environment for humanitarian relief operations in Somalia“.

- Schließlich wird parallel zur Anwendung bewaffneter Gewalt zur Beseitigung massiver Menschenrechtsverletzungen das „peace-keeping“ nach dem VI. Kapitel aktiviert. Der Sicherheitsrat verlangt vom Generalsekretär die Vorlage eines Plans, die sicherstellt, daß die Friedensstreitmacht (UNOSOM) ihre Aufgaben nach Abzug der Interventionsstreitmacht zu erfüllen vermag.

III.

In ersten Stellungnahmen ist die Somalia-Resolution 794 zu Recht als eine „historische EntschlieÙung“ gewertet worden, weil sie den humanitären Aktionsradius der Vereinten Nationen entscheidend erweitert. Systematische, schwere Verletzungen der Gruppen- und Menschenrechte können künftig nicht mehr als bedauerliche innerstaatliche Betriebsunfälle betrachtet werden, die wirksame Sank-

tionsmaßnahmen der Staatengemeinschaft nach dem VII. Kapitel der UN-Charta ausschließen. Erstmals in der UN-Praxis wird ein Bezug zwischen friedensbewahrenden und friedensschaffenden Maßnahmen hergestellt. Die systematische Behinderung von Peacekeeping-Operationen kann Sanktionen und Anwendung von Gewalt nach dem VII. Kapitel zur Folge haben.

Der praktische Nutzen jeder Sanktionsmaßnahme muß im Einzelfall überprüft werden. Es wäre verfrüht, von einer neuen „Weltinnenpolitik“ der UNO oder gar von einem „Weltinnenrecht“ des Sicherheitsrates zu sprechen. Eine neue „UNO-Rule of Law“ als Maßstab internationalen Handelns bedeutete nicht nur eine Ausweitung des Völkerrechts in völlig neue, vornehmlich innerstaatliche Bereiche, sondern verlangte auch eine grundsätzliche Umstrukturierung der Organe der Vereinten Nationen und ihrer Verantwortungsbereiche. Die Frage, warum man Somalia hilft, nicht aber Bosnien,

warum der Irak bestraft wird, andere Staaten aber nicht, müÙte nach Rechtsgrundsätzen beantwortet werden. Eine Weltinnenpolitik unter der Herrschaft des Sicherheitsrates als „Großmachtdirektorium“ würde rasch neue Konflikte aufbrechen lassen. Bleibt der (revolutionäre) Schritt zu einem Weltinnenrecht und zu einer Weltinnenpolitik Utopie, so kommt es auch weiterhin auf das organische Wachstum der Rechtsnormen im genossenschaftlichen Verband an.

Mit seinem Urteil vom 12. Juli 1994 hat das Bundesverfassungsgericht in staatsrechtlicher Hinsicht klargestellt, daß sich die Bundesrepublik Deutschland mit ihren Streitkräften an allen Sanktionsmaßnahmen im Rahmen von UNO und NATO Bündnis beteiligen kann¹². Das wiedervereinigte souveräne Deutschland kann damit die Herausforderung, dem Frieden zu dienen und die Menschenrechte – nötigenfalls mit Waffengewalt – zu schützen, weltweit aufnehmen.

Anmerkungen

1 „Aus der alten und neuen Geschichte ist allerdings bekannt, daß die Begierde nach fremden Besitz dies (die Verteidigung Unschuldiger) oft nur als Vorwand benutzt hat; doch hört ein Recht nicht deshalb auf, Recht zu sein, weil es von Schlechten mißbraucht wird; denn auch die Seeräuber fahren zur See und auch die Diebe bedienen sich des Eisens.“

2 Entsprechendes gilt in bezug auf die zweite und dritte Teilung Polens, die damit begründet wurde, einem längeren Blutvergießen, der Anarchie und dem Bürgerkrieg ein Ende zu machen. Vgl. hierzu Fv. Gentz, Fragmente zur Geschichte des politischen Gleichgewichts. Schriften IV, S. 51: „Was den Entwurf zu einer Teilung Polens für das höhere Interesse von Europa so ungleich verderblicher machte als manche frühere in Charakter und Ausführung dem Anschein nach schwärzerer Gewalttat, das war jener entscheidende Umstand, daß er gerade aus der Quelle geschöpft wurde, aus welcher nichts als Wohltat und Segen, als Sicherheit in Zeiten der Ruhe und Rettung in Zeiten der Gefahr über den Völkerbund geflossen sein sollte.“

3 So bereits M. Fleischmann, in F. v. Liszt/M. Fleischmann, Völkerrecht, 1925, S. 122, der nicht anerkennt, daß ein Einmischungsrecht schon dann gegeben ist, „wenn nach der, sei es auch begründeten, Ansicht eines einzelnen Staates die allgemeinen Interessen der Menschheit oder der Kultur einen Eingriff notwendig machen ...; denn dann würde der Willkür Tür und Tor geöffnet“.

4 So die sogenannte „Kanonenbootpolitik“ alter Prägung, aber auch die Versuche In-

donesiens, die eindeutig gegen Art. 2 Ziff. 4 UN-Charta verstoßende Invasion in Ost-Timor mit humanitären Erwägungen zu begründen. Vgl. R. Clark, Humanitarian Intervention – Help to your Friends and State Practice, in: Georgia Journal of International & Comparative Law. (1983), S. 211 ff.

5 Im Nicaragua-Urteil vom 27. Juni 1986 folgte der Internationale Gerichtshof der herrschenden Lehre im Völkerrecht, wonach Art. 2 Ziff. 4 UN-Charta Bestandteil des allgemeinen Völkergewohnheitsrechts ist, vgl. ICJ Reports, (1986), 14ff. (147), § 292 (4) (6). Der Gerichtshof verurteilte die Vereinigten Staaten wegen der Verletzung ihrer Verpflichtung „under customary international law not to use force against another State“.

6 Der Begriff der humanitären Intervention wurde regelmäßig auf gewaltsame Aktionen bezogen. Gewaltfreie Maßnahmen zum Schutz der Menschenrechte sind schon nach allgemeinen Grundsätzen, insbesondere des Repressalienrechts, gerechtfertigt.

7 Im Schrifttum wird zum Teil auch der Schutz des Eigentums mit einbezogen. Dies geht ebenso zu weit wie die von Großbritannien und Frankreich in der Suez-Krise 1956 (vgl. Archiv der Gegenwart (AdG), (1956). S. 6072 ff. und 6083 ff.) vertretene These, daß, wenn ein Staat Regeln des völkerrechtlichen Gewohnheitsrechts oder Vertragsrechts verletzt, andere Staaten ein Recht zur Intervention hätten und den Rechtsbrecher zur Unterwerfung unter diese Regeln zwingen könnten.

8 Wie z.B. die systematische Verfolgung der konationalen Minderheit oder der

Glaubensbrüder in einem auswärtigen Staat.

9 Vgl. A. Randelzhofer (Anm.14), RdNr. 55. Allerdings darf nicht übersehen werden, daß es bislang auch bei so eklatanten und klar abgrenzbaren Menschenrechtsverletzungen, wie sie mit dem internationalen Terrorismus verbunden sind, nicht möglich war, sich auf rechtliche Sanktionen zu verständigen. So sind z.B. bislang alle Bemühungen gescheitert, sich auf eine Konvention zu verständigen, die wirksame Sanktionen gegen Staaten ermöglichen soll, die Luftpiraten aufnehmen und weder bestrafen noch ausliefern, vgl. F. Spörri, Die Bekämpfung der widerrechtlichen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen durch das Haager Übereinkommen vom 16. Dezember, 1970, Zürich 1980.

10 Das Zusammenspiel von VI. und VII. Kapitel der UN-Charta ist noch weitgehend ungeklärt. Immerhin verweist Art. 94 Abs. 2 UN-Charta – allerdings nur hinsichtlich der Durchsetzung eines Urteils des Internationalen Gerichtshofs – auf den Sicherheitsrat, der Empfehlungen abgeben oder Maßnahmen beschließen kann, „um dem Urteil Wirksamkeit zu verschaffen“. Soll die friedliche Beilegung von Streitigkeiten effektiver gestaltet werden, wie dies die neue „Agenda for Peace“ vorsieht, darf das VI. Kapitel nicht zum Spielball von Rechtsbrechern werden, die sich unterhalb der Schwelle bewaffneter Angriffe halten.

11 Bei der Feststellung der „no fly zone“ beriefen sich die Vereinigten Staaten auf „dringende humanitäre Erfordernisse, die nach internationalem Recht gegeben sind, und auf die Resolution 688. UN-General-

Militärische Einsätze stehen nicht im Vordergrund unseres Denkens

Der Bundespräsident zur deutschen Außenpolitik

Zum 40. Gründungstag der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in Bonn am 13. März 1995 hat Bundespräsident Roman Herzog seine erste außenpolitische Rede gehalten. In ihr wird deutlich, daß deutsche Außenpolitik zugleich deutsche Interessenpolitik und deutsche Sicherheitspolitik ist. In der Öffentlichkeit wurde z.T. dargestellt, der Bundespräsident rede Bundeswehrweinsätzen außerhalb des Bündnisgebietes das Wort. Dem ist nicht so. Der Bundespräsident unterscheidet in seinen Ausführungen ausdrücklich zwischen der friedlichen Lösung von Konflikten („soft power“), die durch Intelligenz „mehr vermag als ‘hard power’, die nur in Bevölkerungszahlen, Territorien, Flotten und Armeen denkt“.

Herzog weist auf die Instabilitäten nach dem Ende der Ost-West-Polarisation hin. Die heutige Multipolarität berge Risiken, die nicht nur strategischer Natur sind. Bevölkerungsexplosion, Klimaveränderungen, Armutswanderungen, Atomschmuggel, Drogenhandel, Fundamentalismus jeder Couleur, Völkermorde, und Zerfall staatlicher Ordnung bezeichnet er als Risiken, die den militärischen an Gefährlichkeit nicht nachstehen. „Wirtschaftliche Interdependenz, globale Umweltrisiken und transnationale Sicherheitsbedrohungen machen die internationale Staatengemeinschaft zu einer Interessengemeinschaft, ob sie will oder nicht. Kein Staat kann auf Dauer eigene Interessen auf Kosten des anderen verfolgen, ohne schließlich selbst darunter zu leiden.“ Weil in einer kleiner werdenden Welt, die Chancen und Risiken sich gleichermaßen globalisieren, wird auch die Globalisierung der deutschen Außenpolitik unvermeidlich sein. „Das Ende des Trittbrettfahrens ist erreicht“, stellt der Bundespräsident fest. „Deutschland gehört zum Konzert der großen Demokratien, ob es will oder nicht. Wenn eine dieser Demokratien beiseite steht, schadet sie unweigerlich auch den anderen – und damit letztlich sich selbst.“

Der Bundespräsident gibt die Empfehlung, daß gerade den Risiken der

Armutsfolgen vor Ort mit sozialen und wirtschaftlichen Mitteln begegnet werden müsse, weil sonst diese Risiken zu uns kämen. „Wohlstand für alle oder doch zumindest die begründete Hoffnung auf Arbeit und Einkommen, wirtschaftliches Wachstum im globalen Maßstab sind Voraussetzungen zur Erhaltung des Weltfriedens.“ Wenn Herzog auch der „soft power“ eindeutig den Vorzug gibt, stellt er dennoch fest, daß auch Deutschland nicht ganz auf ‘hard power’ verzichten könne. „Wir brauchen sie, um gegenüber Völkermord und kriegerischer Aggression gewappnet zu sein. Wir müssen in solchen Fällen auch bereit sein, militärische Macht einzusetzen, wenn alle anderen Mittel versagt haben. Ebenso wahr ist aber auch, daß militärische Einsätze kein Allheilmittel sind und nicht im Vordergrund unseres Denkens stehen dürfen. ... Weder Einsätze der Bundeswehr noch ein Sitz im Sicherheitsrat dürfen für Deutschland Statusfragen sein. ... Der wirtschaftspolitische und moralische Einfluß Deutschlands im multilateralen Konzert wird immer stärker sein und wirksamer sein, als (sein) militärische(s) Potential. Beides haben wir im Interesse des internationalen Friedens einzusetzen. Die Qualität unseres Engagements muß unserem gewachsenen Gewicht entsprechen, sonst nimmt uns in der Welt auf Dauer niemand ernst“, betont Herzog.

Unmittelbare deutsche nationale Interessen sieht der Bundespräsident in

- Sicherheit und Bewahrung von Wohlstand,
- Verbreitung der Demokratie in allen Teilen der Welt,
- Ausbau der Vereinten Nationen zu einem echten politischen System,
- Festigung des Atlantischen Bündnisses durch neue politische Grundlagen,
- Vollendung des europäischen Einigungswerkes.

Dabei deckten sich weithin deutsche nationale mit weltpolitischen Interessen; also müsse Deutschland nicht als Objekt, sondern als Subjekt der Welt-

Fortsetzung von Seite 22

sekretär und Sicherheitsrat halten die zur Umsetzung der „no fly zone“ durchgeführten Kontrollflüge amerikanischer, britischer und französischer Kampfflugzeuge, die im Dezember 1992 zum Abschluß einer irakischen Maschine geführt haben, für ausreichend legitimiert; lediglich die Volksrepublik China hat die Warnung ausgesprochen, die Kontrollflüge dürften nicht zu Angriffen gegen den Irak mißbraucht werden.

12. Einsätze im Rahmen eines Systems gegenseitiger kollektiver Sicherheit (Art. 24 Abs. 2 GG). Humanitäre Interventionen zum Schutz eigener Staatsangehöriger in Ausnahmesituationen sind rechtlich kaum regelbar und vom Gericht auch nicht erwähnt worden; das dem Gesetzgeber vom Bundesverfassungsgericht empfohlene Entsendegesetz sollte Formulierungen vermeiden, die Zweifel an der Rechtmäßigkeit derartiger unbedingt erforderlicher Einsätze stützen könnten. Vgl. zu Einzelheiten D. Blumenwitz. Der Einsatz deutscher Streitkräfte nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 12. Juli 1994, in: Bayerische Verwaltungsblätter (BayVBl.), (1994) 21, S. 641 ff.

innenpolitik handeln. Diese Interessen anzuerkennen hieße natürlich auch, die Folgen daraus ehrlich zugeben und Lasten zu übernehmen, so der Bundespräsident. Das Scheckbuch reiche nicht, möglicherweise müsse auch einmal der Einsatz von Leib und Leben gefordert werden. In Fragen von nationaler Bedeutung dürfe es kein parteipolitisches Kleinklein geben. Auch könne darüber nicht nach Kassenlage, nach Ergebnissen von Meinungsumfragen, auf Parteitage oder durch Gerichte entschieden werden.

Als unverrückbare Grundkoordinaten deutscher Politik stellt Herzog heraus: unsere Geschichte, unsere geographische Lage und daraus resultierende Eigenschaften deutscher Außenpolitik: maßvolles Auftreten, Berechenbarkeit, Dialogfähigkeit, Kompromißbereitschaft. Er folgert:

- Nützlicher ist es, Partner zu gewinnen als Auseinandersetzungen;
- wichtiger ist es auf die Würde anderer zu achten als auf die eigene zu pochen;
- Wirksamer ist es Recht zu geben als zu behalten.

„Sympathiewerbung für Deutschland im Ausland ist nicht nur eine Grundvoraussetzung für unsere Außenpolitik, sondern auch für weltweite Wirtschafts- und Handelsbeziehungen.“ (PS)

Nordafrika auf dem Wege zum radikalen Islamismus?– Bedeutung für die NATO-Mitglieder

Die Region Nordafrika ist in erster Linie aufgrund ihrer geographischen Lage als Gegenküste zur Südflanke der NATO von grundlegender Bedeutung. Die Verhältnisse in den Ländern Marokko, Algerien, Tunesien, Libyen und Ägypten haben unmittelbare Auswirkungen auf alle NATO-Staaten.

Die **Instabilität der Region** ist gekennzeichnet durch:

- Rivalität zwischen den Staaten,
- ethnische und religiöse Abgrenzungen,
- territoriale Streitigkeiten,
- Ressourcenprobleme (vor allem Wasserknappheit)
- ungleiche Verteilung des Wohlstandes,
- gewalttätigen islamischen Fundamentalismus,
- wirtschaftliche und durch die demographische Entwicklung bedingte Zwänge,
- Forderungen nach mehr politischer Beteiligung breiterer Bevölkerungsschichten.

Sie zwingt die Allianz dazu, stärkere Aufmerksamkeit als bisher der Entwicklung der genannten Länder zu widmen.

Ein Wandel des Verhältnisses dieser Staaten zu NATO Mitgliedern von bislang (außer Libyen) relativ entspannten Beziehungen hin zu „iranischen“ Verhältnissen hätte weitreichende Konsequenzen.

- Eine **starke Emigrationswelle** würde nach Europa (vorzugsweise nach Frankreich) schwappen.
- Die **wirtschaftliche Entwicklung** dieser sowieso nicht sonderlich industrialisierten Staaten würde im günstigsten Fall nur verlangsamt. Ungelernte oder schlecht ausgebildete Arbeitssuchende würden versuchen, analog der Entwicklung in Ost- und Süd-Ost-Europa, auf den Arbeitsmarkt der Europäischen Gemeinschaft zu drängen.

Ein nicht unerheblicher Teil der – für die Entwicklung ihrer Länder unentbehrlichen – Ober- und Mittelschicht sähe sich lebensbedrohlichen Repressalien ausgesetzt. Sie würden

versuchen, in sicherere Länder auszuweichen und auch in ihren Gastländern vor Verfolgungen aus ihren Heimatländern nicht sicher sein. Die **innere Sicherheit** der NATO-Staaten wäre stärker gefährdet als heute.

Weitere Fragen wären:

- Eine **Ausweitung der Rüstungsanstrengungen** der nordafrikanischen Staaten. Die Südanrainer des Mittelmeeres wären dann keine mehr oder weniger freundlich gesinnten Nachbarn, sondern würden sich – bei extremen Regimen – als Feinde der NATO verstehen. Schon jetzt reichen libysche Boden-Boden-Flugkörper (300 km Reichweite) fast bis Italien.
- Die **SLOCs (Sea Lines of Communication)** zwischen den südeuropäischen Ländern sowie von und zu den Nadelöhrn Straße von Gibraltar, Zugang zum Schwarzen Meer und zum Suez-Kanal wären nicht mehr so sicher wie bisher.
- Auch wenn die Abhängigkeit Europas von nordafrikanischem **Erdöl und -gas** nicht mehr so groß ist wie vor 20 Jahren, wirtschaftliche Problematiken würden sich zu den jetzigen addieren.
- Die **Exporte nach Nordafrika** würden zumindest für einige Zeit sinken.
- Schon jetzt wird ein Großteil von **Drogen** über Nordafrika/Nahost nach Europa geschleust. Es ist mehr als fraglich, ob radikale nordafrikanische Regime diese Transporte unterbinden würden.
- Die **vermittelnden Rollen**, die Marokko, Algerien und Ägypten in der Vergangenheit bei vielfältigen Geschehnissen spielten, die NATO-Mitglieder und die Region des Nahen und mittleren Ostens betrafen, würden wegfallen. Die heute zumindest tolerierende Haltung dieser Staaten – hier ist Tunesien mit einzuschließen – gegenüber Israel und der Entwicklung des gesamten Nahost-Friedensprozesses würde sich eher ins Gegenteil verkehren.
- **Subversive Aktivitäten und**

Indoktrinationsbemühungen bei Muslimen in europäischen Staaten würden verstärkt und Unruheherde schaffen, die kein europäischer Staat sich wünschen kann. Die Unterstützung der Muslime im ehemaligen Jugoslawien würde stärker und über den direkten Seeweg einfacher. Auf die NATO-Marinen kämen vermehrte Aufgaben zu. Griechenland könnte sich bedrohter fühlen denn je. Wie lange würde sich die Türkei als säkularer Staat halten können?

Das jetzige Lager der **moderaten islamischen Staaten**, einschließlich des traditionalistischen Saudi-Arabien würde an Einfluß stark verlieren. Es ist fraglich, ob die Länder der gesamten Arabischen Halbinsel einem radikalen islamistischen Druck von Westen wie von Osten auf Dauer standhalten könnten. Die Abhängigkeit nicht nur der westlichen Welt von **arabischem Öl** spielt hier die überragende wirtschaftliche Rolle.

- Der Drang der Schwellenländer und der Dritten Welt, sich mit **Massenvernichtungswaffen** einzudecken, würde nicht geringer werden. Entsprechende Toxine sind relativ leicht und billig zu beschaffen. Libyen kann der Besitz von C-Kampfstoffen unterstellt werden, Algerien werden nukleare Ambitionen nachgesagt.
- Wenn auch die Einsatzfähigkeit der **Luft- und Seekriegsmittel** nordafrikanischer Staaten nicht bemerkenswert hoch zu bemessen ist, in der Hand nicht freundlich gesinnter Regierungen stellen sie eine Bedrohung für NATO-Staaten dar. Darauf hätte man sich einzustellen, also umzustellen.
- **Rivalitäten der nordafrikanischen Staaten untereinander** und/oder zu anderen Ländern schwelen und führten in der Vergangenheit in einigen Fällen zu offenen Konfrontationen. Marokko/Mauretanien/Algerien (Westsahara/Polisario/Grenzsicherungen), Marokko/Spanien (Inseln Ceuta und

Melilla), Libyen/Tschad (Grenzverlauf), Ägypten/Sudan (Halaib-Gebiet).

Die sich stetig verschärfende Lage in Algerien führte nicht nur zur zeitweiligen Schließung der Grenzübergänge durch Marokko, dadurch Verhinderung der Rückkehr algerischer Arbeitnehmer nach Frankreich, sie führte bis hin zu gewissen Irritationen im deutsch-französischen Verhältnis. Über Morde an Ausländern und Drohungen gegen Diplomaten ist in der Presse ausführlich berichtet worden.

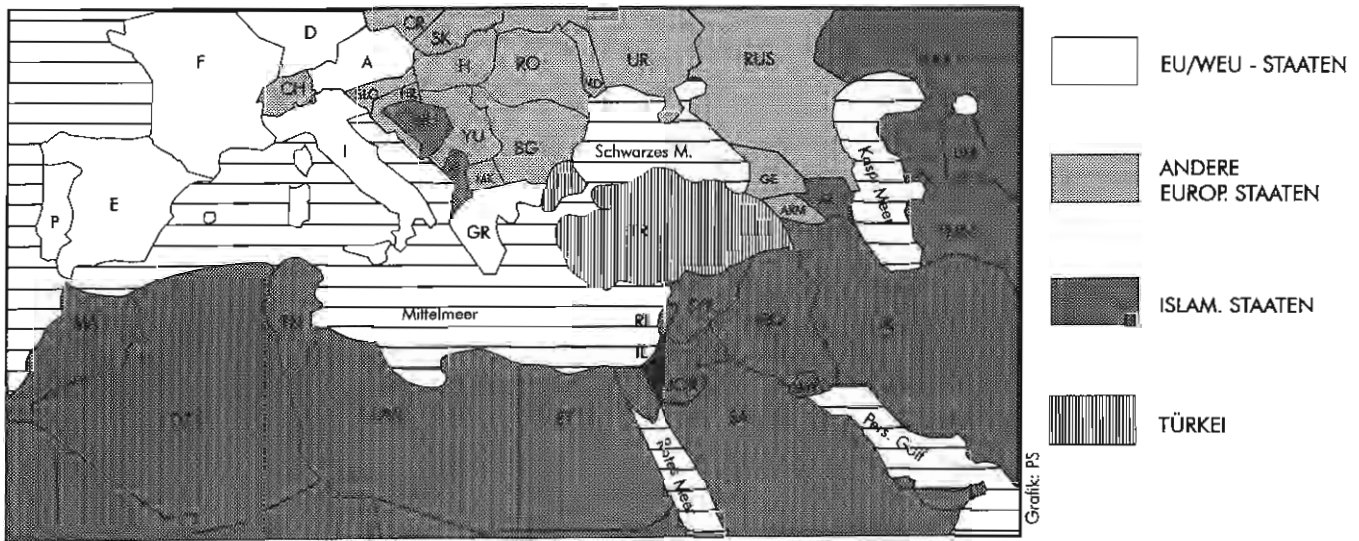
In Ägypten gehen die wichtigen Einnahmen aus dem Touristik-Geschäft spürbar zurück. Mit Mühe nur und unter Zuhilfenahme drastischer Mittel gelang es den Sicherheitskräften – noch – eine Ausweitung des Terrorismus zu verhindern.

Kein Staat Nordafrikas kann sicher sein, daß die Welle des radikalen Islamismus nicht ins eigene Land übergreift. Erste Anzeichen in Marokko und Tunesien sind vorhanden. Keiner dieser Staaten ist wirtschaftlich und sozial so stabil, daß nicht größere Be-

völkerungskreise für radikale Parolen empfänglich wären.

Auf sich allein gestellt, werden die jetzigen Regierungen der Region nicht in der Lage sein, den zu erwartenden Flächenbrand unter Kontrolle zu bekommen.

Es ist nicht auszuschließen, daß die NATO sich nach dem Ende der massiven Bedrohung aus dem Osten mittelfristig einer sehr indifferenten Bedrohung aus dem Süden gegenüber sieht. (aus IAP 3/95, Ro)



Die Anrainerstaaten des Mittelmeerraumes, Türkei und angrenzende Staaten
(die Abkürzung der Staatsnamen entspricht den Nationalitätenkennzeichen im internationalen Kraftfahrzeugverkehr)

Neue strategische Rolle der Türkei?

Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der Bildung unabhängiger Staaten aus den ehemaligen Sowjetrepubliken, dabei auch die muslimischen zentralasiatischen Nachfolgerepubliken Kasachstan, Turkmenien, Usbekistan, Tadschikistan und Kirgisien sowie die überwiegend muslimische Kaukasus-Republik Aserbaidschan mit insgesamt etwa 57 Millionen Einwohnern, sagten nicht wenige „Experten“ ein politisches Erwachen des Islam in diesen Republiken, ein Kampf um maßgeblichen Einfluß zwischen dem Iran und der Türkei und damit auch eine neue strategische Rolle der Türkei voraus. Türkische Ambitionen, eine politische und wirtschaftliche Brücke zu den „Turkvölkern“ zu schla-

gen sowie erste Träume von einer „Großmachtrolle“ der Türkei schienen dies zu bestätigen. Westliche Politiker versuchten, die muslimischen Republiken zu einer Entscheidung zugunsten der Türkei und des „türkischen Modells“ zu drängen.

In einer Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung unter dem Titel „Die Türkei und die muslimischen Republiken der ehemaligen Sowjetunion“ untersuchen Bess Brown und Elizabeth Fuller die diesbezügliche Entwicklung und kommen zu einem sehr ernüchternden Ergebnis.

Die türkische Führung war sich zwar des Prestiges im Zusammenhang mit ihrer neuen geopolitischen Bedeutung bewußt, fand sich jedoch – so das

Ergebnis der Studie – in ihren Versuchen, ihren Einfluß auf den Transkaukasus und Zentralsasien auszuweiten, vor allem durch finanzielle Erwägungen, aber auch durch die Notwendigkeit, weder ihren Handel mit Rußland, noch die sich bietenden Möglichkeiten in der entstehenden Schwarzmeer-Kooperation zu untergraben, deutlich eingeschränkt. Außerdem wollte die Türkei noch immer in die Europäische Gemeinschaft aufgenommen werden.

Vorbehalte gab es aber auch auf Seiten der muslimischen Republiken. Ende 1991 und Anfang 1992 reisten die Führer der muslimischen Nachfolgestaaten nach Ankara, um neue Beziehungen zur türkischen Führung her-

zustellen. Sie zeigten zwar Bewunderung für das türkische Modell, machten aber deutlich, daß ihr Hauptinteresse wirtschaftlicher und nicht ideologischer Natur sei. Die Stärke der ethnischen Beziehungen wurde jedoch im begeisterten Empfang deutlich, der dem türkischen Ministerpräsidenten Suleyman Demirel zuteil wurde, als er im Frühjahr 1992 durch Zentralasien und Aserbeidschan reiste. Die türkische Export-Import-Bank vergab Kredite in Höhe von Millionen Dollar an die neuen Staaten, die türkische Geschäftswelt legte jedoch bei Investitionen in der Region Zurückhaltung an den Tag. Die türkische Führung versuchte den Westen zu überreden, die Last der Investitionshilfe mitzutragen. Die Türkei lancierte auch ein ambitioniertes Programm der Ausstrahlung eines Fernsehprogramms für Zentralasien via Satellit und bot Ausbildungsprogramme für Militärschüler, Diplomatenanwärter und Beamte an.

Die türkischen Investitionen in Kasachstan konzentrierten sich hauptsächlich auf Öl und den Bau einer Pipeline für den Ölexport über die Türkei. Usbekistans Anziehungskraft als Lie-

ferant von Baumwolle für die türkische Textilindustrie wurde durch die Beschwerden über eine zu rigide Bürokratie und überhandnehmende Korruption der Beamten getrübt. Turkmenistan hat zum Teil die Rolle Rußlands als Lieferant von Erdgas an die Türkei übernommen, pflegt aber auch Wirtschaftsbeziehungen mit Iran.

Die Grenzen der Fähigkeit der Türkei, die Rolle einer regionalen Führungsmacht zu übernehmen, wurden an ihren Beziehungen zu Aserbeidschan besonders deutlich. Die Weigerung der türkischen Regierung, auf Seiten Aserbeidschans in dem Konflikt um Berg-Karabach zu intervenieren, führte zu Verwirrung und Bitterkeit. In Aserbeidschan gerieten türkische und russische Interessen in direkten Konflikt. Die Amtsenthebung des pro-türkischen Präsidenten Abulfas Elçibey durch einen von Rußland unterstützten Putsch signalisierte das Ende des türkischen Einflusses in diesem Land.

Insgesamt muß festgestellt werden, daß die Türkei nicht zu einer neuen Regionalmacht aufgestiegen ist. Das entscheidendste Versagen lag in der Wirtschaft; es erwuchs aus der hohen

türkischen Arbeitslosigkeit, dem sprunghaften Anstieg der Inflation und horrenden Zahlungsbilanzdefiziten. Ein weiterer relevanter Faktor waren die Meinungsunterschiede innerhalb der türkischen Führung, insbesondere die Tendenz des verstorbenen Turgut Özal, stets mehr zu versprechen, als das Land leisten konnte. Darüber hinaus war die Türkei zunehmend mit der Verschlechterung ihrer Beziehungen zu Rußland beschäftigt, das ihr wichtigster Handelspartner unter den Nachfolgestaaten der Sowjetunion geworden war.

Um den Wiederaufbau ihrer Wirtschaft bemüht, haben die zentralasiatischen Staaten Wirtschaftskontakte mit der Türkei, Iran, China, Pakistan, Saudi Arabien und Israel entwickelt, ungeachtet politischer und ideologischer Erwägungen. Zur Zeit – so das Schlußurteil der Studie – besteht trotz westlicher Ängste vor einem russischen Neoimperialismus wenig Grund zur Sorge um die fortgesetzte Unabhängigkeit der neuen muslimischen Staaten, da Rußland nicht länger in der Lage ist, möglichen Streitigkeiten seine eigenen Lösungen aufzuzwingen. (aus IAP 3/95)

Atlantische Interessenkonvergenz

Jürgen E. Schrempf

Anläßlich der XXXII. Münchener Konferenz für Sicherheitspolitik vom 3. – 5. Februar in München hat der Vorsitzende des Vorstandes der Daimler-Benz Aerospace AG einen Vortrag über „Industrielle und technologische Voraussetzungen einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik“ gehalten. Aus dieser Rede wird hier der Abschnitt über die Zukunft der atlantischen Partnerschaft wiedergegeben. (Quelle: Dokumente der Luft und Raumfahrtindustrie 1/1995)

Es gibt keinen vernünftigen Grund anzunehmen, daß die USA den europäischen Einigungsprozeß nicht weiterhin so positiv begleiten werden, wie es von Anfang an Maxime amerikanischer Außen- und Sicherheitspolitik war. An dieser Interessenkonvergenz hat sich nichts geändert. Die USA brauchen einen starken Partner in Europa, weil nur mit einem solchen außen- und sicherheitspolitische Arbeitsteilung möglich ist und gemeinsame Interessen der Befriedung verfolgt werden können.

Das Gemeinschaftsgefühl der Europäer muß aber zur Grundlage gemeinsamen Handelns auch in schwie-

rigen Situationen ausreichen. In Jugoslawien ist von Krisenprävention oder Krisenbeherrschung nichts zu sehen. Anders ausgedrückt: Partnerschaft mit Europa wird für die USA schwerer, je weniger Europa in der Lage ist, gemeinsam Krisenpräventionen und Krisenmanagement konsequent und verlässlich zu betreiben.

Politische Stabilisierung und Vermeidung von Gewalt setzen in der komplexeren Struktur, die sich aus dem Nebel des Zusammenbruchs der bisherigen Weltordnung entwickelt, vielfältigere Instrumente der Außen- und Sicherheitspolitik voraus, als dies in der schlichten Bipolarität des Kal-

ten Krieges erfahren worden ist. Technologie-, Umwelt-, Außenwirtschafts- und Entwicklungspolitik kann Krisen vermeiden, wenn die ökonomischen und industriellen Fähigkeiten der entwickelten Volkswirtschaften von der Außen- und Sicherheitspolitik bewußt eingesetzt werden.

Selbstverständlich ist Sicherheitspolitik ohne entsprechende Verteidigungstechnik nicht möglich; ebenso selbstverständlich ist es, daß gleichberechtigte Partner entsprechende Fähigkeiten haben müssen. Entsprechende Fähigkeiten sind nicht zu verwechseln mit gleichen Systemen. Auch hier gilt das ökonomische und politische Prinzip der angemessenen Arbeitsteilung. Arbeitsteilung setzt aber auch den Güteraustausch zwischen den Partnern bei allen Gütern voraus.

Die neue Sicherheitspolitik für die komplexere neue Welt geht weit über den Rüstungsbereich hinaus. Wer Kri-

sen vermeiden, Entwicklungen ermöglichen, Arbeitslosigkeit bekämpfen, Migration begrenzen will, muß Wirtschaftspolitik als Sicherheitspolitik nach innen und außen begreifen. In den strategischen Abteilungen der Industrie haben wir Szenarien einer 'Conflict Prevention Initiative, CPI' zur Definition dieser neuen Sicherheitspolitik erarbeitet.

Die Industrie kann für eine solche sicherheitspolitisch begründete ökonomische Offensive konkrete Angebote machen, ich nenne hier einige Projekte:

- Bau und Finanzierung von Infrastrukturprojekten wie zum Beispiel Flughäfen oder Hochgeschwindigkeitszugverbindungen in den sich entwickelnden Regionen Asiens,
- Kommunikationsdienste in Osteuropa unter Nutzung von Technologien der GUS-Staaten,
- Satellitengestützte Frühwarnsysteme zur Erkennung von Umweltveränderungen und zur Konflikthorhersage inklusive einer strategischen Aufklärung,
- Projekte zur dezentralen, umweltgerechten Energieerzeugung in Regionen ohne entsprechende Infrastruktur,
- Kommunikationsnetze und -dienste für die Wissensvermittlung und Ausbildung sowie für die Gesundheitsvorsorge im Sinne eines 'virtuellen Krankenhauses' in nicht entwickelten Regionen,
- Anlagen und Technologien zur Entsorgung wie zum Beispiel Demining,
- Konzepte zur Wasseraufbereitung für Wüstenregionen,
- Entwickeln von örtlichen logistischen Ketten für die Versorgung mit industriellen und landwirtschaftlichen Gütern in bisher planwirtschaftlich geführten Regionen,
- Bau von Anlagen zur Erzeugung hochwertiger Kraftstoffe und Refinanzierung durch den Verkauf zum Aufbau marktwirtschaftlicher Systeme,
- Länderübergreifende Verkehrs- und Transportsysteme für den Güter- und Personenverkehr.

Die Beispiele mögen genügen, um einen kleinen Überblick zu geben, was Unternehmen in der EU und in Deutschland zu bieten haben. Sie besitzen die Fähigkeiten und Technologien zur Bewältigung der globalen Zukunftsaufgaben und zur Befriedigung der Grundbedürfnisse der Menschen in den Aufgabengebieten Ernährung, Wohnen, Gesundheit, Mobilität, Sicherheit, Umwelt, Energie, Entsorgung und Kommunikation.

Eine den Aufgaben angemessene Sicherheits- und Entwicklungspolitik Europas, partnerschaftlich organisiert mit den USA, kann auf diesem ökonomischen Potential aufbauen, kann es ökonomisch und strategisch nutzen. Die Staaten, die Gemeinschaft sollte diesen Weg der komplexeren Sicherheitspolitik gehen. Wenn es auf diese Weise möglich wird, die Krisen zu vermeiden oder zu begrenzen, dann wäre viel gewonnen. Wenn dies auch nicht immer gelingen sollte, die ernsthafte Fähigkeit, noch ein Jugoslawien vermeiden zu können, wird bereits Krisen entgegenwirken.

Hoffnung für die Armen der Welt

Papst zum Weltsozialgipfel

Papst Johannes Paul II. hat zum Ende des Weltsozialgipfels der Vereinten Nationen in Kopenhagen erklärt, die Konferenz möge ein Zeichen der Hoffnung für die Armen auf allen Kontinenten sein. Am 12.02.1995 kritisierte er in Rom den Graben zwischen reichen und armen Völkern. Gleichzeitig beklagte er, daß viele Menschen auf der Erde unter Gewalt und Ungerechtigkeit zu leiden hätten. Der Gipfel habe diese Ungleichheiten der Öffentlichkeit sichtbar gemacht. Die Konferenz in Kopenhagen möge der Beginn für den Aufbau einer freien und solidarischen Welt sein, hofft Johannes Paul II. Nach seinen Worten ist der beklagenswerte Zustand auf der Erde die Folge einer Welt, „die Gott vergißt und oft die Würde des Menschen demütigt.“ An alle Christen appellierte der Papst, ihre Gottesliebe in Hilfe für leidende und allein gelassene Menschen umzuwandeln.

Nach Meinung des Vatikansprechers Joaquin Navarro-Valls sind viele Verbesserungsvorschläge des Hl.

Stuhls in die Schlußdokumente eingegangen, so daß er insgesamt mit dem Verlauf des Weltsozialgipfels zufrieden ist. Der Sprecher wies gegenüber Radio Vatikan dabei auf die Vorschläge des Kirchenstaates zur Reduzierung der Ausgaben für Rüstungsgüter zugunsten von Entwicklungsvorhaben hin oder den Antrag für einen teilweisen Schuldenerlaß für arme und ärmste Entwicklungsländer. Auf Zustimmung sei auch das Anliegen gestoßen, die Arbeit von Hausfrauen und Müttern sozial und materiell anzuerkennen.

Kardinal Staatssekretär Angelo Sodano hatte in Kopenhagen gefordert, die Konferenz müsse der Ausgangspunkt einer Bewegung sein, in der der Mensch wieder in den Mittelpunkt aller Entwicklungsanstrengungen gestellt werde. Eine Gesellschaft, die nicht auf stabilen ethischen Grundlagen beruhe habe keinen Sinn, hob Sodano hervor. Dabei seien die gemeinsamen Werte der großen Religionen eng mit den tiefsten Bedürfnissen

der Menschheit verbunden. Der Respekt vor diesen Werten dürfe sich nicht darauf beschränken, daß sie toleriert würden. Soziale Entwicklung, unterstrich Sodano, sei nur mit Beteiligung aller Menschen möglich. Daher müsse der Gemeinschaftssinn, der Sinn für Solidarität wiedergefunden werden, forderte der Kardinalstaatssekretär. Vor allem der extreme Nationalismus sei heute eines der größten Hindernisse für die Entwicklung. Nach Sodanos Worten muß die Familie als eine Institution, die die Solidarität zwischen Menschen, Generationen und Völkern in besonderer Weise bewahre, ausdrücklich geschützt werden. Besondere Unterstützung müsse den ausländischen Arbeitern und ihren Familien zukommen. Ebenso müßten Frauen Zugang zur Bildung haben und als gleichberechtigte Partner an dem sozialen und wirtschaftlichen Leben teilnehmen können, sonst sei eine Entwicklung nicht möglich, meinte Kardinal Sodano. (bt nach DT/KNA vom 14.03.95)

EUROPÄISCHE SICHERHEIT

Um eine Slawische Union bemüht

Moskau will vor allem seine Beziehungen zur Ukraine verbessern

Diethild Treffert

Der Krieg in Tschetschenien zieht die ganze Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit für Rußland fast vollständig auf sich. In Moskau geht aber die Politik weiter. Möglicherweise ist das internationale Desinteresse an anderen Vorgängen nicht unerwünscht. So verstärkt Rußland seine Bemühungen um eine Festigung der Slawischen Union erfolgreich in der Ukraine, wo Jelzin im Januar einen Wirtschafts- und Freundschaftspakt unterzeichnete, und in Weißrußland. Dem Staatsbesuch des russischen Präsidenten am 22. Februar in Minsk war einen Monat zuvor dort eine Visite des russischen Außenministers Kosyrew vorangegangen.

Danach hatte die Duma in Moskau eine parlamentarische Anhörung zu den Beziehungen beider Länder abgehalten, bei der Abgeordnete unterschiedlicher Fraktionen des Obersten Sowjet Weißrußland ihre Ansichten vortrugen. So sagte der Vertreter der Nationalen Front, Koslow: „Wir haben schon Schwielen an den Händen, so lange drücken wir den Knopf zur Integration mit Rußland“, aber er sagte auch, daß es noch Furcht gebe, der „Große Bruder“ spiele mit „gezinkten Karten“. Der Vize-Präsident des weißrussischen Parlaments, Kusnezow, erklärte, es bestehe keine Absicht, das Abkommen von Beloweschkaja Puschtscha vom Dezember 1991 über einen Verband der slawischen Republiken aufzukündigen, das sei „nicht Aufgabe des derzeitigen Augenblicks“.

Die Vertreterin der kommunistischen Fraktion Mascherowa, klagte über den in ihrem Land sich ausbreitenden Katholizismus, der sich intolerant gegen alles Russische verhalte und pries im übrigen Präsident Lukaschenko als den „einzigen legitimen Garanten für die weißrussischen-russischen Beziehungen“. Es klang wie aus einem Stalin'schen Lehrbuch.

Am 28. Januar unterzeichnete der weißrussische Premierminister

Tschigir in Moskau vier Abkommen zur Integration Rußlands, Weißrußlands und Kasachstans. Unter anderem wurde eine Zollunion zwischen diesen Ländern vereinbart. Inzwischen wurde bekannt, daß am 2. Februar auch Verhandlungen über ein Militärabkommen geführt wurden. Demnach sollen die weißrussischen Grenzschutztruppen durch russische Offiziere „verstärkt“ werden. Zwei russische Generale sollen stellvertretende Kommandeure werden, und russische Offiziere in den Zentralstellen der weißrussischen Militärführung arbeiten.

Gemeinsames Oberkommando

Am 22. Februar veröffentlichte die Minsker Zeitung „Swoboda“ den Entwurf eines solchen Abkommens, der noch weiter geht. In ihm wird ein gemeinsames Oberkommando in Moskau vorgesehen und gemeinsame Truppeneinsätze in Spannungszeiten. Offiziell ist das nicht bestätigt. Beim Besuch in Minsk unterzeichnete Jelzin nur einen Freundschaftsvertrag, kündigte aber eine „noch vollständigere Annäherung“ an, die er vorerst mit einer Morgengabe von umgerechnet fünfzig Millionen Mark, auszahlfar natürlich in Rubeln, dem bitterarmen Nachbarn schmackhaft machte.

Wie diese „vollständige Annäherung“ im Detail aussehen soll, hatte Duma-Präsident Rybkin gut zwei Wochen vorher dem weißrussischen Parlament erläutert. Er traf mit Lukaschenko, Regierungsmitgliedern und Vertretern der Intelligenzija zusammen und benötigte im Parlament nur zehn Minuten, um die Abgeordneten aufzufordern, die Gesetze ihres Landes den russischen anzugleichen und schon jetzt einen Plan für parlamentarische Konsultationen mit der russischen Duma aufzustellen. Er beschwichtigte alle Besorgnisse: Der Ausdruck „Gro-

ßer Bruder“ sei fehl am Platz, Rußland werde die Souveränität des Nachbarlandes respektieren.

Vor dem Parlamentsgebäude hatten sich Demonstranten gesammelt. Die Nationalisten forderten Rybkin mit Transparenten auf, schnellstens nach Moskau zurückzukehren, aber die Kommunisten verstrickten sie bald in eine Prügelei, die erst von der Miliz beendet wurde. Die parlamentarische Position gegen diese Art von Integration wird allerdings länger dauern. Die Abgeordneten haben bereits umfangreiches Material beim weißrussischen Verfassungsgericht eingereicht, in dem Verstöße der bereits unterschriebenen Abkommen gegen die Verfassung aufgelistet sind. Selbst Parlamentspräsident Grib mußte vorsichtig zugeben, daß derartige Widersprüche vorhanden seien und daß im Land wegen des Tschetschenien-Krieges ohnehin große Beunruhigung herrsche. Da aber dem weißrussischen Präsidenten durch die Verfassung außerordentliche Machtbefugnisse zugestanden sind und er zudem von Demokratie nicht viel hält, dürfte er mit solchen Einwänden fertigwerden.

In der ehemaligen Sowjetunion bahnt sich also offiziell eine neue Union an der „Gemeinschaft unabhängiger Staaten“ (GUS) vorbei an. Sie deklariert sich als Slawische Union, ist aber schon in mehreren Punkten durch den Beitritt Kasachstans erweitert. Präsident Nasarbajew hat ohnehin eine Eurasische Union vorgeschlagen vorerst noch ohne große Resonanz. Die Ukraine hält sich noch zurück, was politische und militärische Gemeinsamkeiten anbelangt, sie war aber auch noch nicht einem Trommelfeuer russischer Aktivitäten ausgesetzt wie Weißrußland. Mit Geduld und Zähigkeit, den Gas- und Ölnachschub im Hintergrund, dürfte der mächtige Nachbar auch in der Ukraine noch manche Sperre überwinden.

Ungeliebte Minderheit mit großem sozialen Nutzen

Die Lage der koptischen Katholiken in Ägypten

Paul Richard Blum

„Koptisch“ bedeutet „ägyptisch“: Die Kopten sind die alte bodenständige Religionsgemeinschaft des Christentums in Ägypten. Es gibt einen orthodoxen und einen mit Rom vereinten, katholischen Zweig. Bei einem Besuch in der Zentrale von Kirche in Not/Ostpriesterhilfe berichtete der koptisch-katholische Bischof Antonios Naguib über seine Pastoralarbeit und die Schwierigkeiten seiner Kirche in Ägypten. Als christliche Minderheit in einem muslimischen Staat haben die Kopten kein leichtes Leben. Vor allem sind sie durch den steigenden Einfluß des radikalen Islam gefährdet, der immer weniger Toleranz gegenüber Nicht-Muslims zeigt. Trotzdem spielt die koptische Kirche eine wichtige Rolle im Leben des Landes, weil sie soziale Programme aufstellt, die nicht nur den Staat entlasten, sondern auch den Muslims zugute kommen. Der Artikel ist der Deutschen Tagespost Nr. 151/20.12.94 entnommen

„Unsere Kirche befindet sich in der Situation, unter der Minderheiten überall in der Welt leiden, man ist benachteiligt, man gilt nicht als vollgültiges Mitglied der jeweiligen Gesellschaft, die Mehrheitsbevölkerung ist mißtrauisch.“ Mit diesen Worten versucht Bischof Antonios Naguib von der koptisch-katholischen Diözese Minya die Schwierigkeiten seiner Kirche zu relativieren. Denn es ist sein Naturell, in allem das Positive zu sehen. So zeigt er mit einiger Befriedigung eine Dokumentation mit statistischen Daten und Projektberichten aus seiner Diözese.

Ernst der Lage nicht unterschätzt

Selbstverständlich unterschätzt er nicht den Ernst der Situation, das Erstarken des radikalen Islam, der sich auch in Ägypten bemerkbar macht, setzt alle nichtmuslimischen Gemeinschaften unter Druck. Die Sharia, das islamische Recht, soll überall Geltung bekommen, denn nach streng islamischer Auffassung sind Politik, Gesellschaft und Religion eine Einheit. Zwar gibt es liberale Strömungen unter den muslimischen Intellektuellen des Landes, die nicht nur eine gründliche Ausbildung in ihrer eigenen Kultur genossen haben, sondern auch die europäische Kultur und den modernen Säkularismus kennengelernt haben, aber diese „aufgeklärten“ Strömungen stehen unter zunehmendem Druck.

Ein Beispiel hierfür mag der Terror-

anschlag auf den Literaturnobelpreisträger Naguib Mahfus im Spätsommer 1994 sein. Eine differenzierte Sicht der sozialen Fragen Ägyptens an der Schwelle zum neuen Jahrtausend wird von den Gegnern dieser Intellektuellen nicht zugelassen. Eine solide Diskussionsbasis über die sozialen Schwierigkeiten fehlt, denn einzig und allein der Koran soll Richtschnur für alles Handeln sein. Im Koran soll die gesamte Lehre, auch die soziale Lehre, des modernen Staates stehen. Mit diesem Denken richten sich die radikalen Muslims gegen die Intellektuellen und stützen sich dabei auf die verbreitete Meinung der Massen, wie das in den Ländern üblich ist, die zu einer Einheitslehre tendieren.

Bischof Naguib differenziert sehr genau: In Ägypten gebe es die Islamisten, die Fundamentalisten oder „Integristen“ und schließlich auch die Terroristen. Unter Islamisten versteht er diejenigen Muslims, die eine rein muslimische Gesellschaft für die einzig angemessene Lebensweise halten.

Dieses Ziel hätten praktisch alle Muslims vor Augen, denn es präge ihr Selbstverständnis, aber die Islamisten strebten dieses Ziel auf friedlichem Weg an. Radikaler seien die Fundamentalisten oder Integristen, diejenigen nämlich, die eine sofortige, durchgreifende Islamisierung der Gesellschaft forderten, die alle Menschen „integriere“ und keine äußeren Einflüsse gelten lassen möchte. Besonders die Einflüsse aus der französischen und

englischen Welt, die die Geschichte des Landes geprägt haben, seien ihnen ein Dorn im Auge. Geduldig abwarten wollten sie nicht. Die besondere Rolle der koptischen Kirchen in Ägypten leuchte ihnen nicht, ein.

Wirklich gefährlich, aber eine kleine Minderheit, seien die Terroristen, die das „integristische“ Programm mit Gewalt durchsetzen wollten. Sie seien es, die Ägypten in den letzten Monaten in negative Schlagzeilen gebracht hätten. Diskussionen kämen für sie nicht in Frage, ja sie gäben sich sogar selbst das Recht und die Pflicht, nach ihrer eigenen Auffassung zu handeln. Zweifellos hätten diese Terroristen internationale Kontakte, zugleich aber sei sich die gegenwärtige ägyptische Regierung dieser Gefahr besonders bewußt.

Gemeinsam ist all diesen Gruppen, daß in ihrem Denken ein „säkularer Staat“ nach europäischem Muster keinen Platz hat. Die Trennung von Religion und Politik der europäischen Aufklärung, durch die die Staaten ebenso wie die Kirchen ihr gemeinsames Überleben gesichert haben, wird geradeheraus abgelehnt. Der Islam wird politisch verstanden und die Politik ist eine Sache der Religion. Für Nichtmuslims ist in der islamischen Gesellschaft der Umma, kein Platz. Integristen beherrschen größtenteils die Schulen und Universitäten ebenso wie fast alle Gewerkschaften.

Viele gemeinsame Aktivitäten

In dieser Gesellschaft bieten die Christen eine intellektuelle Ausbildung nach europäischen Standards. Sie verfügen über internationale Kontakte. Dies gilt vor allem für die koptisch-katholische Kirche, denn die koptisch-orthodoxe Kirche ist traditionell mehr abgeschlossen und bietet nur wenige soziale Aktivitäten. Die koptischen Katholiken zählen in Ägypten etwa zweihunderttausend Mitglieder. Ebenso groß ist die Gruppe der Protestanten in Ägypten, von denen ein Teil

theologisch konservativ orientiert ist, ein anderer Teil ist in der CEOSS organisiert, der „Coptic Evangelical Organisation für Social Service“. Mit dieser Gruppe organisieren die koptischen Katholiken viele gemeinsame soziale Aktivitäten, einschließlich der Publikationen von Büchern. Dabei werden sie von den Islamisten mißtrauisch beobachtet und öffentlich kritisiert, denn alle Aktivitäten der christlichen Kirchen werden rundheraus als Proselytismus ausgelegt.

Trotzdem gelingt es der CEOSS gelegentlich, Treffen zu organisieren, an denen alle Konfessionen und Religionsgemeinschaften, das heißt liberale Muslime teilnehmen. Der ganze Stolz des Bischofs von Minya sind seine katechetischen Kurse, die nun schon seit sechzehn Jahren stattfinden und vor drei Jahren zu der heutigen Form neu organisiert wurden. Zur Realisierung dieser Pläne hat Kirche in Not/Ostpriesterhilfe finanziell beigetragen. Diese Kurse finden in den Sommermonaten statt und verteilen sich auf sechs Jahre. Praktisch alle Jugendlichen nehmen daran teil, beginnend im Alter von sechzehn Jahren. 1994 waren es sechshundert Teilnehmer. In drei Stufen werden den Jugendlichen die wichtigsten Begriffe der Bibel, der Kirchengeschichte, der Soziallehre und der Psychologie und der Liturgie beigebracht. Audiovisuelle Medien werden dabei selbstverständlich eingesetzt. Als Dozenten dieser Kurse hat der Bischof Priester, Universitätsprofessoren und Sozialarbeiter verpflichtet.

Drei Laientheologen befassen sich hauptamtlich mit der Katechese in seinem Bistum. Alle drei wollen einmal Priester werden, aber sie müssen noch bis zur Weihe warten. Für die koptisch-katholische Kirche gilt die Regel, daß zwar Verheiratete zu Priestern geweiht werden können, aber sie müssen in jedem Fall nach der Eheschließung fünf Jahre warten. Sinn dieser Anordnung ist es, den jungen Männern Gelegenheit zu geben, zu beweisen, daß sie in der Lage sind, ein christliches Leben als Ehepartner und Familienvater zu führen.

Die Diözese Minya verfügt über 42 Priester, von denen neun verheiratet sind. Zehn dieser Priester arbeiten im Ausland, unter anderem in den Diasporagemeinden der Vereinigten Staaten, Kanada und Australien. Außer diesen Priestern stehen dem Bischof zwanzig Mitarbeiter für die soziale Tätigkeit zur Verfügung sowie fünfhundert nebenberuflich Tätige.

Ein Vollzeitbeschäftigter verdient zweihundert Ägyptische Pfund, das entspricht etwa einhundert Mark im Monat. Aus den Katechismuskursen sind zahlreiche lokale Katecheseteams hervorgegangen, die in den 26 Pfarreien mit etwa fünfunddreißigtausend Katholiken tätig sind. Für sie hat der Bischof einen ausführlichen sozial-pastoralen Plan entworfen, der die humane Entwicklung, die Gemeindearbeit, die Ausbildung von Führungspersönlichkeiten und die karitative Hilfe umfaßt.

Neuestes Projekt dieser Arbeit ist die Betreuung von Gefängnisinsassen und deren Familien. Die Bevölkerung ist bekanntlich sehr arm. Die meisten Christen leben unterhalb des durchschnittlichen Lebensstandards und wie der Bischof sagt „Christ sein in einem islamischen Land ist heutzutage ganz besonders schwierig und stellt besondere Anforderungen“. Wenn ein Mensch straffällig geworden ist, befindet er sich nicht nur persönlich in einer extremen Notlage, so daß schon der Besuch eines Priesters oder eines Laienkatechisten im Gefängnis für ihn einen großen Trost bedeutet.

Auch die Familie wird in noch größeres Elend gestürzt, denn in Dorfgemeinschaften kommt es vor, daß sie derart geächtet wird, daß sogar die Sozialarbeiter Schwierigkeiten haben, jemanden zu finden, der sie zum Haus eines Straffälligen führt. Mit diesen Menschen über ihre seelische und soziale Not zu sprechen und Wege zu finden, ihnen wirtschaftlich zu helfen, das ist die Aufgabe der gefangenenpastoralen Betreuung. Ein Fahrzeug, mit dem die Sozialarbeiter durch die Dörfer fahren, ist somit ein ganz wichtiges Hilfsmittel in dieser sozialen Situation.

Zwei Drittel Wüste

Seit dem Jahre 1880 gibt es eine katholische Mission in Minya. Im Jahre 1895 wurde die Diözese von Papst Leo XIII. errichtet, gleichzeitig mit der Errichtung des koptisch-katholischen Patriarchats von Alexandria mit den Diözesen Alexandria, Minya und Luxor. Die Diözese verfolgt ein Pastoralprogramm nach den Richtlinien des Zweiten Vatikanischen Konzils, in dem Priester, Ordensleute und Laien eingebunden sind in die kirchliche Tätigkeit auf religiösem, humanem, kulturellem, sozialem und wirtschaftlichem Gebiet. Monsignore Antonios Naguib ist der sechste Bischof dieser

Diözese. Er wurde 1935 geboren, 1960 zum Priester geweiht und studierte unter anderem in Rom. Dreizehn Jahre war er Professor am Seminar von Maadi, bevor er im Jahre 1977 Bischof von Minya wurde.

Die Provinz Minya liegt in Oberägypten. Die Diözese hat eine Oberfläche von 2.275 Quadratkilometern mit einer Bevölkerung von fast fünf Millionen Einwohnern, davon sind etwa achtzig Prozent Muslime und zwanzig Prozent Christen. Die Landessprache ist arabisch, die Diözese erstreckt sich ungefähr einhundertfünfzig Kilometer am Nil entlang, wobei zwei Drittel des Landes Wüste sind. Achtzig Prozent der Bevölkerung lebt von der Landwirtschaft, wobei die meisten winzige Flächen von fünfhundert Quadratmetern bis zwei Hektar zu bearbeiten haben. Die übrigen leben vom Handel, Handwerk und Verwaltung.

* * *

PERSONALIA

Der Bischof von Eichstätt, Karl Braun, ist von Papst Johannes Paul II. zum neuen Erzbischof von Bamberg ernannt worden. Er wird damit Nachfolger von Erzbischof Dr. Elmar Maria Kredel, der am 1. April 1994 aus gesundheitlichen Gründen von seinen Pflichten entbunden wurde. Kredel war von Mai 1978 bis November 1990 katholischer Militärbischof für die Bundeswehr.

Der bisherige Bischof von Eichstätt war zugleich auch Großkanzler der dortigen katholischen Universität. Für kurze Zeit war er Präsident der katholischen Friedensbewegung Pax Christi. Dieses Amt gab er nach einem Jahr wegen Arbeitsüberlastung auf. Braun hat in Rom Theologie studiert und wurde dort zum Doktor des Kirchenrechts promoviert. Während des II. Vatikanischen Konzils war er Konzilssekretär des Augsburger Bischofs Stimpfle. (bt)

Neue Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages ist mit Claire Marienfeld (54) erstmals eine Frau. Sie löst Alfred Biehle ab, der das Amt fünf Jahre inne hatte. Die CDU-Abgeordnete ist verheiratet; ihre zwei Söhne haben den Wehrdienst abgeleistet. Die Truppe kennt sie als Mitglied des Verteidigungsausschusses. (bt)

Was aber, wenn die Kinder keine religiösen Fragen stellen?

Das Alte Testament Quelle männlicher Spiritualität heute?

Werner Berg

Einführung

Hinter dem Thema steht ein Fragezeichen. Ich habe mir überlegt, ob man es streichen soll. Man kann ja davon ausgehen, daß die Bibel auch eine Quelle für männliche Spiritualität ist, weil sie eine Quelle für menschliche Spiritualität ist. Natürlich ist das Fragezeichen insofern berechtigt, als man fragen und überlegen kann: Gibt es in der Bibel – im AT – eine spezifisch männliche Spiritualität?

Was ist überhaupt typisch männlich? Ist es ein typisch männliches Kennzeichen, was Fr. v. Schiller im „Lied von der Glocke“ so sagt:

*Er stürmt ins Leben wild hinaus,
durchreißt die Welt am Wanderstabe.*

D.h.: Gehört zum Mann – im Unterschied zur Frau – die Gestaltung der Welt? Ist sein Wirkungsfeld die Öffentlichkeit? Und wird davon auch seine Spiritualität bestimmt? Man könnte auch sagen: Insofern es ein Mann ist, der spirituell lebt, ist es eben männliche Spiritualität. – Bietet ein Text, ein biblisches Buch automatisch männliche Spiritualität, wenn der biblische Text, ein biblisches Buch von einem Mann geschrieben wurde? Dann bliebe wohl für weibliche Spiritualität in der Bibel wenig übrig (vielleicht als Beispiel Ps 131?).

Sollen wir überhaupt Spiritualität geschlechtsspezifisch sehen? Es fällt auf – vielleicht ist dies auch vom AT her so vorgegeben –, daß der Mailänder Kardinal C.M. Martini mehrfach Männer des AT seinen Exerzitienmeditationen zugrunde gelegt hat: der ägyptische Josef, Mosé, Samuel, David, Jeremia, Ijob. Von Männern ist im AT durchgehend die Rede, angefangen von

Prof. Dr. Werner Berg ist Alttestamentler und lehrt an der Ruhruniversität Bochum. Den hier wiedergegebenen Vortrag hat er 1994 bei der Herbsttagung der Gemeinschaft katholischer Männer Deutschlands (GKMD) gehalten.

Inhalt

Einführung

Was ist Spiritualität?

Was ist männlich?

Wie wird die Bibel zur Quelle männlicher Spiritualität?

Verachtung der Welt

Den Glauben weitergeben: der Vater als Katechet

Was soll gelehrt werden?

Adam über Kain und Abel und Noach in der sog. Urgeschichte, über die Könige David und Salomo bis zu den makkabäischen Brüdern Judas, Jonatan und Simeon usw.

Allerdings sind nicht alle Männer im AT auch spirituelle Vorbilder. Am ehesten denken wir dabei an den Propheten als Typ des spirituell lebenden Mannes.

Doch bevor wir das AT nach einer männlichen Spiritualität befragen, will ich ein paar Überlegungen anstellen, was wir unter „Spiritualität“ verstehen wollen und was Mannsein ist.

Was ist Spiritualität?

Der Begriff „Spiritualität“ selbst kommt in der Bibel nicht vor. Es ist schwierig, ihn zu umschreiben. „Spiritualität“ hat von der Wortbildung etwas mit „spiritus“ = Geist zu tun. Danach wäre ein spirituell lebender Mensch einer, der „geistlich lebt“, der ein „Geistlicher“ ist.

Das AT kennt für das, was wir mit Spiritualität meinen könnten, verschie-

dene Formeln: „Er ging seinen Weg mit Gott“ (Gen 17,1: Abraham, der als „vollkommen/ganz“ geschildert wird; Gen 5,22: Henoch; Gen 6,9: Noach, der – wie Abraham – als „vollkommen/ganz“ charakterisiert wird). – „JHWH war mit ihm“ (vgl. Josef, David).

Ich möchte „Spiritualität“, „spirituell leben“ so verstehen, wie es der Erfurter Bischof Joachim Wanke in seinem Fastenhirtenbrief von 1992 umschrieben hat. Er fragt: „Was heißt ‚geistlich‘ leben?“ Als Antwort schreibt er: „Es heißt: Sein Leben öffnen – auf Gott hin, auf die Menschen hin“ (286), letzteres noch näher beschrieben als „offen sein für die Menschen“. Ähnlich versteht auch der Mailänder Erzbischof, Kardinal Carlo Maria Martini, „spirituelles Leben“: „Hingabe an Gott und das ... politische Engagement: den Dienst an der Welt, der Geschichte, der Kultur“ (vgl. P. Hirtz, 38). Damit ist nach Kardinal Martini zugleich das Prophetische einer Berufung, wir können sagen, das Prophetische eines menschlichen – sagen wir jetzt auch – eines männlichen Lebens umschrieben.

Wir kennen diese Beschreibung von Spiritualität auch von einem anderen Bild her: Wir sind auf Gott hin bezogen – das ist die vertikale Richtung; wir sind zu den Menschen gesandt – das ist die horizontale Richtung. Beides gehört zusammen. Wenn sich das menschliche Leben nur auf die Gottesbeziehung beschränkt, wird es leicht weltfremd. Wenn wir nur die Welt im Blick haben, kann unser Leben leicht in Aktionismus, in Geschäftigkeit ausarten; vielleicht verlieren wir dabei Gott und uns selbst.

Man könnte „Spiritualität“, „spirituelles Leben“ auch als „Leben aus dem Glauben“ bestimmen. Dabei sind Glauben (die Richtung zu Gott) und Leben (in der Welt) miteinander ver-

bunden. Die Bibel sagt zu einem solchen Leben aus dem Glauben auch „Frömmigkeit“. „Fromm“ ist ein Mensch, bei dem Gottesbeziehung und Menschenbeziehung eine Einheit bilden, der „ganz“ ist.

Gerade das AT mit seinen verschiedenartigen Schriften ist eine Fundgrube für „spirituelles Leben“, und zwar nicht einseitig als Innerlichkeit, als einseitige Gottesbeziehung verstanden; die „Weltlichkeit des AT“ (W. Zimmerli) bewahrt davor, „Spiritualität“ zu eng als nur „Innerlichkeit“ zu sehen.

Was ist „männlich“?

Was charakterisiert das Mann-Sein? Was sind „die Grundmuster gereifter Männlichkeit“? (G. Voss, 200).

Im Anschluß an Rob. Moore / Douglas Gilette, König – Krieger – Magier – Liebhaber. Die Stärken des Mannes, München 1992, werden die im Buchtitel genannten Vier von G. Voss als „Grundmuster“ des Mannes beschrieben.

Der „König“ sei der zentrale Typ. Er sei verantwortlich für „das Schaffen einer natürlichen Ordnung und ... das Bringen von Fruchtbarkeit und Segen. Der König, in der Familie der Vater, gibt nicht nur „die rechte Ordnung ... durch sein Wort, seine Weisheit“, sondern er verkörpert sie auch „in seiner Person“.

Als „Krieger“ trete der Mann mutig und kräftig „in den Aufgaben und Schwierigkeiten des Lebens“ ein. Er „weiß, was er will und wie er es bekommt.“ „Die Klarheit seines Urteils“ läßt ihn „seine Fähigkeiten und seine Grenzen realistisch einschätzen.“

Als „Magier“ weiß der Mann „um Zusammenhänge und Hintergründe“ und hat die „Fähigkeit, dieses Wissen umzusetzen.“

Der Mann als „Liebhaber“ äußert sich „im Spiel, in sinnlicher Freude, in Leidenschaft, Sensibilität und Anteilnahme.“ Er „fühlt ... mit allem mit“ (Voss, 201).

Die vier Grundmuster können sich überschneiden.

Mit diesen vier Grundmustern könnte man die einzelnen Männer im AT untersuchen und darstellen, etwa Salomo: Er sorgt sich für Recht und Ordnung (1 Kön 3,16-28). Er sorgt sich um das Heilige (Tempelbau, 1 Kön 6-8). Er ist der Typ des Weisen schlechthin im AT. Er ist der große Liebhaber, nicht nur gegenüber Frauen, sondern weiß sich auch mit Natur

und Welt verbunden (1 Kön 5,9-14).

Ich möchte einen anderen Weg gehen, nämlich den des Psalms 1. Hier handelt auch im Sinne der vier männlichen Grundmuster ein „gereifter Mann“.

Wie wird die Bibel zur Quelle männlicher Spiritualität? (Psalm 1)

Ich habe mit den Bischöfen J. Wanke und C.M. Martini die Spiritualität zunächst mit der „Offenheit für Gott“ beschrieben. Wie diese Offenheit geschieht, zeigt recht gut Psalm 1. Er beschreibt eine der Wurzeln alttestamentlicher Spiritualität, d.h. des Glaubens, der Frömmigkeit. Seit Origines beruft man sich für die christliche Spiritualität auf Psalm 1,2. Ich nehme diesen Psalm auch deshalb, weil er ausdrücklich im ersten Vers den Mann beglückwünscht.

Psalm 1:

1,1 *Selig der Mann, der nicht geht im Rat der Frevler und auf den Weg der Sünder nicht tritt und im Sitz der Spötter nicht sitzt,*

1,2 *sondern an der Weisung JHWHs seine Freude hat und über seine Weisung murmelt Tag und Nacht.*

1,3 *Er wird sein wie ein Baum, gepflanzt an Bächen von Wasser, der seine Frucht gibt zu seiner Zeit, und dessen Laub nicht verwelkt. Und alles, was er tut, gelingt.*

1,4 *Nicht so die Frevler, sondern wie Spreu, die der Wind verweht, sind sie.*

1,5 *Deshalb stehen nicht auf die Frevler im Gericht und die Sünder in der Gemeinde der Gerechten.*

1,6 *Ja, es kennt JHWH den Weg der Gerechten, aber der Weg der Frevler verliert sich.*

„Selig der Mann“, so beginnt Psalm 1. Und zwar ist es ein besonders zu charakterisierender Mann. Er wird zunächst mit negativen Aussagen beschrieben, bevor es zu den positiven Aussagen kommt.

- Dem Mann ist zu gratulieren,
- a) der nicht im Rat der Frevler geht, d.h.: er richtet sich, sein Leben, nicht nach denen aus, die mit Gott nichts zu tun haben wollen. Er läßt sich nicht von den Ideen der Frevler beeinflussen;
 - b) der nicht den Weg der Sünder be-

tritt, d.h.: er wird nicht zum Sünder, ahmt die Taten der Sünder nicht nach. Er geht nicht abseits vom rechten Weg;

- c) der nicht im Sitz der Spötter sitzt. Er hält sich von der Lebensgemeinschaft mit Spöttern fern; er wirkt bei ihren Treffen und Aktionen nicht mit.

Frevler, Sünder, Spötter sind Menschen, die mit Gott nichts zu tun haben wollen (vgl. Ps 14,1). In der alttestamentlichen Weisheitsliteratur werden damit Menschen bezeichnet, von denen sich der „Gerechte“, „Gottesfürchtige“ zu trennen hat. Der Frevler mißachtet die Weisung Gottes; er macht sich seine eigenen Gesetze und lebt nach selbst aufgestellten Maximen. – Die Sünder sind die, deren Verfehlungen offensichtlich sind; sie sind vom rechten Weg abgewichen. – Der Spötter ist der, der sogar gegen Gott Spottreden führt (vgl. Jes 28,15; Ps 73,8 11; Mal 3,14).

Die Trennung des Mannes von solchen Menschen ist nach Psalm 1 die Voraussetzung wahren Glücks, zugegeben, ein problematischer Gedanke. Das ist aber nicht Pharisäismus, nicht Sich-„Besser-fühlen“ als die anderen, sondern eine Lebensvoraussetzung des Glaubens – nach Ansicht des Dichters (vgl. 2 Kor 5,11; 6,14-18; 2 Thess 3,6). Es gehört sich nicht für den Gerechten – das wollen die Negativaussagen betonen – „gemeinsame Sache“ mit den Gottlosen zu machen.

In V. 2.3 wird die rechte Haltung des Mannes mit positiven Aussagen beschrieben; es sind Haltungen des „gerechten“ Mannes, des richtig Lebenden, der sich an die göttliche Ordnung hält und seinen Pflichten gegenüber der menschlichen Gemeinschaft nachkommt. In V. 2 werden zunächst zwei Aussagen gemacht:

- a) Er hat an der Weisung JHWHs seine Freude. Der Weg des Mannes ist vorgezeichnet in der Tora JHWHs.
- b) Die Freude an der Weisung JHWHs zeigt sich daran, daß der Mann sich mit ihr ständig („Tag und Nacht“) beschäftigt, vgl. Jer 15,16:
„Kamen Worte von dir, verschlang ich sie; dein Wort war mir Jubel und Freude.“

E. Zenger deutet das „bei Tag und Nacht“ im Blick auf das Psalterium symbolisch: „Bei Tag“ – das ist die Zeit des Lichtes, des Heiles, des Glücks,

„bei Nacht“ – das sind die Zeiten des Unheils. Insofern ist das Gotteswort – die Tora – Wegweisung für alle Lebenssituationen, in einer vom Bösen bedrohten Welt (vgl. Zenger, 47), vgl. Dtn 6,7; 30,19.

Der Psalmdichter denkt an eine charakteristische Form der Beschäftigung. Der Gerechte liest hörbar, halblaut das Wort Gottes; er „murmelt“ es. Der Redaktor, der Psalm 1 an die Spitze des Psalters gestellt hat, denkt zunächst an das, was ab Psalm 2 folgt, aber auch an das, was (in der hebräischen Bibel) dem Psalterium vorausgeht (Pentateuch, Geschichtsbücher, Propheten).

Die Psalmen sind für den Redaktor Meditationstexte, die dem Mann Wegweisung, Orientierung, Ziel für sein Denken und Handeln geben. Sie sind nicht nur eine Sammlung von Liedern, sondern eine Sammlung von Glaubenszeugnissen. Sie sind Zeugnisse und Antworten auf Gottes Heilstaten. In den Klageliedern bringt der Mensch seine Not vor Gott und vertraut auf seine Hilfe. In den Lobliedern preist der Mensch Gott für seine Heilstaten in Schöpfung und Geschichte (z.B. Ps 33; 136). In den Weisheitspsalmen bekennt er das gerechte Tun Gottes an den Menschen usw.

Wer sich so mit Gottes Weisung, seiner Offenbarung, seinem Wort beschäftigt, dessen Tun gelingt, V. 3b. Eine solche „Verheißung“ paßt zu einem Glückwunsch; allerdings kennt das AT auch die gegenteilige Erfahrung (vgl. Ijob; Ps 73).

Zwischen den drei Aussagen V. 2.3b steht ein Vergleich: Wer sich mit Freude in die „Weisung JHWHs“ vertieft, den vergleicht der Dichter mit einem „Baum, der an reichlich Wasser führenden Bächen verwurzelt ist“. Was das reichliche Wasser für den Baum ist, das ist die Weisung JHWHs für den Mann. Sie bedeutet Leben. Wie ein Baum am Wasser Frucht bringt und nicht vertrocknet, so der Mann, der sich mit JHWHs Weisung Tag und Nacht beschäftigt.

Es kommt auf die feste Verwurzelung an einem guten Quellgrund an. Der Mann von Psalm 1 hat diesen Quellgrund gefunden: die Tora JHWHs, von der er sich für sein Leben nährt. Vgl. auch Jer 17,5-10; Ps 92,13-15.

Die Aussage von der dauerhaften „fruchtbringenden Existenz“ des Mannes von Psalm 1 weist darauf hin, daß der sich in die Tora Vertiefende auch ein Mann der Tat, der Praxis ist. Nüchtern drückt es V. 3b aus: „Alles, was

er tut, kommt zum Gelingen“. Das Tun gelingt (trotz Leiderfahrungen, vgl. Klagepsalmen), weil dieser Mann, wenn er sich in die Weisung Gottes vertieft, die Ordnung der Welt wahrnimmt, die von Gott gesetzt ist und das Leben bestimmt, vgl. 1 Kön 2,3. Das Handeln gelingt nur, wenn es sich aus der Weisung Gottes nährt, nur im Umgang mit Gott (vgl. 1 Kön 3; Sir 14,20-15,10).

der Weisung Gottes beschäftigt, und unterstreicht andererseits die enge Beziehung Gottes zur Gemeinde der Gerechten; auf ihr Leben schaut Gott.

„Männliche Spiritualität“ holt sich nach Psalm 1 ihre „Nahrung“ aus der Weisung der Offenbarung Gottes. Sie wirkt sich aus in einem erfolgreichen Handeln. Welches Handeln gemeint ist, wird nicht gesagt, sondern nur zusammengefaßt:

„alles, was er tut...“



Grafik: R. Hensch

Was aber, wenn die Kinder . . . ?

Das AT ist der Auffassung: Nur wer sich um das Wort Gottes kümmert, findet auch eine Lösung der menschlichen Probleme.

Auf den zweiten Teil des Psalms, VV 4-6, will ich jetzt nicht ausführlich eingehen. Er stellt einerseits das Schicksal des Frevlers dar, der sich nicht mit

Verachtung der Welt?

In einer mißverstandenen christlichen Spiritualität spielt der Gegensatz zwischen Irdischem und Himmlischem, zwischen Materie und Geist eine wesentliche Rolle (bis hin zum Dualismus): Laß uns das Irdische ver-

achten und das Himmlische lieben/suchen, was droben ist.

Für eine solche Einstellung hätten die Menschen des AT kein Verständnis. Die Welt ist nach Gen 1 gute (1,31: sehr gute) Schöpfung. Es gibt zwar in ihr Gefahren: das Irdische als göttlich zu verehren (Fruchtbarkeitsreligion Kanaans), nach Macht zu streben und dabei die Freiheit anderer einzuschränken, eigensüchtig sein Leben zu gestalten. Aber solche Gefahren sind vermeidbar. Von Gott her ist die Welt gut; wo Chaos herrscht, geht es auf die Gewalt der Menschen zurück, vgl. auch Weish 1,7.14. Weil die Schöpfung in all ihren Teilen gut ist, ist das Irdische nicht zu verachten.

Verachtung des Irdischen um des ewigen, jenseitigen Heiles willen, kann nicht die Einstellung des AT sein, weil ein jenseitiges Leben im AT lange Zeit keine Rolle gespielt hat; erst spät (2. Jh. v. Chr.) bricht sich auch ein positiv gesehenes Jenseits im Glauben Israel Bahn.

Alttestamentliche Spiritualität ist gottbezogen und weltbezogen. Es gibt im AT kein weltabgewandtes Mönchsleben, das Extrem weltabgewandter Lebensweise.

Matthew Fox, Dominikanerpater (1988/89 mit einem Schweigejahr belegt), Gründer und Leiter des Instituts für Kultur und Schöpfungsspiritualität am Holy Names College in Oakland/Kalifornien, schließt sich der Autorin spiritueller Bücher, Carol Christ, an, daß Askese im Sinne von Weltverachtung Inhalt einer „von Männlichkeit beherrschte(n) Spiritualität“ sei. „Weil ... 'die Frauengar nicht erst haben, was die Männer mühsam aufgeben müssen', brauchen sie auch keine Askese“ (235f). Unter diesem Gesichtspunkt wäre die alttestamentliche Spiritualität keine typisch männliche Spiritualität, weil es hier nicht um Askese im Sinne von Verachtung des Irdischen geht. Wo Männer wirklich Macht haben, ist sie nicht aufzugeben, sondern zugunsten der Gerechtigkeit einzusetzen. Der Reiche hat sich nicht arm zu machen, sondern seinen Reichtum mit dem Armen zu teilen.

M. Fox spricht statt von Askese lieber von „Disziplin“, abgeleitet von disciplina = Lehre, Unterweisung (hebr. Tora). „Bei der Disziplin geht es um Arbeit, harte Arbeit.“ Aber sie wird getan, weil man sich vom Ziel der Arbeit angezogen fühlt; man will dafür das Beste aus sich herausholen. Damit sind wir ganz nahe nochmals beim Psalmvers 1,2:

„Der Freude hat an der Tora JHWHs“.

Nicht Selbstverleugnung ist Inhalt alttestamentlicher Spiritualität, sondern Freude an Gott/mit Gott, an seinem Wirken und seiner Weisung. „Die“ „schöpfungsbezogene Spiritualität geht den Weg der Disziplin und nicht der Askese“ (234). „Des Wachens, Fastens, Betens und aller Kasteiung achtet und bedarf Gott nicht...“ (Meister Eckhart, Deutsche Predigten, zit. bei M. Fox, 229).

Das AT sagt Ja zum Irdischen, zum Körper, zur Sexualität, zum Leben. Einzelne religiös motivierte asketische Übungen im AT (sexuelle Enthaltsamkeit des Priesters vor seinem Dienst, Bußfasten des Volkes, Nasiräergelübde) ändern am Gesamtbild nichts. Erst im Frühjudentum dringt eine asketische Praxis stärker durch.

Ein Beispiel für die weltbezogene, schöpfungsbejahende Frömmigkeit des AT ist der ganze Psalm 104, vgl.

104,14 *Du läßt Gras wachsen für das Vieh, auch Pflanzen für den Menschen, die er anbaut, damit er Brot von der Erde gewinnt*

104,15 *und Wein, der das Herz des Menschen erfreut, damit sein Gesicht von Öl erglänzt und Brot des Menschen Herz stärkt.*

Der Wein – in Maßen getrunken – ist zur Freude des Menschen geschaffen (vgl. Ri 9,13; Koh 10,19). So kann Jesus Sirach feststellen:

Sir 31,27 *Wie ein Lebenswasser ist der Wein für den Menschen, wenn er ihn mäßig trinkt. Was ist das für ein Leben, wenn man keinen Wein hat, der doch von Anfang an zur Freude geschaffen wurde.*

Natürlich kennt das AT auch die Gefahren des Weins, vgl. Gen 9,20-27; Spr 20,1; Sir 19,2.

Die Freude ist ein Grundelement alttestamentlicher Spiritualität: Freude an Gott (vgl. die Ausdrucksweise für Gottesdienst im Dtn: „fröhlich sein vor Gott“), an seinem Tun für sein Volk Israel und an seiner Schöpfung (vgl. Hymnen).

Das Hohelied auf die menschliche Sexualität sind die Liebeslieder des Hohenliedes (vgl. End 7,10-13). Im Unterschied zur Umwelt wird sie jedoch nicht vergöttlicht.

Das AT ist eine durch und durch weltbezogene Büchersammlung. Nicht Abkehr von der Welt ist sein Anliegen, sondern Hinkehr zur Welt auf dem Fundament der Gottesbeziehung, weil die Welt Gottes Welt ist.

Im AT spielt noch ein zweiter Gesichtspunkt – neben dem Schöpfungs-

gedanken – eine Rolle. Weltbezogen ist die biblisch-alttestamentliche Spiritualität auch wegen des Grunddogmas des atl. Glaubens: Israel weiß sich von Gott aus Knechtschaft, Unterdrückung (sozial, politisch, gesellschaftlich) befreit. Die Sozialgesetzgebung des AT wird vor allem mit der Tatsache des Exodus aus Ägypten, der Erwählung und der Gesetzgebung am Sinai begründet, vgl. auch Ex 20,2 = Dtn 5,6 (Dekalog-Prolog). Weil JHWH Israel aus „irdischer“ Knechtschaft befreit hat, darf kein Israelit Knecht eines anderen sein. Es ist zunächst Aufgabe des Königs, dafür zu sorgen. Aber auch der Familienvater hat innerhalb seiner Familie für Freiheit, für Freiräume zu sorgen. Daran hat sogar der Sklave Anteil. Am Sabbat ist er frei (vgl. drittes Gebot des Dekalogs Ex 20,10f; Dtn 5,12-15). Gerichtet ist diese Weisung an den freien Mann in Israel.

Mit den letzten Gedanken sind wir bei einem wichtigen Kennzeichen alttestamentlicher Spiritualität angelangt, die sicher für Frau und Mann in gleicher Weise gilt. „Die rechte biblische Spiritualität und das rechte Handeln nach der Schrift können nur 'an ihren Früchten' erkannt werden“ (G. Stachel, 23). Was G. Stachel für das Evangelium feststellt, gilt erst recht vom „weltlichen“ AT: Wer der Botschaft des AT „glaubt und“ sie „befolgt, wird zu vielseitigem Engagement inspiriert, gerade auch zum Mitwirken beim Aufbau einer Solidargemeinschaft und bei der Befreiung der Armen und Unterdrückten. Glaube wirkt 'befreiend', sonst stammt er nicht vom Geist Gottes“ (ebd. 25); wir könnten auch sagen: „Sonst ist er kein spirituell bestimmter Glaube.“ Beziehen wir es auf den Mann von Psalm 1: Der von der Tora Gottes Begeisterte wird notwendig auch so handeln müssen. So heißt es in einem rabbinischen Wort: „Ein Schriftgelehrter, bei dem das Innere nicht dem Äußeren entspricht, ist kein Schriftgelehrter.“ Dieser Zusammenhang zwischen Theorie und Praxis wird zugespitzt im Judentum so gesehen: „Wichtiger als das Studieren des Gesetzes ist das Tun des Gesetzes“ (beide Zitate in: G. und Th. Sartory, 11). Letztlich kommt es auf die Balance zwischen Betrachtung des Gotteswortes (Ps 1) und praktischem Tun an, anders ausgedrückt: auf den Zusammenhang von Frömmigkeit und Ethos (vgl. Jes 58). Die Praxis, das Tun der Weisung Gottes in der Welt ist das Ziel alttestamentlicher Spiritualität, des geistlichen Lebens. Dabei sind die

vorher genannten vier Grundmuster für das Mannsein (nach M. Fox) abgewandelt, und zwar im Sinne von Jes 2,1-5 (Micha 4,1-4); „An die Stelle von lebensvernichtenden und lebensbedrohenden (Schwerter und Lanzen) Aktionen“ tritt „die Gabe von Brot und Wein (Pflugscharen und Winzermesser) als oberste (!) Priorität“ (E. Zenger, *Israels Suche*, 127). Nicht der Krieger im vernichtenden Sinn, sondern der König (und Vater) ist mit seiner Fürsorge der hervorstechende Archetyp biblischer Männlichkeit.

Den Glauben weitergeben: der Vater als Katechet

Ich komme zu einem besonderen Punkt alttestamentlicher männlicher Spiritualität, der von unseren Arbeitsgruppen her mit „den Glauben weitergeben“ umschrieben werden kann. Im Israel des Alten Testaments ist die religiöse Erziehung Sache des Mannes, des Familienvaters. Wir haben im AT keine Zeugnisse, daß der Ehemann seiner Frau die Kenntnis der Gesetze weitergibt. Wir haben aber Texte, die davon sprechen, daß der Vater seinem Sohn den Glauben weiterzugeben hat. Es sind die sog. Kinder- oder Sohnes-Katechesen in Ex, Dtn und Jos. Sie bestehen in der Regel aus einer „Kinderfrage“ und der darauf bezogenen Antwort des Vaters. Es sind Texte mit einem festen Aufbau, die mit einem „Wenn-Satz“ beginnen, z.B.:

„Wenn dich morgen dein Sohn fragt: Warum...“ (Dtn 6,20).

Entsprechend dann die Anweisung an den Vater, z.B.:

„Dann sollst du deinem Sohn sagen...“ (Dtn 6,21).

Dann wird eine Musterantwort vorgelegt, die dem Vater eine Hilfe für seine Belehrung bietet. Dabei fallen zwei Dinge auf:

- 1) Die Väter erhalten von bestimmten Personen, wohl „Kultfunktionären“, die Anweisung, die Belehrung ihrer Söhne zu übernehmen. Nicht ein Priester oder sonst eine Amtsperson belehrt den Sohn, sondern die Belehrung wird an die Familienväter delegiert.
- 2) Es ist Aufgabe des Vaters, seinem Sohn bestimmte Inhalte zu lehren, wohl im Raum der Familie oder mindestens im Rahmen von familiären Ereignissen.

Was soll gelehrt werden?

Ich nenne vier Beispiele:

1. Ex 12,25-27

25 Und wenn ihr in das Land kommt, das JHWH euch gibt, wie er gesagt hat, dann beobachtet diesen Dienst!

26 Und wenn eure Söhne zu euch sagen: Was (bedeutet) dieser Dienst für euch?,

27 dann sagt: Das Schlachtopfer des Passach ist es für JHWH, der vorüberging an den Häusern der Söhne Israels in Ägypten, als er die Ägypter schlug, aber unsere Häuser verschonte.

Dieser katechetischen Anweisung geht eine Belehrung über das Pascha- und Mazzotfest voraus. Hier wird bestimmt, daß beide (verbundenen) Feste im Land „als feste Regel“ gefeiert werden sollen. Die katechetische Anweisung von 12,25-27 an die Väter ergeht im Rahmen einer öffentlichen Feier – unter der Leitung des „Mose“ (vgl. V. 21). – Das Volk antwortet mit einer Proskynese (12,27b). Der deuteronomistische Mose (= der Prediger des Textes) fordert die Hörer dazu auf, den Söhnen Antwort auf ihre religiöse Frage nach dem Sinn der Feier, nach dem Sinn des Pascha-Schlachtopfers zu geben. Das Paschaopfer = das Schlachten des Paschalammes, das für die Hörer des Textes wohl am Tempel stattfindet, erinnert an die Verschonung der israelitischen Häuser in Ägypten.

2. Ex 13,1f.11-15

1 Da sprach JHWH zu Mose:

2 Erkläre mir jede Erstgeburt als heilig. Alles, was den Mutterschoß durchstößt bei den Söhnen Israels, bei Mensch und Vieh, mir (gehört) es.

11 Und wenn dich JHWH in das Land der Kanaaniter bringt, wie er dir und deinen Vätern geschworen hat, und es dir gibt,

12 dann bringe alles, was den Mutterschoß durchbricht, bei JHWH vorbei, und zwar jede Erstgeburt, der Wurf des Viehs, der für dich geschieht, die männlichen (Tiere) gehören JHWH.

13 Und jeden Erstling vom Esel löse durch ein Schaf aus... Und jeden menschlichen Erstgeborenen unter deinen Söhnen sollst du auslösen.

14 Und wenn dich dein Sohn morgen fragt: Was (bedeutet) dies? Dann sollst du ihm sagen: Mit starker Hand hat uns JHWH herausziehen lassen aus Ägypten, aus dem Haus der Knechte.

15 Und als der Pharao hart blieb, um uns ziehen zu lassen, da erschlug JHWH jede Erstgeburt im Land Ägypten, (angefangen) von der Erstgeburt der Menschen bis zur Erstgeburt des Viehs. Deshalb schlachte ich JHWH alle Erstgeburt... Alle Erstgeborenen meiner Söhne löse ich aber aus.

Wir kennen den Brauch, der hier beschrieben wird, auch aus dem Neuen Testament. Nach einer Frist, beginnend mit der Geburt, wird in einem Gottesdienst der Erstgeborene Sohn Marias, Jesus, durch das Opfer von einigen Tauben „ausgelöst“ (vgl. Lk 2,22-24). Nach der Erklärung von Ex 13,1f.11-15 erinnert das Erstgeburtsoffer an die Herausführung des Volkes aus Ägypten, also an ein zentrales Ereignis in der Glaubensgeschichte Israels. Der Vater hat nach V. 14 die Aufgabe, dem Sohn den religiösen Brauch zu erklären.

3. Ex 13,3-10:

In den Text über das Erstgeburtsoffer ist ein Abschnitt eingeschoben, 13,3-10, der eine Instruktion über das Mazzotfest ist. Statt der Frage des Sohnes steht in V.8 eine Weisung:

Dann tue kund deinem Sohn an jenem Tag: Deswegen, weil JHWH an mir so gehandelt hat, als ich aus Ägypten zog.

Gemeint ist: Das Fest der Ungesäuerten Brote mit dem Brauch, Ungesäuertes zu essen, erinnert an die Herausführung des Volkes aus Ägypten, wobei der erklärende Vater sich in die Reihe der Herausgeführten einreicht („...weil JHWH an mir so gehandelt hat“), vgl. V. 9b.

Die drei Texte, Ex 12,25-27; 13,1f.11-15; Ex 13,3-10, sind eine Einführung in den Sinn von bestimmten Festen und damit verbundenen Bräuchen. Der Prediger trägt es dem Vater auf, seinen Sohn darüber aufzuklären.

Vermutlich sind die Texte nicht Zeugnisse, die für eine spontane Frage des Sohnes Musterantworten bereitlegen. Die Musterantworten sind wohl für eine gottesdienstliche Feier im Raum der Familie bestimmt

(vgl. die Kinderfragen in der jüdischen Pessachfeier). In diesem Rahmen ist die Sohnesfrage ein „rhetorisches Mittel“, um die Anwesenden über das Paschafest (einschließlich des damit verbundenen Festes der Ungesäuerten Brote) und über den kultischen Brauch des Opfers bei einer Erstgeburt zu belehren; den Anwesenden soll der Sinn verdeutlicht werden.

Weitere Beispiele für „Katechesen“ sind Jos 4,1–9.20–23.

4. Die Einführung in den Sinn eines Lebens nach den Geboten Gottes – in den Sinn des jüdischen Lebens – als Angelegenheit des Vaters (Dtn 6,20–24):

Nicht nur die spezielle „Sakramenten- und Liturgiekatechese“ ist Sache des Vaters, sondern auch die Einführung, d.h. die Erziehung des Sohnes nach den Gesetzen Gottes:

Dtn 6,20–24

20 Wenn dich dein Sohn morgen fragt: Was (achtet ihr auf) die Satzungen und Gesetze und Rechtsvorschriften, die JHWH, unser Gott, euch aufgetragen hat?

21 dann sollst du sagen zu deinem Sohn: Knechte waren wir dem Pharao in Ägypten, aber herausziehen lassen hat uns JHWH aus Ägypten mit starker Hand.

22 Und JHWH tat Zeichen und große und unheilvolle Wunder in Ägypten am Pharao und an seinem Haus vor unseren Augen.

23 Uns aber hat er von dort herausziehen lassen, um uns kommen zu lassen und uns zu geben das Land, das er unseren Vätern zugeschworen hatte.

24 Und JHWH hat uns aufgetragen, all diese Gesetze zu halten, JHWH, unseren Gott, zu fürchten, damit es uns gut geht alle Tage und damit er uns leben läßt, wie es heute (geschieht) ...

Kinder, Söhne fragen nach dem Auffälligen. Einem jüdischen Sohn fällt auf, daß sein Vater und andere Erwachsene anders leben als die Angehörigen der nichtjüdischen Völker. In deuteronomistischer Sprechweise ist die andere, jüdische Lebensweise in die Formel zusammengefaßt: „die Satzungen und Gesetze und Rechtsvorschriften, die JHWH aufgetragen hat“. In Dtn 6,21–25 wird dem Vater eine Musterantwort vorgelegt. Es ist eine Kurzformel alttestamentlich-jüdischen

Glaubens, „ein kleines geschichtliches Credo“, für den Raum der Familie „vorformuliert“ (Lohfink, 93). Knechtschaft in Ägypten, Herausführung aus Ägypten, große Wunder und Zeichen am Pharao, Landgabe sind hier die Inhalte des Glaubensbekenntnisses. Weil JHWH so gut an seinem Volk gehandelt hat, antwortet es ihm mit Gehorsam.

Zusammenfassung:

1. Die zitierten Texte aus den Büchern Ex und Dtn zeigen, wie die Familie zum Träger der offiziellen Religion herangezogen wurde; es ist darin mehr oder weniger deutlich ausgesprochen, daß die Familie der Ort der Glaubensweitergabe, des Glaubenslernens und des Lebens nach dem Glauben ist, und daß der Vater die Verantwortung dafür trägt. Dies war wichtig, als mit dem Untergang des israelitischen und jüdischen Staates (722 bzw. 586 v.Chr.) die öffentlichen Träger wegfielen. – Vgl. die Weitergabe der religiösen Traditionen in den ehemals kommunistischen Ländern des Ostens in den Familien. – In der nachexilischen Zeit (ab 538 v.Chr.) übernimmt dann teilweise wieder die Gemeinde, der öffentliche Gottesdienst, die Weitergabe der religiösen Überlieferung (vgl. Esra, Nehemia), während in den Schulen mehr auch der Ethikunterricht eine Rolle spielt (vgl. Spr 1–9, Koh).
2. Die Belehrung, die innerhalb der Familie geschieht, knüpft an bestimmte gottesdienstliche Ereignisse (Ex: Feste) oder an im Heiligtum existierende Gegenstände (Jos) oder überhaupt an das Anderssein des jüdischen Lebens an. Bei der Deutung geht es um für Israel grundlegende Glaubensaussagen (Befreiung aus Ägypten; Landgabe), um das „ABC des Glaubens“, in das der Vater den Sohn einzuführen hat. Von heute aus gesehen, können natürlich Fragen gestellt werden: „Was ist aber, wenn die Kinder überhaupt keine religiösen Fragen mehr stellen?“ „Was ist, wenn der Vater bzw. die Familie versagt?“
3. Das AT macht deutlich, daß Religion im AT auch bzw. vor allem Sache des Mannes ist. Sie ist nicht nur eine „Weiberangelegenheit“!

Zitierte und weiterführende Literatur:

- Fox, M.: Der Große Segen. Umarmt von der Schöpfung. Eine spirituelle Reise auf vier Pfaden durch sechsundzwanzig Themen mit zwei Fragen, München 1991.
- Hirtz, P.: Ein Kardinal setzt Zeichen..., in: Berufung. Zur Pastoral der geistlichen Berufe, H. 31, 1993.
- Lohfink, N.: Glauben lernen in Israel: KatBl 108 (1983) 84–99
- Sartory, G. u. Th.: Weisung in Freude. Aus der jüdischen Überlieferung (= Texte zum Nachdenken/Herderbücherei, 633), Freiburg-Basel-Wien 1978.
- Stachel, G. u.a.: Glaube, der das Leben liebt. Erfahrungen mit der Bibel (= Sonderband Herderbücherei), Freiburg-Basel-Wien 1992.
- Voss, G.: Heiligenlegenden in mythischen Wurzeln. Zeugnisse von Erlösung oder von Verfremdung weiblichen und männlichen Menschseins: Una Sancta 49 (1994) 195–210.
- Wanke, J.: Geistlich leben – Kirche Christi bleiben (= Fastenhirtenbrief 1992): Leb.Zeug. 48 (1993), H. 4, 284–288.
- Zenger, E.: Israels Suche nach einem neuen Selbstverständnis zu Beginn der Perserzeit: Bibel und Kirche 39 (1984) 123–135.
- Dsl.: Psalm 1, in: F.-L. Hossfeld/E. Zenger, Die Psalmen. Psalm 1–50 (= Neue Echterbibel), Würzburg 1993, 4–49.
- Ferner: die Bücher von C.M. Kardinal Martini. Christliche Spiritualität für unsere Zeit: Lebendiges Zeugnis 44 (1989) H. 1 (mit Aufsätzen verschiedener Autoren und Autorinnen).

KURZ NOTIERT

Amerikanische Männer als Ernährer in der Minderheit

Die amerikanischen Ehemänner sind als Ernährer in ihren Ehen und Familien inzwischen eine Minderheit. In den meisten amerikanischen Ehen bestreiten Männer und Frauen gemeinsam den Lebensunterhalt. Dies zeigt eine in Ann Arbor (Michigan) veröffentlichte Studie, die auf den Angaben von 27.000 Paaren beruht. Einen eindeutigen „Ernährer“ bestimmten die Forscherinnen Aimee Dechter und Pamela Smock so: Er oder sie muß mindestens 70 % des Haushaltseinkommens nach Hause bringen. Im Jahr 1964 waren noch 78 Prozent der weißen und 71 Prozent der schwarzen Ehemänner die wesentlichen Geldverdiener in der Gruppe der 18 bis 44 Jahre alten Personen. (DT vom 09.03.95)

ZEUGEN DES GLAUBENS

Soldat und Seliger! – Was verbindet uns Soldaten mit dem Seligen Pater Rupert Mayer SJ ?

Helmut Fettweis

Am 3. Mai 1987 hat Johannes Paul II. den Pater Rupert Mayer SJ in München selig gesprochen (AUFTRAG 166, August 1987). Die katholischen Soldaten waren in erfreulich großer Zahl bei dem Festakt im Münchener Olympia-Stadion vertreten. Seit dieser Zeit wird Rupert Mayer zunehmend von Soldaten verehrt. Warum?

Nach zeitgenössischen Schilderungen seiner militärischen Vorgesetzten im ersten Weltkrieg war Rupert Mayer ein Mensch besonderer Qualitäten.

Am 23. Januar 1876 in Stuttgart geboren, 1899 zum Priester geweiht, trat er am 1. Oktober 1900 in das Noviziat der Gesellschaft Jesu (SJ) ein. Im Januar 1912 wurde er nach München berufen, um sich dort der Zuwandererseelsorge zu widmen. Im August 1914 meldete er sich als Freiwilliger zur Seelsorge bei den Soldaten. Erst war er Sanitätssoldat und dann Divisionspfarrer. Er mußte bei den Menschen sein, die durch die Ereignisse der Zeit in die größte Bedrängnis kamen.

Er war ein tapferer Seelsorger, wenn er den Soldaten beistand. Für seinen unerschrockenen Einsatz wurde er mit hohen Tapferkeitsauszeichnungen gewürdigt. Die Eisernen Kreuze beider Klassen und das Ritter-Kreuz I. Klasse so wie hohe österreichische Auszeichnungen waren die äußerliche Anerkennung seines Einsatzes bei den Menschen in Not. Er scheute keine Strapazen, war ein geübter Reiter und eben immer da zu finden, wo die Not am Größten war. Am 30. Dezember 1916, wurde er in den Karpaten schwer verwundet und man mußte ihm das linke Bein am Kniegelenk amputieren. Erst März 1917 ging es gesundheitlich aufwärts und am 27. Oktober 1917 konnte er zum ersten Mal wieder das heilige Meßopfer feiern. Nach seiner vollständigen Genesung ist Pater Mayer wieder an den Brennpunkten zu finden.

Er wendet sich gegen Kommunismus und Nationalsozialismus. Er baut

die Männerseelsorge auf, richtet die ersten Bahnhofsgottesdienste ein und ist ein gesuchter Prediger ohne Furcht und Tadel.

Nach einem Prozeß wird er wegen seiner Angriffe gegen die nationalsozialistischen Machenschaften 1940 im Kloster Ettal interniert und auch hier ständig überwacht. Man hatte sich geschaut, einen so hoch ausgezeichneten, tapferen Mann umzubringen.

Nach dem Kriege (1939–45) baut er wieder die Männerseelsorge auf, erlebt im Oktober 1945 noch eine Anerkennung durch Papst Pius XII. und stirbt stehend am 1. November 1945 während der Messe in der Kreuzkapelle von St. Michael. In München gab es seitdem das geflügelte Wort: „Pater Mayer ist nie umgefallen, nicht einmal im Sterben“.

Am 23. Mai 1948 wird Pater Rupert Mayer dann in die „St. Michaels-Notkirche“ in den „Bürgersaal“ überführt. Sein Leib ruht nun an der Stätte, die mit seinem Wirken so eng verbunden war.

Wenn man zur Sammlung auf das Gebet durch die kleine Krypta geht, dann fällt die Kreuzwegstation mit ihren Plastiken auf. Sie mahnen zum Nachdenken. Ebenso ist die kleine Krippe links vom Eingang erwähnenswert. Hier wird der Ablauf des Jahres mit dem Gedanken an den Schöpfer und den Sinn des Lebens in wechselnden Ausstellungen dargestellt.

Man verläßt das Kirchlein bereichert, beruhigt, voll Kraft für die Aufgaben des Tages. Das scheint auch für die meisten Besucher der Anlaß zu sein, den Seligen zu bitten, Ihnen zu helfen. Wenn man aus achtungsgebietender



Pater Rupert Mayer
* 23.01.1876 † 01.11.1945

Entfernung die Menschen anschaut, die das Portal verlassen, dann sehen sie irgendwie gelöst aus. Sicherlich mag der selige Pater manchen Menschen direkt geholfen haben, beeindruckender erscheint mir, daß so viele Besucher erleichterter ausschauen. Sie haben an seinem Grab Stärkung und Trost gefunden. Wir sollten im Gebet bitten, daß so den Menschen wieder mehr Freude an dem gegeben wird, was unser Rupert Mayer immer zu vermitteln suchte, glücklich zu sein über das Geschenk der Erlösung durch Jesus Christus.

Aber neben seinem geraden und konsequenten Wesen, war er auch ein liebenswerter Mensch im Umgang, der lachen konnte, der sich selbst karikierte und der manches verschmitzte Wort sagte, das noch lange nachher schmunzeln ließ. Ein Mann, der den Soldaten auch unserer Zeit nicht als Verzierung, wohl aber als Vorbild gelten kann.

Namenstage – eine Reminiszenz

Wigbert O. Werner

Bis 1969 feierte die Kirche am 2. Januar das Fest Jesu Namen. Wer weiß das noch? Nach dem Vatikanischen Konzil trat an dessen Stelle das Fest der Taufe Jesu am Sonntag nach Epiphanie. Die Stimme vom Himmel „Dies ist mein geliebter Sohn ...“, drückt das Eingehen, besser: das Aufgenommensein in die Gotteskindschaft aus. Die Kindertaufe, die lt. Tertullian bereits zwischen 120 und 150 die Regel wurde, verbindet mit der Taufzeremonie inoffiziell den Akt der Namensgebung; der Täufling wird beim Namen gerufen: „N.N., ich taufe dich im Namen des Vaters und des Sohnes und des Heiligen Geistes.“ „Inoffiziell“ deshalb, weil Namensgebung, Namenspatron, Namenstag in der Lehre der Kirche (Katechismus, Konzil, Synoden usw.) nicht vorkommen. Theologisch ist Taufe „Reinigung von der Sünde und Geschenk neuen Lebens“¹ Lediglich die Frage des Priesters an Eltern und Paten: „Wie soll das Kind heißen?“ schafft die Verbindung zum Namen.

Die Eltern geben sich bei der Namensfindung für ihr Kind oft große Mühe. Es gibt ganze Handbücher über Eigennamen. Im Familienstammbuch, das jedem Brautpaar bei der Eheschließung ausgehändigt wird, finden sich seitenlange Namensvorschläge mit Sinndeutungen dazu. Mit der Namensgebung wurden und werden auch heute noch vielfache Familientraditionen fortgeführt. So sind beim Geschlecht der Hohenzollern seit 1111 die Namen Friedrich und Wilhelm in jeder Generation führend. Die Namen der Eltern, Großeltern, Paten sollen in dem Täufling weiterleben. Die Wünsche, Hoffnungen und Träume der Eltern für ihr Kind werden im Namen wieder gespiegelt: Sophie – die Weise, Kluge; Bonifatius – der Wohltäter; Lucie – die Leuchtende, Strahlende; Uwe – der Gedankenkühne; Georg – der mutige Retter. So wird dem Kind ein Lebensprogramm in die Wiege gelegt oder es wird im Namen die Dankbarkeit der Eltern ausgedrückt: Donata – die Geschenke; Theodor – das Gottesgeschenk. Solche „Verdeutschungen“ des Namens mögen für manchen Namensträger schon zur Belastung

geworden sein oder aber zur Herausforderung. Namen sind vielfachen Modeströmungen unterworfen.

Auch für die erweiterte Familie, für die Onkel und Tanten, war die Namensgebung des neuen Menschenkindes eine ganz wichtige Entscheidung. Ich erinnere mich, als mein Vater in einem Gasthaus mit meinem Onkel – der Vetter war gerade geboren – heftig über den Namen des Kindes diskutierten. Es war wohl ein Hobby meines Vaters, mittelalterliche christliche Namen im Familienclan zu etablieren: Berthold, Gertrud, Wigbert, Gerhard hatte er schon untergebracht; jetzt wollte er den Winfried einbringen, was ihm nicht ganz gelang; der Winfried wurde nur Zweitname. Erst beim nächsten Neffen war er mit seinem Vorschlag erfolgreich um den Preis einer zweiten Patenschaft.

Viel Sorgfalt und Mühewaltung um die Namensgebung. Aber Namenstage? Tradiertes katholisches Brauchtum ist hier gefragt. „Familie – Lernort des Lebens, Fundament der Gesellschaft“ war das Leitthema der 24. Woche der Begegnung der Zentralen Versammlung katholischer Soldaten (ZV) im April 1994, dem von den UN proklamierten internationalen „Jahr der Familie“. Heilige Patrone, heilige Vorbilder in Familie und Gesellschaft tun Not! Die Erklärung der ZV vom 27. April 1994 stellt fest, daß es die Familie sei, die in der Lage ist, die Bedeutung der Personenwürde vor Augen zu führen, religiöse Werte zu vermitteln, christliche Wertvorstellungen zu verwirklichen und die dadurch eine (vielleicht besser: die) zukunftsorientierte Investition für Staat und Gesellschaft ist.² Diese „Reminiszenz“ will Gedanken, Ansätze, Versuche zur Vergegenwärtigung dieses Postulates als Lernort des Lebens nennen. Das Feiern des Namenstages macht ganz sicher nicht die katholische Familie. Es ist nur ein Ansatz.

Ich erinnere mich auch, wie ich als Großstadtkind auf dem Land im Westerwald erlebte, daß die Kinder dort ihren Geburtstag kaum wußten, sehr wohl aber ihren Namenstag. Und wenn das dann ortsüblich besonders verbreitete Namen waren, so war das ein

Feiertag im ganzen Dorf. Der 26. Juli war so ein Tag. Es gab kaum ein Haus, in dem es nicht eine Anna gab. An diesem Nachmittag fuhren die Männer nicht hinaus aufs Feld, sie trugen ihren Sonntagsanzug. Und ich erinnere mich, daß meine Eltern versuchten, in der damals vorwiegend protestantischen Großstadt, in der wir lebten, den Namenstag als „kleinen Geburtstag“ zu begehen. Einen ihrer Namenstage hatten sie zu ihrem Hochzeitstag gemacht. Das haben wir dann in der nächsten Generation übernommen. Unsere Söhne haben wir am Tag ihrer Namenspatrone zur Taufe gebracht.

Namenstag und Tauftag – zwei korrespondierende festliche Anlässe miteinander verbinden, heißt auch, den Tauftag im Gedächtnis wachhalten, verankern; denn wer kennt schon noch seinen Tauftag? Namenstage – Anlässe des Innehaltens, des Feierns. Feiern und Feiertage sind Wegemarken im Leben der Menschen. In meiner jetzigen Heimat, einer bayerischen Kleinstadt, nennt die Zeitung alltäglich in ihrer ersten Lokalspalte die Tagesheiligen. Auch das erste Programm des Bayerischen Rundfunks vergißt keinen Tag zu bestimmter Stunde am Morgen die Namenspatrone genauso herauszustellen wie den Sonnenaufgang und -untergang. An diesen kleinen Dingen des Alltags erkennbar, daß dieses Land noch immer von der christlich-abendländischen Kultur geprägt ist. Hier ist es sicher leichter, christliches Brauchtum zu pflegen und zu erhalten als andernorts. In kleinem und bescheidenem Rahmen bewegen sich unsere Einwirkungs- und Gestaltungsspielräume in die Gesellschaft hinein; sie beginnen im familiären Umfeld. So ist Familie nicht nur „Lernort“ sondern auch „Brücke zwischen privatem und gesellschaftlichem Leben“.³ Überkommene gute Bräuche haben auch heute noch ihren Platz; vergessen wir sie nicht!

1 Katholischer Erwachsenenkatechismus, Bonn, 1985, S. 331

2 AuftragNr. 221, August 1994, S. 85

3 Wort der Deutschen Bischöfe zur Christlichen Verantwortung in veränderter Welt v. 27.09.1990 S. 21

Petrus, III. Teil

Johannes Cofalka

8. Petrus, das Apostelamt und die Zeitwende

Eine schwerwiegende Auseinandersetzung hatte fast zur Spaltung der jungen Kirche geführt. Das sehr streng aufgefaßte jüdische Beschneidungsgesetz konnten und wollten die Judenchristen nicht so leicht aufgeben. Wenn den Heidenchristen „die Taufe genügte“, so waren die Judenchristen der Auffassung, daß sie nur „nach dem Gesetz des Moses, nämlich als Beschnittene, selig werden könnten“. Von Paulus wurde berichtet, daß er die unter den Heiden lebenden Juden aufgefordert habe, sich nicht mehr an die Beschneidungsvorschrift zu halten (Apg 21,21). Für die Getauften war nach der Lehre Jesu die Beschneidung nicht mehr Vorbedingung der Erlösung.

Indessen drängten z.B. in Antiochien die Judenchristen, daß die Heidenchristen weiter an der Beschneidung festhalten mußten (Gal 2,11–14), was jedoch für die aus dem Heidentum hervorgegangenen Christen unzumutbar erschien, auch der junge Titus, der Heidenchrist, war nicht beschnitten worden. Hinzu kam, daß Judenchristen die althergebrachten Speisevorschriften ernst nahmen und nicht ablegen wollten. Petrus selbst hatte es peinlich auf jener Durchreise in Antiochien erfahren.

Jesus hatte zwar (Mk 7,19) „alle Speisen für rein“ erklärt, aber der neue christliche Glaube war nach der Himmelfahrt Jesu erst 16 Jahre alt. Vielleicht war die Auffassung über die Ethik der neuen Lehre bei den Getauften noch nicht Allgemeingut geworden. Paulus war in seinem Auftrag und Anliegen längst mit der Lehre Jesu auch in dieser Hinsicht verwachsen, wodurch ihm der Widerstand gegen Petrus (Gal 2,11) selbstverständlich erschien.

Nach diesen schwerwiegenden Unsicherheiten drängte die Zeit nach Klarheit. Die Gefahr einer Spaltung bestand, solange die anstehenden Fragen nicht eindeutig geklärt waren.

So mußte der Streit unverzüglich auf höchster Ebene durch die Autorität Petri und der Apostel auf dem ersten Konzil der Kirche beigelegt werden. Außer Petrus kamen Jakobus d.J. als Ortsbischof von Jerusalem und Johannes, die noch in Jerusalem geblieben waren, sowie eine Abordnung aus Antiochien zu dem Konzil. Einige von ihnen gehörten der „Partei der Pharisäer“ (Apg 15,5) an.

Petrus eröffnete die Versammlung. Paulus, Barnabas und Titus legten dar, um was es ging. Dann berichteten zunächst Paulus und Barnabas über ihre erste Missionsreise, zu der sie durch Handauflegung von Antiochien gesandt worden waren, nachdem Paulus seinen Plan vorgetragen hatte (Apg 15,1 ff.).

Danach kam es zu einer Unruhe unter den Anwesenden. Anlaß dazu gab die „Pharisäerpartei“, die die Forderung aufstellte, daß alle, die in Kleinasien auf jener Missionsreise getauft worden waren, noch beschnitten werden müßten (Gal 2,3).

Paulus empörte sich dagegen. Es folgte eine Beratung. Dann ergriff Petrus klärend das Wort.

Er sagte u.a.: „Brüder, ihr wißt, Gott hat schon längst hier bei euch die Entscheidung getroffen, daß die Heiden durch meinen Mund das Wort des Evangeliums hören und zum Glauben gelangen sollen. ... Warum stellt ihr jetzt Gott auf die Probe und legt den Getauften ein Joch auf den Nacken, das weder unsere Vater noch wir tragen konnten ... Da schwieg die ganze Versammlung und sie hörten Paulus und Barnabas zu, welch große Zeichen und Wunder Gott durch sie unter den Heiden getan hat“ (Apg 15,6).

Jakobus d.J. faßte dann die bisherigen Aussagen und Ergebnisse zusammen, wiederholte die Bedeutung der Worte des Petrus und brachte einen Vorschlag für das zu verabschiedende Dekret ein. Das Aposteldekret lautete dann: „Die Apostel und Vorsteher entbieten den Brüdern heidnischer Abkunft in Antiochien,

INHALT

I. Teil: AUFTRAG 214

1. Einführung
2. Berufung
3. Die Zwölf und der Kreis um Petrus

II. Teil: AUFTRAG 215

4. Die Sonderstellung des Petrus
5. Das Petrusamt und das Apostelamt
6. Das Zeugnis des Petrus
7. Vom Pfingstereignis bis zum Jahr 49
- Exkurs: Paulus

III. Teil: AUFTRAG 216

8. Petrus, das Apostelkonzil und die Zeitwende
9. Petrus, die Zwölf und die Kirche

Syrien und Cilicien brüderlichen Gruß! ... Es hat dem Heiligen Geist und uns gefallen, euch weiter keine Last aufzulegen außer den folgenden Stücken: Ihr sollt euch enthalten von Götzenopfern, von Blut, von Ersticktem und von der Unzucht. Wenn ihr euch davor bewahrt, so tut ihr gut daran. Lebt wohl.“

Dieses Dekret entschied, daß 1. überall und für alle das mosaische Gesetz und die Beschneidung nicht mehr notwendig war, und 2. daß nach den „Jakobusklauseln“ Juden und Heidenchristen in den Gemeinden in Frieden leben konnten. Später wurde der zweite Teil nicht mehr notwendig. So wurde im Jahre 49 durch das Apostelkonzil ein schwieriger Streitfall der jungen Kirche für immer geschlichtet.

Petrus sammelte in all den Auseinandersetzungen Erfahrungen und war gestärkt zu seinen neuen Aufgaben zurückgekehrt. Er begab sich von Jerusalem vermutlich über seine Gemeinden (der heutigen Türkei) wieder nach Rom.

Petrus wußte aus den drei Jahren mit Jesus Christus, daß nicht mehr die rituelle Ordnung, die prophetische Tradition oder die apokalyptische Überlieferung kennzeichnend waren für den neuen Aufbruch der von Jesus gestifteten Kirche, sondern die geschichtliche Persönlichkeit des

Herrn, sein Tod, seine Auferstehung und Himmelfahrt, die Geistsendung und die Verkündigung seiner Lehre. Nun war der Gehorsam gegenüber dem Willen Gottes als Sauerteig in die Herzen der Menschen zu bringen. Die Prophetien waren mit dem in die Geschichte eingetretenen Messias in Erfüllung gegangen.

Das war das Neue, das das Christentum von allen anderen damals bekannten Göttervorstellungen und Religionen unterschied: das Christentum beruhte auf einer geschichtlichen Dimension und nicht auf mythischem Pessimismus oder auf ewig wiederkehrenden kosmischen Veränderungen und Bewegungen. Es war der göttliche Plan, in der „Fülle der Zeit“ einen Erlöser zu schenken, den die Welt erwartete.

Alles das war dem Petrus bewußt, darum mußte ihn sein Versagen in Antiochien aber auch seine Verleugnung des gefesselten Herrn bei dessen Vorübergang im Hof des hohenpriesterlichen Palastes bedrücken, jedoch in das selbige Bewußtsein verborgener Schuld einmünden.

Durch die Petrusbriefe, durch die Tradition und weitergegebene Verkündigung seiner Nachfolger, durch die Briefe des Apostels Paulus und das Wirken der übrigen Apostel wurde ein kraftvoller Glaube grundgelegt, der dann später in der tödlichen Gefahr der Gnosis geholfen hat, sie zu überwinden. Denn die Leugnung des Kreuzes durch die Gnosis und ihrer sog. geistlichen Erkenntnis, verbunden mit den mythisch-kosmischen und religiös-philosophischen Vorstellungen und die Gegenkirche des Marcion (145) wurden zu einer ungeheuren Herausforderung und Prüfung der Kirche, die sie kraft der damaligen Päpste und der frühchristlichen Apologeten überwunden hat.

Wenn auch die volle Bedeutung des Messias für die Geschichte sich erst im Laufe der Zeit entfaltete, so war doch Petrus und den Seinen das Wort von der „Fülle der Zeit“ aufgegangen. Das Zeugnis des Petrus, Paulus und Johannes künden davon. Jesus Christus hat bereits zum Zeugnis aller „die Zeit Gottes gelebt, sie in der Weltzeit existent gemacht und zur Erfahrung gegeben“ (H. Schlier, *das Ende der Zeit*, Freiburg Br. 1971; s. J. Ratzinger 333).

Der Messias (griech. = Christos) ist der Gesalbte, das endgültige Heil der Welt und der Geschichte. „Er ist das Haupt des Leibes, der Leib aber

ist die Kirche ... Gott wollte mit seiner ganzen Fülle in ihm wohnen, um durch ihn alles zu versöhnen. Alles im Himmel und auf Erden wollte er zu Christus führen, der Friede gestiftet hat am Kreuz durch sein Blut“ (Kol 1,18 f).

Für Petrus ist der Messias zum ein und alles geworden, dessen Vermächtnis, die Kirche, er, ganz am Anfang zu führen hatte. Petrus steht an der Zeitwende und eine zweite wird es nicht geben. Wo Petrus vom Frieden spricht, da geht diesem Frieden die „immer größere Erkenntnis“ voraus und gnadenerfüllte Gerechtigkeit (1. u. 2. Petr) aus Glaubensgehorsam. Augustinus verfolgt gerade im Hinblick auf die Erkenntnis aus dem Glauben den Gedanken des Friedens, um in ihm die Ordnung zu finden. „Das ewige Gesetz in der Zeit befiehlt, die natürliche Ordnung zu bewahren und verbietet es, diese Ordnung zu stören“ (Gottesstaat, XIX,15). „Der Friede der vernünftigen Seele ist die geordnete Übereinstimmung zwischen Erkenntnis und Handlung“ – „Der Friede mit Gott ist der durch den Glauben geordnete Gehorsam gegenüber dem ewigen Gesetz Gottes“ (Gottesstaat XIX,13). Wie für Petrus ist für Augustinus „der Weg zum Frieden mit Gott der gekreuzigte und auferstandene Herr“ (de doctrina christiana, Über die christl. Lehre 34,2).

9. Petrus die Zwölf und die Kirche

Petrus, die Zwölf und die Kirche mit allen, die ihr angehören wollen, das ist die Einheit einer Gemeinschaft, die das Königtum Gottes (Basileia) auf dem Wege verkörpert, das hineinreicht in die von Jesus Christus her sich erfüllende Zukunft der Welt und der Kirche. Sie ist sichtbar aufgebaut auf Petrus und den

Aposteln, dem Papst und den Bischöfen und den Laien im Lehramt¹, Hirtenamt und Priesteramt und in der Successio apostolica (apostolische Abfolge/Nachfolge).

Die frühchristlichen Apologeten und die Väter stellen eindeutig fest, daß Petrus in seinen Nachfolgern fortlebt und fortwirkt: Der päpstliche Legat Philippus auf dem Konzil zu Ephesus (431): „Petrus lebt und richtet bis jetzt und für immer in seinen Nachfolgern“ (D 112, 1824), Petrus Chrysologus: „Der selige Petrus, der auf seinem Bischofssitz fortlebt und den Vorsitz führt, bietet den Suchenden den wahren Glauben dar“ (Epist. 25,2). Leo der Große: „Wie für immer besteht, was in Christus Petrus geglaubt hat, so besteht für immer, was in Petrus Christus eingesetzt hat“ (Sermo 3,2).

Irenäus von Lyon (ca. 140–202) und Tertullian (ca. 160–220) berufen sich im Kampf gegen die Gnosis auf die Lehre der katholischen Kirche, die sie von den Aposteln empfangen und durch die lückenlose Aufeinanderfolge der Bischöfe rein bewahrt hat. Die Irrlehren dagegen haben keinen apostolischen Ursprung. Irenäus verfaßte die älteste römische Bischofsliste (Adversus haereses, III 3,3 / IV 26,2), dgl. Cyprian (†258).

„Das Dogma², daß die von Christus gestiftete Kirche apostolisch ist (nicaeno-Constantinopolitanum) (D 86/ D 14, 1686), bezeugt, daß die Kirche in ihrem Ursprung auf die Apostel zurückreicht. Der Papst und die Bischöfe stehen in Amtsnachfolge mit den Aposteln in Verbindung. Die Apostolizität der Succession verbürgt, die unverfälschte Überlieferung der Lehre und stellt den organischen Zusammenhang zwischen der Kirche der Gegenwart und der Kirche der Apostel her“ (L. Ott 371 f)

Als Jesus die zwölf Apostel mit der unmißverständlichen Aufforderung konfrontierte: „wollt auch ihr gehen?“ gingen diesem entscheidenden Augenblick die zu dieser Zeit unverstänlich wirkenden Wort voraus: „Wer mein Fleisch ißt und mein Blut trinkt, der bleibt in mir und ich in ihm“ (Joh 6,55 f). Dieses Wort

1 Lehramt bezeichnet „die der Kirche notwendig innewohnende aktive und gehorsam fordernde, rechtlich gefaßte Befähigung der Weiterbezeugung der mitteilenden Selbstoffenbarung Gottes in Jesus Christus“ (K. Rahner, H. Vorgrimler; Kl. Theol. Wb). Die lehramtliche Vollmacht kommt dem Gesamtepiskopat zu, insofern er unter sich und mit dem römischen Bischof als seinem Haupt eins ist und dem römischen Bischof (allein), insofern er autoritatives Haupt dieses Kollegiums ist (K. Rahner u. H. Vorgrimler und K. Rahner, Grundkurs des Glaubens, S. 363).

2 Das Dogma ist als Heilstatsache zu verstehen, die – in der Schrift bezeugt, – durch die apostolische Tradition vermittelt, – von der Autorität der Kirche sicher vorgelegt, – einen für eine geschichtliche Situation des Glaubens bestimmten Ausdruck gewinnt (L. Scheffczyk. Schwerpunkte des Glaubens 56 f).

mußte auch weiterhin rätselhaft bleiben und nur dem Glauben und im Vertrauen anheim gegeben. Erst als Jesus im Abendmahlssaal über Brot und Wein den Segen sprach und das Meßopfer einsetzte: „für euch hingegeben – für euch vergossen“ (Lk 22,20), begannen sie zu verstehen, was am Kreuz und in der Auferstehung sich erfüllt hatte: das Erlösungswerk des Messias.

Das II. Vat. Konzil faßt die Wirklichkeiten Kirche, den Glauben und Petrus in der „Konstitution über die Kirche“ zusammen: „Dies ist die einzige Kirche Christi, die wir im Glaubensbekenntnis als die eine, heilige, katholische und apostolische kennen. Sie zu weiden, hat unser Erlöser nach seiner Auferstehung dem Petrus übertragen (Joh 21,17), ihm und den übrigen Aposteln hat er ihre Ausbreitung und Leitung anvertraut (vgl. Mt 28,18 f), für immer hat er sie als „Säule und Feste der Wahrheit“ errichtet (1Tim 3,15). Diese Kirche, in dieser Welt als Gesellschaft verfaßt und geordnet, ist verwirklicht in der katholischen Kirche, die vom Nachfolger Petri und von den Bischöfen in Gemeinschaft mit ihm geleitet wird. (Kirche, 8) ... „So wird auch das neue Israel, das auf der Suche nach der kommenden und bleibenden Stadt (Hebr 13,14) in der gegenwärtigen Weltzeit einherzieht, Kirche Christi genannt (vgl. Mt 16,18) (Kirche, 9).

Der große Auftrag Jesu an die elf Apostel (Mt 28, 18): „Geht hin und macht alle Völker zu meinen Jüngern, indem ihr sie tauft auf den Namen des Vaters und des Sohnes und des Heiligen Geistes und lehrt sie alles zu halten, was ich euch aufgetragen habe“, erhält durch die Worte an Petrus (Mt 16,18): „Du bist Petrus und auf diesem Felsen will ich meine Kirche bauen“ – seine organisatorische Ordnung und Verfassung, die Klarheit zur praktischen Verwirklichung. Die einkleidenden Worte (Mt 28,18) „Mir ist alle Gewalt gegeben im Himmel und auf Erden“ und „Seht, ich bin bei euch alle Tage bis zur Vollendung der Welt“ geben den Aposteln und Petrus und der Kirche Zuversicht, Festigkeit und Vertrauen in die Zukunft hinein.

Petrus wird Zeuge der Dreifaltigkeit: Der Vater offenbart ihm den Messias (Mt 16,17; Mk 15,39; Joh 1,49); er erlebt den Sohn als Lehrer und Messias; er wird ebenfalls Zeuge der Herabkunft des Heiligen Geistes (App 1,1 f)

Schlußbemerkung

Jesus Christus hat einen Gott im Mysterium von drei Personen verkündet: „Ich und der Vater sind eins.“ – „Sie haben erkannt, daß ich von dir ausgegangen bin und sie glaubten, daß du mich gesandt hast.“ – „Verherrliche mich du, Vater, bei dir mit der Herrlichkeit, die ich bei dir hatte, ehemals die Welt war.“ – „Der Beistand aber, der Heilige Geist, den der Vater senden wird in meinem Namen, er wird euch alles lehren und euch an alles erinnern, was ich euch gesagt habe“ (Joh 14–17).

Damit verkündete er einen Glauben und eine Kirche. Dieser Kirche gab er ein Fundament und die Einheit mit Petrus. Als Haupt der Kirche ist Petrus in der Welt mit einer Vollmacht beauftragt, die bis in den Himmel reicht (Mt 16,13–19). Petrus wird im Neuen Testament immer an der Spitze der Apostelverzeichnisse genannt. Über seinem Grab, das verläßlich nachgewiesen ist, erhebt sich der Petersdom mit der Kuppel Michelangelos.

Bereits Ignatius von Antiochien bezeugt Petrus als das Haupt der Kirche. Bischof Irenäus von Lyon verbürgt sich für die ununterbrochene Nachfolge Petri (Advers. haereses III 2,2/3,1) und hinterläßt eine Bischofsreihe für Rom bis 180. Er beginnt mit Petrus und nennt in dessen Nachfolge Linus (67–76), Anakletus (76–88), Clemens (88–97), der noch die Apostel gekannt und gehört hat. Ihm folgen Evaristus (97–105), Sixtus (115–125), Trelesphorus (125–136), Hyginus (136–140), Pius (140–155), Anicetus (155–166), Soter (166–174), Eleutherus (174–189), der noch zur Zeit des Irenäus Papst war. Er bezeugt seine Auflistung mit dem Hinweis: „In dieser Nachfolge kam seit den Aposteln in der Kirche die Überlieferung der Wahrheit bis zu uns.“ (Schuchert)

Cyprian, der Märtyrerbischof von Kathago (†258) bezeichnet in einem Brief an Papst Cornelius (251–253), Epist. 45,3 / 68,3, die römische Kirche als den Lehrstuhl Petri und die Urkirche als die Mitte, von der her die priesterliche Einheit ausgehe (sacramentum unitatis, una mater ecclesia). „Mit dieser Kirche muß wegen ihres Vorranges jede Kirche übereinstimmen, denn in ihr ist die von den Aposteln überkommene Überlieferung jederzeit vor Entstehung bewahrt geblieben. Für Cyprian

(251) ist das „Bischofsamt nur eines, an dem jeder einzelne Bischof nur unter Wahrung des Ganzen seinen Anteil hat.“ Schließlich sagt Cyprian (251) in seiner Schrift „Über die Einheit der Kirche“ (c,6) „Der kann Gott nicht zum Vater haben, der die Kirche nicht zur Mutter hat.“

Schlägt man die Brücke von Cyprian bis zum II. Vat. Konzil, so heißt es in der Konstitution über die Kirche (1964) (23): Der Bischof von Rom ist als Nachfolger Petri das immerwährende, sichtbare Prinzip und Fundament für die Einheit der Vielheit von Bischöfen und Gläubigen (vgl. I. Vat. Konzil Const. Dogm. Pastor aeternus, Denz 1821/ 3050 f). Die Einzelbischöfe wiederum sind sichtbares Prinzip und Fundament der Einheit in ihren Teilkirchen (Vgl. Cyprian, Epist 66,8 und 55,24), die nach dem Bild der Gesamtkirche gestaltet sind. In ihnen und aus ihnen besteht die eine und einzige katholische Kirche (Cyprian). Daher stellen die Einzelbischöfe je ihre Kirche, alle zusammen aber in Einheit mit dem Papst die ganze Kirche im Band des Friedens, der Liebe und der Einheit dar.“

Für Petrus und die Apostel ergab sich in den drei Jahren mit Jesus eine unübersehbare Fülle von bisher unbekannten Denkinhalten über Erlösung, Kirche, Sinn und Ziel des Lebens. Aber nicht nur das. Was Petrus gehört und gesehen hatte über die Person Christi, sein Werk und seine Verkündigung wollte gläubig aufgenommen und so verstanden werden, wie es im Sinne Jesu lag. Für ihn leiteten sich die Fragen, was die Worte Schöpfung, Reich Gottes und Vollendung beinhalteten, „wer Gott für uns ist, was er für uns bedeutet und was er von uns verlangt“ (J. Auer, J. Ratzinger, II, 369). Was das Wesen Gottes sei, blieb letztlich bis auf die Selbstoffenbarung Jesu über sich und den Vater weiterhin Geheimnis. Die Auftragslast „Kirche“ mit allem, was Petrus nach der Auferstehung, Himmelfahrt Jesu und Geistsendung zusammen mit den anderen Aposteln zu verwirklichen hatte, konnte er nur aus einem ganz auf Jesus und seinen Vater hineingeopfertes priesterliches Leben bezeugen. Die beiden Briefe des Apostels Petrus vermitteln ein lebendiges Wissen davon, wie sehr Gott in Petrus und er in Gott am Werke war, damit in ihm „ein königliches Priestertum“ vollendet wird, das „niemandem eine Antwort schuldig bleibt“ (1 Petrus 2,9/3,15).

PETRUS-, PAPSTAMT

Neue Enzyklika „Evangelium vitae“

Papst Johannes Paul II. hat sich in seiner am 30. März 1995 in Rom veröffentlichten elften Enzyklika für eine neue Kultur des Lebens ausgesprochen. Darin heißt es u.a.: „Was ferner zum Leben selbst in Gegensatz steht, wie jede Art Mord, Völkermord, Abtreibung, Euthanasie und auch der freiwillige Selbstmord; was immer die Unantastbarkeit der menschlichen Person verletzt, wie Verstümmelung, körperliche oder seelische Folter und der Versuch, psychischen Zwang auszuüben; was immer die menschliche Würde angreift, wie unmenschliche Lebensbedingungen, willkürliche Verhaftung, Verschleppung, Sklaverei, Prostitution, Mädchenhandel und Handel mit Jugendlichen, so dann auch unwürdige Arbeitsbedingungen, bei denen der Arbeiter als bloßes Erwerbsmittel und nicht als freie und verant-

wortliche Person behandelt wird: all diese und andere ähnliche Taten sind an sich schon eine Schande; sie sind eine Zersetzung der menschlichen Kultur.“ ...

„Das Recht auf Abtreibung, Kindstötung und Euthanasie zu fordern und es gesetzlich anzuerkennen, heißt, der menschlichen Freiheit eine perverse, abscheuliche Bedeutung zuzuschreiben: nämlich die einer absoluten Macht über die anderen und gegen die anderen. Aber das ist der Tod der wahren Freiheit.“ ...

„Mit der Petrus und seinen Nachfolgern von Christus verliehenen Autorität bestätige ich daher in Gemeinschaft mit den Bischöfen der katholischen Kirche, daß die direkte und freiwillige Tötung eines unschuldigen Menschen immer ein schweres sittliches Vergehen ist... Kein Umstand,

kein Zweck, kein Gesetz wird jemals eine Handlung für die Welt statthaft machen können, die in sich unerlaubt ist, weil sie dem Gesetz Gottes widerspricht.“ ...

„Daraus folgt, daß ein staatliches Gesetz, wenn es Abtreibung und Euthanasie billigt, eben darum kein wahres, sittlich verpflichtendes staatliches Gesetz mehr ist... Gesetze dieser Art rufen nicht nur keine Verpflichtung für das Gewissen hervor, sondern erheben vielmehr die schwere und klare Verpflichtung, sich ihnen mit Hilfe des Einspruchs aus Gewissensgründen zu widersetzen“ ...

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Karl Lehmann, und der Kurienkardinal Joseph Ratzinger erklärten, der Papst habe sich gegenüber allen früheren Gewohnheiten und die damit gesetzten Schranken hinweggesetzt, weil er der festen Überzeugung sei, die Kirche müsse im Blick auf den Lebensschutz „mit letzter Unmißverständlichkeit und mit nicht mehr zu überbietendem Engagement“ sprechen. (bt)

THEMEN UND MEINUNGEN

Gläubige Katholiken: größte Bereitschaft Verfolgten zu helfen

Gedanken zum Wort der deutschen Bischöfe aus Anlaß des 50. Jahrestages der Befreiung von Auschwitz

P. Lothar Groppe SJ

Es war zu erwarten, daß sich die deutschen Bischöfe zum 50. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz äußern würden, steht doch dieser Name für die Massenvernichtung zahlloser jüdischer Menschen. Ursprünglich war zu diesem Gedenktag ein gemeinsames Hirtenwort der deutschen und polnischen Bischöfe vorgesehen. Wegen unterschiedlicher Auffassungen, die hier nicht zu erörtern sind, kam es jedoch nicht zustande. Das „Wort der deutschen Bischöfe aus Anlaß des 50. Jahrestags der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz“ ist abgedruckt in AUFTRAG 215 S. 23 ff. Im nachfolgenden Artikel setzt sich der Jesuit Pater Lothar Groppe – ein engagierter Streiter gegen Klischees und Vorurteile des Zeitgeistes und den Lesern des AUFTRAG aus zahlreichen Beiträgen bestens bekannt – nicht nur mit dem Bischofswort, sondern vor allem mit der Rolle der katholischen Kirche, ihrer Hirten und Gläubigen während der nationalsozialistischen Unrechtsherrschaft auseinander. (PS)

Da es sich bei der vorliegenden Erklärung nicht um ein eigentliches Hirtenwort handelt, ist der Adressat offenbar die breite Öffentlichkeit. In den Nachrichtensendungen wurde betont, die katholischen Bischöfe hätten eine Mitschuld der Katholiken am Holocaust bekannt. Ein Kommentar

bezeichnet dieses „Wort“ als „Kollektivschuldbekenntnis der katholischen Bischöfe“. Selbst wenn es nicht so gemeint sein sollte, wurde es von zahlreichen Katholiken so empfunden und daher konnte es nicht ausbleiben, daß es viele Gläubige verunsichert, verstört, ja empört hat.

I.

Bereits Bundespräsident Theodor Heuß hatte die These von der Kollektivschuld zurückgewiesen: „Man hat von einer ‘Kollektivschuld’ des deutschen Volkes gesprochen. Das Wort Kollektivschuld und was dahintersteckt, ist aber eine simple Vereinfachung, es ist eine Umdrehung, nämlich der Art, wie es die Nazis gewohnt waren, die Juden anzusehen: daß die Tatsache, Jude zu sein, bereits das Schuldphänomen in sich eingeschlossen habe. Aber etwas wie eine Kollektivschuld ist aus dieser Zeit gewachsen und geblieben. Das Schlimmste, was Hitler uns angetan hat, ist doch gewesen, daß er uns in die Scham gezwungen hat, mit ihm und seinen Gesellen gemeinsam den Namen Deutsche zu tragen.“¹

Das Wort der deutschen Bischöfe war sicher gut gemeint. Aber gut ge-

meint ist leider nicht immer gut gelungen. So fällt die Berliner Journalistin Barbara Wesel im Frühkommentar des Senders Freies Berlin am 27.01.95 ein vernichtendes Urteil über dieses „Wort“ unter dem Titel: „Der Tod ist ein Meister aus Deutschland“. *„Die deutschen Bischöfe haben fast 50 Jahre gebraucht, um ihre Mitschuld durch Schweigen und Zusehen während des Nationalsozialismus einzugestehen. Daß dies ein halbes Jahrhundert gedauert hat, erhöht die Schande, man hätte mehr erwarten dürfen von den Hütern von Nächstenliebe und Moral. Aber die Bischöfe sind, wie wir wissen, immer noch in zahlreicher Gesellschaft mit dem Unvermögen ihrer eigenen Gewissen.“*

Diese Worte entspringen offenkundig einer aufgestauten Animosität gegen die Kirche und ihre obersten Repräsentanten.

- Wenn indes zahlreiche Katholiken über das Wort der deutschen Bischöfe aufgebracht sind, ist dies nicht in ihrer Abneigung gegen ihre Oberhirten begründet, sondern darin, daß diese sich der vor allem nach Hochhuths Pamphlet „Der Stellvertreter“ gängigen veröffentlichten Meinung angeschlossen haben, daß die Kirche unter der braunen Diktatur versagt habe. Jedoch unzählige Dokumente beweisen, daß es in Deutschland zwar auch Katholiken gab, die sich von den falschen Lehren des Nationalsozialismus betören ließen, bei Verbrechen gegen menschliche Freiheit und Würde gleichgültig blieben, durch ihre Haltung den Verbrechen Vorschub leisteten, ja selbst zu Verbrechen wurden. Aber zu Recht betonten die deutschen Bischöfe in ihrem nicht von außen erzwungenen Hirtenbrief vom 23. August 1945:

„Katholisches Volk, wir freuen uns, daß du dich in so weiten Ausmaße von dem Götzendienst der brutalen Macht freigehalten hast. Wir freuen uns, daß so viele unseres Glaubens nie und nimmer ihre Knie vor Baal gebeugt haben. Wir freuen uns, daß diese gottlosen und unmenschlichen Lehren auch weit über den Kreis unserer katholischen Glaubensbrüder hinaus abgelehnt wurden.“

II.

So wie man das Apostelkollegium nicht nach dem Verräter Judas (im-

merhin einer von zwölf) beurteilt, sondern nach dem unerschrockenen Glaubenszeugnis der anderen, so ungerecht und unzutreffend ist die undifferenzierte Behauptung, „daß Christen in den Jahren des Dritten Reiches nicht den gebotenen Widerstand gegen den rassistischen Antisemitismus geleistet haben.“ Hierfür gibt es zwei sicher unverdächtige nichtkatholische Zeugen:

- „Thomas Mann und Max Horkheimer (selbst Jude), ließen nach 1945 eine soziologische Studie anfertigen: Welche Bevölkerungsschichten haben den Juden am meisten geholfen? Horkheimer nannte im deutschen Fernsehen in einem ‚Spiegel‘-Interview das Ergebnis, das ihn und Thomas Mann überraschte: Es stellte sich nämlich heraus, daß gläubige Katholiken die größte Bereitschaft zeigten, den Verfolgten zu helfen.“²

Wenn im Bischofswort vom „präzedenzlosen Verbrechen“ der Schoa gesprochen wird, entspricht dies zwar der veröffentlichten Meinung, aber keineswegs den historischen Tatsachen.

- Jahrzehnte vor dem Holocaust gab es vor allem während des Ersten Weltkriegs den Völkermord an den armenischen Christen, dem nach Schätzungen 1 1/2–2 Millionen Menschen zum Opfer fielen.
- Sodann gab es neben den Massenexekutionen während der bolschewistischen Oktoberrevolution den Massenmord an den Kulaken. In seiner Durchführung übertraf er noch das Grauen der Gaskammern: Man gab die Bevölkerung einem wochen-, bisweilen monatelangen systematischen Hungertod preis. Im Gegensatz zum Mord an den Juden nahm und nimmt die Weltöffentlichkeit hiervon praktisch keine Notiz, weil weder armenische Christen noch überlebende Kulaken eine weltweit verbreitete Lobby haben.

III.

Das Wort der deutschen Bischöfe folgt in weiten Passagen den Klischeevorstellungen selbsternannter „Antifaschisten“, obwohl inzwischen schon gar nicht mehr überschaubare Dokumente vorliegen, die ein differenziertes und gerechtes Urteil über die Zeit

des Nationalsozialismus ermöglichen.

Als nach dem mißglückten Hitlerputsch in München 1923 General Ludendorff vor Gericht stand, „rügte er nicht nur die steigende Inschutznahme der Juden durch den Klerus ... sondern auch Vatikan und Romkirche mit heftigen Anklagen.“³

In den ersten Jahren der NSDAP war man sich über deren künftigen Kurs noch weitgehend unklar. Aber aus ihrem Programm ging hervor, daß Kern ihrer Weltanschauung ein aggressiver Antisemitismus war.

- Deshalb erklärte das Hl. Offizium in seinem Dekret vom 25.03.1928: *„Wie der Hl. Stuhl allen Haß und alle Feindschaft unter den Völkern verwirft, so verdammt er ganz besonders den Haß gegen das Volk, das Gott in uralten Tagen zu dem seinen gemacht hat, nämlich jenen Haß, den man gemeinhin mit Antisemitismus zu bezeichnen pflegt.“*⁴

Ebenso wandten sich die deutschen Bischöfe vor und nach 1933, ja sogar noch während des Krieges, mehrfach eindeutig gegen jeglichen Rassismus. Da damals im „Großdeutschen Reich“ weder Neger noch Vietnamesen lebten, wußte selbst das einfältigste Gemüt, daß mit den Menschen „anderer Rasse“ die Juden gemeint waren.

In ihren Hirtenbriefen, in denen sie vor der „Machtergreifung“ vor dem erstarkenden Nationalsozialismus warnten, spielte die Ablehnung der Rassenideologie eine zentrale Rolle, wovon sich jedermann überzeugen kann, denn die Dokumente liegen inzwischen allgemein zugänglich vor.

- Zwar legte Kardinal Bertram nach Abwägen des Für und Wider keinen Protest gegen den Judenboykott vom 1. April 1933 ein, aber Papst Pius XI. sandte ein Protesttelegramm nach Berlin, auf das er nie eine Antwort erhielt. Staatssekretär Pacelli beauftragte den Berliner Nuntius Orsenigo, *„sich bei der Reichsregierung für die Juden zu verwenden und auf alle Gefahren einer antisemitischen Politik aufmerksam zu machen.“*⁵

Der Reichsführer SS Heinrich Himmler stellte in seinem Lagebericht für 1938 fest, daß *„die projüdische Haltung der Kirchen*

... in der Masse der Kirchengläubigen jede antijüdische Propaganda der Partei wirkungslos macht.“⁶

IV.

Wenn die Bischöfe gegen die Verbrechen der Reichskristallnacht nicht laut protestierten, dürfte ein entscheidender Grund hierfür darin zu suchen sein, daß nach den Haßtiraden der Partei gegen die katholische Kirche ihre Sorge jetzt vor allem den eigenen Gläubigen galt. Zudem hatte Papst Pius XI. erst am 14. März in seiner Enzyklika „Mit brennender Sorge“, die von allen katholischen Kanzeln verlesen wurde, in scharfer Form gegen den Antisemitismus Stellung genommen:

„Wer die Rasse oder das Volk, oder den Staat, oder die Staatsform, die Träger der Staatsgewalt, oder andere Grundwerte menschlicher Gemeinschaftsgestaltung ... aus ihrer irdischen Wertskala herauslöst, sie zur höchsten Norm aller, auch der religiösen Werte macht und mit Götzenkult vergöttert, der verkehrt und fälscht die gottgeschaffene und gottbefohlene Ordnung der Dinge ... Nur oberflächliche Geister können der Irrlehre verfallen, von einem nationalen Gott, von einer nationalen Religion zu sprechen, können den Wahnversuch unternehmen, Gott ... in die blutmäßige Enge einer einzelnen Rasse einkerkern zu wollen.“

Nach Hetztiraden gegen das „Internationale Judentum und seine roten und schwarzen Komplizen“ in einer Münchner Versammlung am 11.11.1938 – also unmittelbar nach der Brandschatzung der Synagogen – wurde unter Leitung des Gauleiter sein Sturm auf die Residenz von Kardinal Faulhaber unternommen, wobei der Mob brüllte: „Raus! Raus! Nach Dachau. In Schutzhaft mit dem Hochverräter!“

- Der berüchtigte Gauleiter Julius Streicher, Herausgeber des „Stürmer“, sagte auf einer Massenkundgebung vor 100.000 fanatisierten Anhängern:
„Wir wissen, daß es bei uns auch noch Leute gibt, die Mitleid mit den Juden haben, Leute, die nicht wert sind, in dieser Stadt wohnen zu dürfen, zu diesem Volk zu gehören, von dem ihr ein stolzer Teil seid.“

SA-Kolonnen zogen grölend durch die Stadt:

„Die alte Judenschande ist endlich ausgelegt,
Die schwarze Lügenbande wühlt weiter unentwegt.
Du deutsches Volk, sag, muß das sein,
Daß dich bespuckt das schwarze Schwein?
Wenn nicht, so drisch doch drauf,
Daß Funken fliegen hoch hinauf.
Deutsche Männer, deutsche Frauen!
Jetzt ist's genug mit der Faulhaberei!
Deutsche Männer, deutsche Frauen!
Haut das schwarze Lumpenpack zu Brei!“⁷

V.

Auch ohne offiziellen bischöflichen Protest kam es vielerorts zur Hilfe für die bedrängten Juden. Der Deutschlandfunk schilderte in seiner Sendung zum 40. Jahrestag des Judenpogroms „Als die Synagogen brannten – Christen während der ‚Reichskristallnacht‘ 1938“ das heroische Verhalten einer Reihe von Christen zugunsten der Verfolgten. So durchbrach unter der Führung ihrer Oberin ein ganzer Kölner Schwesternkonvent mutig die Sperre von SA-Männern zum Israelitischen Asyl, um Verwundete zu verbinden. Der damalige Domvikar und spätere Kölner Generalvikar Josef Teusch rettete aus einer brennenden Synagoge eine Thorarolle.

- Allgemein bekannt wurde die Haltung des Berliner **Dompropstes Bernhard Lichtenberg**, der öffentlich in der Hedwigskathedrale für die verfolgten Juden betete. Er wurde verhaftet und fand infolge der erlittenen Haft den Tod. Angesichts seines heroischen Verhaltens muß man aber nüchtern feststellen, daß es ihm nicht gelang, Juden vor Verhaftung, Deportation und Tod zu bewahren.
- Wenngleich die Bischöfe für gewöhnlich nicht laut protestierten, waren sie doch gegenüber dem Schicksal der Verfolgten weder gleichgültig noch tatenlos. So stellten sie den im vorigen Jahrhundert gegründeten St. Raphaels Verein, der ursprünglich für eine „normale“ Auswanderung ins Leben gerufen worden war, in den Dienst auswanderungswilliger „nicht-arischer“ Katholiken. Die sogenannten „Glaubensjuden“ verfügten über erheblich bessere Möglichkeiten, vor allem, wenn sie vermögend waren. Derjenigen, die nicht aus-

wandern konnten oder wollten – die Bereitschaft des Auslands, verfolgte Juden aus Deutschland aufzunehmen, war äußerst gering oder überhaupt nicht vorhanden – nahm sich der Deutsche Caritas-Verband an.

- Beide Organisationen waren in dem 1935 gegründeten „Hilfsauschuß für katholische Nichtarier“ vertreten. 1934 war das „Caritas-Notwerk“ errichtet worden. 1938 erfolgte die Gründung des „Hilfswerks beim Bischöflichen Ordinariats Berlin“, 1939 die der „Caritas-Reichsstelle für nicht-arische Katholiken“.
- In der damals zu „Großdeutschland“ gehörenden „Ostmark“ wurde nach dem sog. „Anschluß“ die „Auswanderungshilfsorganisation für nichtmosaische Juden in der Ostmark“ gegründet, die sich zunächst um Auswanderung, Evakuierung und Fürsorge kümmerte. In Wien, wo ein unverhältnismäßig hoher Prozentsatz von Nichtglaubensjuden lebte – insgesamt 7.914 im Jahr 1941, davon 3.836 Katholiken, gab es verschiedene Versuche, zunächst auf mehr oder minder privater Ebene, dann im Rahmen der Caritas, den verfolgten Juden zu helfen. 1940 gründete dann Kardinal Innitzer die „Erzbischöfliche Hilfsstelle für nichtarische Katholiken“, deren Leitung er dem deutschen Jesuiten Ludger Born übertrug. Sie hatte ihren Sitz im Palais des Kardinals und wirkte bis übers Kriegsende hinaus segensreich.⁸

VI.

Wenn wir das „Schweigen“ der Bischöfe zur Judenverfolgung aus heutiger Sicht vielleicht bedauern mögen, so läßt sich gerade am Beispiel Wien deutlich machen, in welchem Dilemma sich die Bischöfe befanden. Konnten sie lautstark protestieren und sich gleichzeitig in ihren Hilfsstellen der Verfolgten annehmen? Hätten die Nationalsozialisten die „Erzbischöfliche Hilfsstelle“ im Palais des Wiener Erzbischofs geduldet, wenn er von der Kanzel Verfolgung und Verfolger angeklagt hätte? Immerhin konnte die Hilfsstelle jahrelang über 4.000 katholische „Nichtarier“ unterstützen, ihnen materiellen und seelischen Beistand schenken.

- Gerade am Beispiel der Wiener Hilfsstelle wird deutlich, wie sehr das „Wort der deutschen Bischöfe“ die ungezählten Tausende, die unter ständiger Lebensgefahr den Verfolgten geholfen haben, verletzen muß, wenn es dort heißt, „daß es nur zu Einzelinitiativen für verfolgte Juden gekommen ist.“ Die Hilfsstelle stand allen Rat und Hilfe Suchenden jederzeit offen. Daß sie sich im wesentlichen der katholischen Nichtarier annahm, war darin begründet, daß die Israelitische Kultusgemeinde eine eigene Hilfsstelle mit erheblich größeren Geldmitteln unterhielt und evangelische Nichtarier von der Schwedenmission betreut wurden. Bis Mitte 1941 ging es vor allem um Beratung und Hilfe bei der Auswanderung, bis Ende 1942 um die Sorge für die Evakuierten. Hinzu kamen allgemeine Fürsorge und seelsorgerliche Betreuung, wie sie auch sonst in den Gemeinden üblich ist. Die Hilfsstelle versorgte ihre Schützlinge mit Wäsche, Kleidung, Schuhen und, vor allem in der letzten Zeit des Krieges mit Lebensmitteln. Es wurden Kindergarten, Nähstube, Kinderhort und ein Altersheim geschaffen. Eine Schule für nicht-mosaische Kinder wurde gegründet. Sodann nahm man sich der sog. „U-Boote“ an, d.h. solcher Juden, die sich der Zwangsevakuierung entzogen und unangemeldet lebten. Das Begräbnis von Juden war durch Magistratsverordnung auf Gemeinde- und kirchlichen Friedhöfen untersagt. Durch Verhandlungen mit dem Ältestenrat der Juden, der seit Ende 1942 die offizielle Vertretung aller in Wien verbliebenen Juden wahrnahm, erreichte die Hilfsstelle, daß die nichtarischen Katholiken auf dem jüdischen Friedhof in einer eigenen Kapelle kirchlich eingeseget, vom Priester zum Grab geleitet und dort kirchlich beerdigt wurden.

VII.

Hand in Hand mit diesen verschiedenen Hilfsmaßnahmen ging die seelsorgerliche Betreuung. Die meisten Besucher verlangten nach Aussprache und Zuspruch. Die Mitarbeiterinnen der Hilfsstelle besuchten nach und

nach alle ihnen bekannten rassistisch Verfolgten, um nach ihnen zu schauen, sie zu beraten, aufzurichten und in Kontakt mit der Kirche zu bringen. Alle waren unendlich dankbar für diese Besuche, das Bewußtsein, daß sich die Kirche um sie kümmerte, daß eine Stelle existierte, an die sie sich in aller Not wenden konnten. Jeden Monat war für alle eine Andacht oder eine heilige Messe in der Jesuitenkirche (Universitätskirche).

- Am schwierigsten und zugleich gefährlichsten war die Sorge für die untergetauchten „U-Boote“. Was es bedeutet, illegal, d.h. unangemeldet, ohne gültigen Ausweis, ohne Lebensmittelkarten und vor allem ohne Wohnung zu leben, kann sich heute wohl kaum jemand vorstellen. Viele irrten ohne Obdach umher, nächtigten im Freien, unter Brücken usw. Einer hatte sich sogar in einer Friedhofsgruft niedergelassen, bis der Winter kam und die Spuren im Schnee ihn verraten hätten. Er fand dann Zuflucht bei den Jesuiten an der Universitätskirche und wurde so gerettet. Aber obwohl es überaus gefährlich war und niemand gern Juden bei sich aufnahm - es standen die schwersten Strafen auf ihr Verstecken - fanden doch Zehntausende den Mut, Juden Unterschlupf zu gewähren. Nach der Statistik der Israelitischen Kultusgemeinde in Wien lebten 1942 2.282 Personen illegal. Alle Mitarbeiter der Hilfsstelle wußten um die Gefährlichkeit ihrer Tätigkeit. Die Gestapo wußte um die Arbeit, die Adresse stand sogar im Telefonbuch. Der Leiter der Hilfsstelle, P. Ludger Born SJ, wurde mehrfach gewarnt, ihm drohe die Verhaftung. Er blieb über das Kriegsende hinaus und auch seine getreuen Mitarbeiterinnen harhten aus. Allerdings wurden neun von ihnen ins Konzentrationslager deportiert, nur eine überlebte.

- Hier ist eine Anmerkung zu machen. Als Ignatz Bubis am 04.03.94 in „Weltbild“ schrieb: „Sicher gab es im Dritten Reich einzelne Persönlichkeiten in der Kirche, die viel (für die Juden) getan haben. Aber die Kirche als solche hat nur sehr wenig getan.“ Da ich mich seit Jahrzehnten mit diesen Fragen beschäftige, rief ich den Chefredakteur an und sagte

ihm, solche Sätze dürften nicht unwidersprochen bleiben. Da ich sachkundig bin, räumte er mir zwei Schreibmaschinenseiten Entgegnung ein. Obwohl ich mich genau an die vorgesehene Zeilenzahl hielt, mußte ich nach Erscheinen feststellen, daß nicht nur etliche Kürzungen vorgenommen worden waren, sondern auch drei entscheidende Worte dem Rotstift zum Opfer fielen. Ich hatte geschrieben, daß von 23 Helferinnen (der Hilfsstelle) neun ins KZ kamen, nur eine überlebte. Diese drei Worte waren „aus Platzgründen“ gestrichen, obwohl sie sehr ausdrucksstark sind, bedeuten sie doch, daß acht Mitarbeiterinnen ihren Einsatz für die Juden mit dem Leben bezahlt haben. Unser Herr hat gesagt: „Eine größere Liebe hat niemand, als wer sein Leben hingibt für seine Freunde.“

VII.

Haben die Christen, haben die Katholiken wirklich versagt, wie das Wort der deutschen Bischöfe meint? Am 26.11. 1961 schrieb Frau Dr. Margarete Sommer, die Nachfolgerin von Prälat Lichtenberg in der Leitung des Berliner Hilfswerks einen Brief an P. Ludger Born, in dem es heißt:

„... Meine Arbeit aus der Verfolgungszeit kommt mir so unbedeutend, so recht armselig vor. Allerdings, als ich heute zufällig am Radio einen Auszug aus einem Grüber-Artikel über seine Rolle im Eichmann-Prozeß hörte, da wurde der Widerstand gegen diese „Schuld-Tiraden“, diese Beschuldigung der Christen, der Kirchen gestärkt. Es sieht nachgerade so aus, als ob die Christen als Christen - die Juden verfolgt haben. Schon die Gegenüberstellung: Juden - Christen ist falsch! Für die Verfolgungszeit muß die Gegenüberstellung heißen: Juden und Nichtjuden! Die Verfolger waren wirklich alles andere als Christen, auch wenn sie zufällig in einer Kirche getauft worden waren. Die Entchristlichung des Menschen, der Zeit, hat diese Verfolgung erst möglich gemacht.“

Daß Frau Dr. Sommer das moralische Recht zu ihrem Brief hat, zeigt das Kondolenzschreiben Heinz Galinskis, des Vorgängers von Ignatz Bubis, anläßlich ihres Todes an den Berliner Generalvikar: „Die Jüdische Gemeinde schuldet Frau Dr. Sommer für ihr beispielhaftes Wirken zum Wohle der

ehemals Verfolgten des NS-Regimes Dank, denen sie unter größter Selbstaufopferung Hilfe und Unterstützung gewährt hat.“

Und Simon Wiesenthal, der gleich Herrn Galinski nicht gerade eine Schwäche für die katholische Kirche hat, schrieb P. Born, dem inzwischen auch verstorbenen Leiter der Wiener Hilfsstelle am 10.07.75: „*Ich weiß zu schätzen, was Sie in der Zeit ohne Gnade für meine Glaubensbrüder getan haben, und seien Sie versichert, wir werden Ihnen das niemals vergessen!*“

VIII.

Wenn immer wieder gesagt wird, Papst und Bischöfe, die Kirche, hätten angesichts der Judenverfolgung geschwiegen, so muß man dieses „Schweigen“ näher überprüfen. So wurde erst recht spät bekannt, daß Bischof Graf von Galen während des Krieges öffentlich für die Juden das Wort ergreifen wollte. Aber „auf ausdrückliche Bitten der münsterischen Judenschaft“ sah er von diesem Schritt ab, „um deren Lage nicht zu verschlechtern.“⁹

- Wir kennen das bedrückende Beispiel aus den Niederlanden. Als die Bischöfe beim Reichskommissar Dr. Seyss-Inquart mehrfach vergeblich gegen antijüdische Maßnahmen protestiert hatten, drohten sie mit Hirtenbriefen. Der Höhere SS- und Polizeiführer Dr. Harster warnte sie eindringlich davor. Dann würden auch die getauften Juden deportiert, die man bis dahin verschont hatte. Der Erzbischof von Utrecht setzte dennoch bei seinen Amtsbrüdern einen Hirtenbrief gegen den Antisemitismus durch, der am 26. Juli 1942 von allen Kanzeln verlesen wurde. Fünf Tage später ließ der SD alle holländischen Katholiken jüdischer Abstammung deportieren. Prominentestes Opfer war die 1987 seliggesprochene Karmelitin Edith Stein.
- Wenn Kritiker heute bemängeln, die Bischöfe hätten keine scharfe Sprache gebraucht und auch nichts Konkretes über die Judenausrottung gesagt, muß man bedenken, daß mit bloßem Theaterdonner niemandem gedient war. Die Bischöfe wußten genauso wie die damaligen Machthaber, wer am längeren Hebel saß. Im Verborgenen konnte vielen geholfen

werden, und noch immer lebten in Deutschland eine Reihe von Nicht-Volljuden in relativer Sicherheit. Sollte man auch ihr Leben gefährden?

IX.

Der jüdische Historiker und Theologe Pinchas E. Lapide schreibt in seinem Buch „Rom und die Juden“.

„Die katholische Kirche ermöglichte unter dem Pontifikat von Pius XII. die Rettung von mindestens 700.000, wahrscheinlich aber sogar von 860.000 Juden vor dem gewissen Tod von den Händen des Nationalsozialismus ... Diese Zahlen ... übersteigen bei weitem die der von allen anderen Kirchen, religiösen Einrichtungen und Hilfsorganisationen zusammengenommen. Überdies stehen sie in auffallendem Kontrast zu dem unverzeihlichen Zögern und heuchlerischen Lippendienst von Organisationen außerhalb von Hitlers Einfluß, die zweifellos über weit größere Möglichkeiten verfügten, Juden zu retten, solange noch dazu Zeit war: das internationale Rote Kreuz und die westlichen Demokratien.“ (S. 188)

Und weiter heißt es bei Lapide, was genauso auf die damaligen deutschen Bischöfe zutrifft:

„Er (Pius) hat aber während des Krieges nie so völlig (noch in so erschreckender Weise) geschwiegen, wie heute viele von denen, die es besser gewußt haben müßten, deren Leben er retten half, deren Verwandte er aus Deutschland herauschmuggelte, deren Überleben er durch hundert geheime und kluge Täuschungsmanöver möglich machte. Hat Pius sich in seinen vielen Rundfunkappellen, Hirtenbriefen, Botschaften und Briefen an seine Bischöfe nicht klar gegen das Nazitum, nicht für gleiche Barmherzigkeit gegenüber allen Opfern der Verfolgung, zweifellos auch den Juden, ausgesprochen? Bedurften die Zehn Gebote und die Bergpredigt einer Wiederbestätigung durch den Papst? Hätten diese Neuheiden, die das Göttliche Gesetz und die grundlegenden Gebote Jesu schamlos mißachteten, etwa auf einen Appell aus Rom gehört? (Anmerkung des Verfassers: Im Gegensatz etwa zur Kernthese des „Stellvertreters“, Hitler habe vor Vernichtungen zurückgeschreckt, sobald hohe deutsche Kleriker massiv auftraten - gemeint ist die Predigt des Grafen von Galen gegen die Euthanasie - gingen die Morde an den Geisteskranken weiter, wenn auch dezentralisiert.)

*Und hätte Pius, bar jeglicher militärischer Macht, Hitler trotzen – und gleichzeitig weiter heimlich Juden retten können ...? Wenn Fairneß und historische Gerechtigkeit Grundpfeiler jüdischer Moral sind, dann ist Schweigen angesichts verleumderischer Angriffe auf einen Wohltäter ein Unrecht.“*¹⁰

Ein Volk von Verbrechern – Versagen der Kirche? Die Tatsache, daß praktisch jedermann, der damals lebte, von den Verbrechen der „Reichskristallnacht“ wußte, trug wesentlich zur These von der Kollektivschuld bei. Aber macht Wissen allein schon schuldig? Was kann eigentlich ein überzeugter Christ gegen den Massenmord an den Ungeborenen hierzulande tun?

X.

Hat sich unter der braunen Diktatur das Volk mit den Verbrechen der Nazis, soweit sie davon überhaupt Kenntnis hatten, identifiziert? Unbestreitbar wurden Tausende, oder wohl richtiger, Zehntausende, zu Verbrechern. Aber waren dies wirklich die Deutschen?

- Längst ist bekannt, daß allein in Berlin über 5.000 Juden illegal lebten, „daß Tausende von Berlinern dem Gebot der Menschlichkeit folgten und halfen, wo es ging.“ Der inzwischen verstorbene bekannte Showmaster Hans Rosenthal hat in seinem Buch „Zwei Leben in Deutschland“ mit großer Dankbarkeit das Andenken an Menschen wachgerufen, die ihm, dem Verfolgten, unter Lebensgefahr geholfen haben.¹¹
 - Der britische Geschäftsträger in Berlin schrieb am 16. November 1938: „Ich habe nicht einen einzigen Deutschen, gleich welcher Bevölkerungsschicht, angetroffen, der nicht in unterschiedlichem Maße zum mindesten mißbilligte, was geschehen ist. Aber ich fürchte, daß selbst die eindeutige Verurteilung von seiten erklärter Nationalsozialisten oder höheren Offizieren der Wehrmacht keinerlei Einfluß auf die Horde von Wahnsinnigen haben wird, die gegenwärtig Nazi-Deutschland beherrscht.“¹²
- Die Feststellung des britischen Diplomaten macht deutlich, daß guter Wille allein nicht genügte,

um Verfolgten zu helfen. Man mußte auch die konkrete Möglichkeit haben.

XI.

Ein Beispiel mag dies erhellen. 1933 wurde ein deutscher General nach Gleiwitz/OS versetzt. Obwohl er keineswegs Philosemit war, zog er in ein Haus, in dem auch Juden wohnten. Diese waren zu jener Zeit zwar noch nicht verfolgt, aber doch verfemt und so erblickten sie in diesem Schritt des Generals ein Zeichen der Solidarität. Die damaligen Machthaber verstanden dies auch so, und so erhielt der General eine denkbar schlechte Beurteilung durch die Partei. Beim Pogrom 1938 hatte dieser Offizier kein Truppenkommando. Aber dann kam das Jahr 1939. Der Dichter Peter Bamm schrieb hierüber:

„Im Herbst 1939 lag die 214. Infanteriedivision am Westwall zwischen Merzig und Dillingen. Für den 12. Dezember hatte der örtlich zuständige Kreisleiter der NSDAP für eine im Divisionsbereich gelegene Ortschaft „spontane Volkskundgebungen“ gegen die Juden befohlen. Der Kommandeur, Generalleutnant Groppe er war 1918 als Hauptmann und Bataillonskommandeur mit dem Orden Pour le merite ausgezeichnet worden -, erließ einen Divisionsbefehl, daß Ausschreitungen gegen die jüdische Bevölkerung, wenn nötig mit Waffengewalt zu verhindern seien. Über das Korps wurden die Vorgänge der I. Armee mitgeteilt. Der Oberbefehlshaber billigte die Maßnahmen der Division und befahl für den ganzen Armeebereich, Ausschreitungen gegen die Juden mit allen Mitteln zu verhindern. Der Oberbefehlshaber war der Generaloberst v. Witzleben. Groppe hat tapfer für Sitte, Recht und Menschenwürde gestritten.“¹³

- Dieser Vorgang hatte ein höchst aufschlußreiches Nachspiel. 1988 schrieb der Grazer Universitätsprofessor Ernst Topitsch anlässlich des 50. Jahrestages des Pogroms von 1938 einen Artikel „Ein General gab den Schießbefehl“. Er bot ihn der „Welt“ und dem „Rheinischen Merkur“ an, bei denen er damals eine ständige Gastkolumne hatte. Beide Zeitungen lehnten ab. Sie wollten so etwas nicht bringen. „Theologisches“ druckte ihn dann ab, aber natürlich hätte der Artikel in einer der beiden anderen Zeitungen einen weit größeren Leser-

kreis erreicht und deutlich gemacht, daß nicht alle Deutschen, auch nicht alle Soldaten zu jedem Befehl Ja und Amen sagten. Der „Zeitgeist“ duldet nicht, daß aus der dunkelsten Epoche Deutschlands Widerstand aus christlicher Verantwortung dokumentiert wird. Thomas Mann schreibt in seinem Buch „Betrachtungen eines Unpolitischen“:

„Die Tatsache besteht, daß die deutsche Selbstkritik bössartiger, radikaler, gehässiger ist als die jedes anderen Volkes ... eine zügellose Herabsetzung des eigenen Landes nebst inbrünstiger, kritikloser Verehrung anderer.“

XII.

Die Behandlung der Zeit des Nationalsozialismus trägt unverkennbar die Züge ignoranter Besserwisseri und schizophrener Moral. Bis jetzt vermochte noch kein selbsternannter Moralprediger schlüssig darzulegen, was denn „die Deutschen“ gegen den Massenmord hätten ausrichten können. Die einzigen, die hierzu imstande gewesen wären, lenkten ihre Bomberströme statt auf die Vernichtungsstätten ausschließlich auf andere Ziele, mit Vorliebe gegen die Zivilbevölkerung.

- Am 27. April 1987 brachte das III. Programm des Fernsehens in der Sendung „Ein einfacher Mensch“ die Geschichte des Juden Jakow Silberberg, der nach eigenem Geständnis Tausende von Juden in die Gaskammern getrieben hat. Dabei war ihm bekannt, daß die „Funktionshäftlinge“ stets selber vergast wurden, um lästige Zeugen loszuwerden. So war zweifelsohne auch für Jakow Silberberg der Tod beschlossene Sache, dem er nur durch Zufall entging. Niemand klagte ihn deswegen an, da er unter Zwang gehandelt habe. Und von „den Deutschen“, die selber nicht bedroht waren, erwartet man wie selbstverständlich, daß sie sich ohne Aussicht auf Erfolg für die Todgeweihten einsetzten? Dennoch gab es zahllose unbekannte Helden der Nächstenliebe, die ihr Leben für die Verfolgten wagten und nicht selten verloren.

- Pinchas E. Lapide gab der „Welt“ am 25.03.1986 ein Interview, dessen Kenntnis ein angemessenes

Wort zum 50. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz ermöglicht hätte:

„Wir haben in Deutschland 40 Jahre lang die Finsternis verflucht, die Leichenhaufen, die Massengräber und die Unmenschlichkeiten ...“ Aber hierbei kamen nach seinem Eingeständnis diejenigen zu kurz, die genau wußten, worauf sie sich einließen, wenn sie den Verfolgten halfen: *„Als Mitleid ein Verbrechen in Deutschland war und der Nächstenhaß zum Staatsgesetz erhoben wurde, gab es Tausende von Deutschen, die ihr Leben riskierten, um Juden zu retten. Wir waren Zeugen eines unglaublichen Nebeneinander von teuflischer Bosheit und unglaublicher Güte. Es ist an der Zeit, auch diese Helden endlich zu Wort kommen zu lassen, die das liefern können, was jede Jugend in allen Ländern und zu allen Zeiten will: Vorbilder zur Nachahmung und Leitbilder für eine bessere Zukunft. Von den vielen selbstlosen Helden, die verstreut uns gerettet haben, könnte eine neue deutsche Tradition geboren werden, die die Menschenwerte über alles auf der Welt stellt.“*

Anmerkungen:

- 1 Beilage zu Heft 4/67, Informationen für die Truppe, S. 44.
- 2 J. Bernd Witschier, Katholischer Widerstand, Defensio Verlag 1985, S. 133.
- 3 Ludwig Volk SJ, Der Bayerische Episkopat, Mainz 1965, S. 78.
- 4 Acta Apostolicae Sedis 1928, S. 103 f.
- 5 Arthur M. Morse, While Six Million Died, London 1968, S. 420.
- 6 Heinz Boberach, Berichte des SD und der Gestapo ... Mainz 1971, S. 274.
- 7 Johann Neuhäusler, Amboß und Hammer, München 1967, S. 86.
- 8 Born/Groppe, die Erzbischöfliche Hilfsstelle für nichtarische Katholiken in Wien, 1979 Wien passim.
- 9 Die Welt, 2.05.1987.
- 10 Auftrag, Dezember 1970, S. 22 f.
- 11 Hans Rosenthal, Zwei Leben in Deutschland, Bastei/Lübbe, Band 10, 170.
- 12 Hans Buchheim, Anatomie des SS-Staates, Olten 1965, S. 335.
- 13 Erich Schmitz, Erbe und Verpflichtung, Darmstadt 1959, S. 12. Pinchas E. Lapide, Rom und die Juden, Freiburg 1967.

Die Adresse des Autors:
P. Lothar Groppe S. J.,
Bombergallee 8, 31812 Bad Pyrmont

Gedanken zum Aufbau

Helmut Fettweis

Auftrag hat in seinem über 30-jährigen Bestehen (einschließlich der Königsteiner Offizierbriefe) mehr als einmal durch berufene Autoren nachgewiesen, daß der Sozialismus als Idee tot ist und als geübte Praxis die Menschen versklavt und die Ressourcen der Welt zum Schaden der Menschen ausbeutet und zerstört.

Allein die gigantischen Rüstungslasten waren ein Indiz für eine vernichtende Wirtschaftspolitik. Rohstoff und menschliche Arbeit sind in einem Rüstungsunternehmen vergeudet. Volkskraft, wenn die Streitkräfte nicht zur Verteidigung gegen einen potentiellen Gegner aufgebaut sind. Die Werte von Freiheit und Gerechtigkeit sind allein Garant eines menschenwürdigen Lebens in Frieden.

Unsere Artikel wurden teilweise belächelt, abgewertet und als Geschwätz unverbesserlicher „Kalter Krieger“ abgetan.

Keiner unserer Autoren und sachlich kundigen Informanten hat jedoch das wirkliche Ausmaß der menschenverachtenden sozialistischen Mißwirtschaft erkannt oder erkennen können.

Daß manche Politiker in der damaligen Bundesrepublik diese Fakten nicht erkennen - und es teilweise auch heute noch nicht wahrhaben wollen - ist leider auch eine Tatsache.

Die Gegebenheiten aber sprechen eine andere Sprache.

Als in diesen Tagen die „Treuhänd“ aufgelöst wurde, konnte noch einmal deutlich werden, welch gigantisches Ausmaß die wirtschaftliche Mißleistung in der ehemaligen DDR gehabt hat.

Das liegt nicht allein daran, daß z.B. die gestapelte Munitionsmenge, für den Monat im Schnitt mehr betrug als die Jahresmenge für alle in der damaligen Bundesrepublik stationierten Streitkräfte, einschließlich Bundeswehr. Es liegt im ganzen System.

Man kann nicht oft genug wiederholen, was Fritz Schenk in der Deutschen Tagespost vom 30./31. Dezember 1994 in anderem Zusammenhang sagte:

„So gut wie nichts, was wir nach der Wende vorgefunden hatten, war für eine moderne und leistungsfähige Wirtschaft brauchbar. Es kann daher

nicht oft genug wiederholt werden, daß es sich mit dem Zusammenbruch des Sozialismus um den schlimmsten allgemeinen Staatsbankrott gehandelt hat, den es je in Friedenszeiten in der bisherigen Weltgeschichte gegeben hat“.

Alle Beschönigungen, daß alles nur an den Unzulänglichkeiten Einzelner gescheitert sei und daß es einen „menschlichen Sozialismus“ gebe, der diese Fehler vermeiden werde, gehen an den Tatsachen vorbei.

Man muß sich vor Augen führen - und die Zahlen der Treuhänd sprechen eine deutliche Sprache -, daß die Bausubstanz fast aller Bauten in der ehemaligen DDR so heruntergewirtschaftet wurde, daß ein grundlegender Neuaufbau kaum zu vermeiden ist.

Von den Kombinat und volkseigenen Betrieben, wurden etwa 8000 an frühere Eigentümer zurückgegeben, aber 3500 mußten wegen völliger Unrentabilität geschlossen werden.

Für einen großen Teil der Unternehmen, die privatisiert werden konnten, haben die Erwerber eine Investition von 207 Milliarden DM zugesagt. Von 3,5 Millionen Industriearbeitsplätzen konnten nur 640.000 erhalten bleiben. Das lag u.a. an der völligen Überbesetzung mit Erwerbstätigen. Damit wurden die Produkte zu teuer und zum Teil waren die erzeugten Waren nicht wettbewerbsfähig auf dem Weltmarkt. Nach dem Wegbrechen des Ostmarktes gab es keine Käufer mehr für die Art und die Qualität der Erzeugnisse. Für die Sanierung der verbleibenden Arbeitsplätze gab die Treuhänd 154 Milliarden DM aus. Damit kostet jeder gerettete Arbeitsplatz im Durchschnitt 100.000,- DM.

Und das Defizit der Treuhänd, das sie ihrer Nachfolgeorganisation hinterlassen hat, beläuft sich auf 270 Milliarden Mark.

Nun muß man hier eines klar sagen. Diese Misere liegt nicht an den Werktätigen. Die Menschen in den neuen Bundesländern sind im Schnitt genauso tüchtig und arbeitsbereit wie hier im Westen.

Die Kameraden der Bundeswehr, die die Eingliederung von Soldaten und die Einheiten bzw. Dienststellen der ehemaligen NVA geleitet haben, be-

stätigen das immer wieder. Auch war teilweise die Ausbildung so gut, daß nach einer Schulung in moderner Fertigung wieder die Weltspitze erreicht werden konnte.

So ist offenbar, daß es am System liegt.

Es ist eigenartig, daß die letzte SED-Regierung unter Modrow von den verheerenden Folgen der Zwangswirtschaft gewußt haben muß, aber ohne daraus die notwendigen Folgerungen im ganzen Umfang zu ziehen. So ist die Einrichtung der Treuhänd am 1. März 1990 „zur Wahrung des Volkseigentums“ gegründet worden. Vierzehntausend Betriebe mit Millionen Werktätigen wurden ihrer Obhut unterstellt.

Der damaligen Regierung Modrow standen jedoch etliche Hindernisse im Wege. Man wollte einige Fakten einfach nicht wahrhaben. Zudem vertraute man auf den nicht erarbeiteten Kapitalzufluß aus der Bundesrepublik. Zwischen zwei bis drei Milliarden DM in Devisen flossen durch Zwangsumtausch, „humanitäre“ Maßnahmen sowie -legal und illegal - Geld - an Sachgeschenken in die Staatskasse.

Die einseitig auf die Bedürfnisse der Sowjetunion ausgerichtete Produktion brachte Rubel und Sachleistungen, die nun wegfielen.

Dennoch warnten Wirtschaftsexperten in der DDR bereits in den achtziger Jahren vor einem völligen Zusammenbruch der Wirtschaft, wenn größere Subventionen ausfallen würden.

Aber Honecker und sein Stab waren taub für alle Warnungen. Sie waren blind für die Realität.

Die Staatspleite war zum Greifen nah. Man berauschte sich als Ablenkung an vordergründigem Spektakel (Besuch in der Bundesrepublik, Aufnahme in die UNO etc.). Es trafen sich Ideologie, Selbstüberschätzung und Starrsinn zu einem unheilvollen Gemisch.

Die Ursachen lagen natürlich viel länger zurück.

Sie begannen mit der Diktatur unter Hitler und dem Aussterben bzw. Verjagen (oder auch Umbringen) aller Menschen, die noch eine Erfahrung in Demokratie hatten. Die von Moskau vorgegebene Struktur politischer und wirtschaftlicher Art wurde in keinem Oststaat so perfekt übernommen wie in der ehemaligen Sowjetzone. Teils aus eigenem Antrieb, aber auch gefangen in seiner Moskauer Schulung, wollte Ulbricht Vorreiter der soziali-

stischen Revolution werden. Er wußte, daß er dieses Ziel nur im Gleichschritt mit der SU erreichen und erhalten konnte. Deshalb versuchte er die Gleichschaltung dadurch zu erreichen, daß er die Intelligenz und die gute Ausbildung der Bevölkerung zu einer gigantischen Umstrukturierung Mitteleuropas ausnutzte unter der Devise immer noch etwas besser zu sein als die „Ziehmutter“ (besser Stiefvater) in Moskau. Aus einem Land, das berühmt für seine mittelständische Struktur und die Erzeugung von hochwertigen Konsumgütern war, machte er ein Gebiet für Schwermaschinen- und Großanlagenbau.

Die geringen Ansätze von leichtem Maschinen- und Gerätebau, benutzte er, um Stahlindustrie und Eisenerzeugung zu entwickeln. Politische Motive waren der Anlaß für diesen Umbau und für den Raubbau, der mit den schmalen Ressourcen der Landschaft getrieben wurde.

Daß die Regierung der damaligen DDR – hinzu kamen die volkswirtschaftlich unproduktiven Ausgaben für eine übersteigerte Rüstung – dafür die Quittung bekommen mußte, wollte man nicht sehen.

So sank das Leistungsniveau pro Einwohner auf ein Viertel des Westdeutschen.

Eklatant wurde die Lage dann, als der geschützte Wirtschaftsraum mit der SU und den Oststaaten in verhältnismäßig kurzer Zeit – also ohne kontinuierlichen Übergang – wegbrach.

Wie wenig die damalige Führung – auch 1990 noch – an Einsicht aufbrachte, ist daraus zu erkennen, daß Modrow glaubte, mit einem Sonderkredit von 15 Milliarden DM den „Laden“ wieder flott machen zu können. Wenn man diese Summe mit den oben erwähnten tatsächlichen Summen vergleicht, wird einsichtig, daß hier Uneinsichtigkeit oder/und ideologische Verblendung zu solchen Ansinnen geführt haben. Allerdings könnte es auch bewußte, arglistige Täuschung nach altem kommunistischem Muster gewesen sein.

Erwähnt werden muß in diesem Zusammenhang, daß allein die Devisen-Auslandsverschuldung der ehemaligen DDR ein Mehrfaches der vorher erwähnten Summe betrug. Und das konnten die Regierenden sehr wohl wissen.

Wenn aber eine Entwicklung eingetreten wäre, wie sie Modrow vorschwebte, wäre die Bevölkerung der Leidtragende gewesen. Eine inner-

staatliche Währungsreform hätte alle Alt-Sparguthaben der Bevölkerung der ehemaligen DDR auflösen müssen. Und nicht verschont geblieben wären ganze Strecken des dortigen recht schmalen sozialen Systems.

Dennoch wäre die Last für den Einzelnen und für die Gesamtheit nicht gemindert worden, denn die Mittel zu einem Neuanfang hatten gefehlt.

Nun haben wir mit immensen Zuschüssen – die sozialen Leistungen sind hier noch garnicht erwähnt – eine marode Wirtschaft, auch unter vielen Opfern der Bevölkerung der ehemaligen Bundesrepublik, wieder leidlich in Gang gebracht. Ein gutes Wachstum von 8 bis 9 % liegt im Trend.

Wenn es bei uns in den ehemaligen Bundesländern auf 2–2,5 % kommt, dann ist das eine hervorragende Leistung. Aber wir müssen uns noch eine Zeitlang nach der Decke strecken. Werden zusätzlich dann auch mentale Mißverständnisse zwischen Ost und West abgebaut, dann könnte uns gelingen, daß wir um die Jahrtausendwende ein blühendes, einiges und geeintes Vaterland, unser Deutschland, erleben werden.

Gelingt es uns außerdem noch, mit allen Anrainern freundschaftliche Verhältnisse zu festigen, kann Deutschland ein Motor für eine friedliche europäische Einigung sein.

Fronleichnam

15. Juni 1995

GKS und PGR - Köln laden ein:

zur Feier der Heiligen Messe vor dem Kölner Dom mit anschließender Prozession durch die Innenstadt.

Gegen 8.45 Uhr treffen sich die Soldaten in Uniform (Kleiner Dienstanzug, je nach Witterung ggf. mit Mantel) mit Ihren Familienangehörigen vor dem Altar auf dem Roncalli - Platz. Ebenso sind Freunde der Militärseelsorge und ehemalige Soldaten und Ihre Angehörigen herzlich willkommen !

Nach dem Abschlußgottesdienst im Dom ist ein Imbiss mit den Maltesern vorgesehen.

Danach wollen wir gemeinsam den Kölner Dom vom Rhein aus betrachten. Hier ist es freigestellt, die angebotene Schiffstour in Zivilkleidung wahrzunehmen.

Bitte nehmen Sie dies in Ihre persönliche Planung auf.

Unkostenbeitrag pro Erwachsener: 10,00 DM - Kinder: frei !

Damit wir rechtzeitig planen und buchen können, bitten wir um umgehende verbindliche Anmeldung an das Büro des Katholischen Standortpfarrers Köln.

Es freut sich auf den gemeinsamen Tag

Ihr 

Name:

Anschrift:

Anmeldung

Hiermit melde(n) ich/wir mich/uns mit Personen für die Veranstaltung am 15. Juni 1995 verbindlich an.

An der Schiffstour nehme ich/wir mit Erw. und Kinder(n) teil.

Unterschrift

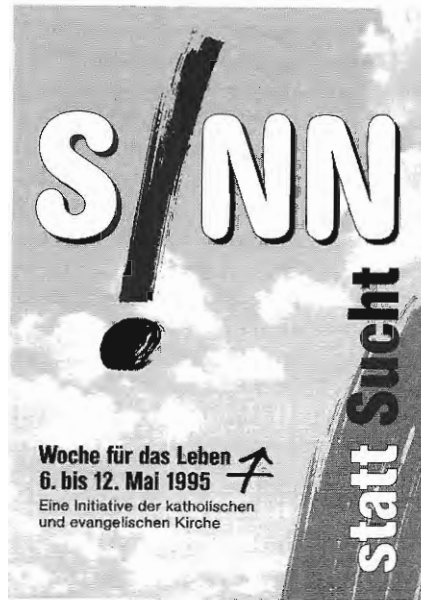
KURZ NOTIERT

WOCHE FÜR DAS LEBEN 1995: Sinn statt Sucht

1995 geht es um die Gefährdung des menschlichen Lebens durch die vielfältigen Formen von Suchtverhalten. Dieses Problem ist den meisten Menschen in unserem Land durchaus bekannt, wird aber vielfach verdrängt und tabuisiert.

„Sucht? Was hab' ich damit zu tun?“ Diese Einstellung gibt eine weitverbreitete Haltung in Staat, Kirche und Gesellschaft wieder.

Ein Arbeitsheft mit Grundsatzbeiträgen, mit praktischen und liturgischen Anregungen sowie Motiv- und Ankündigungsplakate, Faltblatt und Ausschneidebogen sind bei den bischöflichen Generalvikariaten/Ordinariaten aller deutschen Diözesen, beim Caritasverband und auch bei den Militärfarrern beider Konfessionen erhältlich. (PS nach DBK)



AUS GKS UND MILITÄRSEELSORGE

Verantwortung für ein soziales Miteinander**GKS soll sich am Konsultationsprozeß beteiligen**

Mit dem Rundbrief 3/95 vom 16. März 1995 fordert der Bundesvorsitzende der GKS, Oberst i.G. Jürgen Bringmann, die Gemeinschaft auf, sich mit der Diskussionsgrundlage „Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland“ zu befassen, welche die Deutsche Bischofskonferenz (DBK) und der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) gemeinsam herausgegeben haben. Aus den Ergebnissen der Diskussion über dieses Papier soll sich später ein gemeinsames Wort der Kirchen zu diesem Thema ergeben.

Initiatoren und Träger des Konsultationsprozesses sind der Rat der EKD und die DBK, die aus ihrer Verantwortung für das vorgesehene Wort um Unterstützung bei seiner Vorbereitung bitten. Zur organisatorischen Betreuung und Begleitung des Konsultationsprozesses und zur Zusammenführung und Auswertung der

Ergebnisse ist ein Koordinierungsgremium gebildet worden, das den Konsultationsprozeß koordiniert.

Darüber hinaus haben die beiden Kirchen je ein zentrales Institut als Clearingstelle mit der Steuerung des Informationsflusses betraut. Die Institute sammeln als zentrale Anlaufstellen alle einschlägigen Materialien und Informationen im Verlauf des Konsultationsprozesses und halten sie (über eine Mailbox) abrufbereit vor. Es sind dies das Katholisch-Soziale Institut der Erzdiözese Köln (KSI) in Bad Honnef (Tel.: 02224/2680 oder 2815) und das Sozialwissenschaftliche Institut der Evangelischen Kirche in Deutschland (SWI) in Bochum (Tel.: 0234/702092/3). Wer sich an dem Konsultationsprozeß beteiligen möchte, kann sich an die beiden Institute wenden und von dort Informationen und Materialien beziehen.

Auch die GKS ist – so der Bundesvorsitzende – aufgefordert, sich an dieser Diskussion zu beteiligen. Dies kann zum ganzen Papier, aber auch zu Ein-

PERSONALIA

Neuer Geistlicher Assistent des ZdK

Die Vollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz (DBK) hat Weihbischof Leo Schwarz, Trier, zum neuen Geistlichen Assistenten des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) ernannt. Er tritt dieses Amt in der Nachfolge des im Januar 1994 verstorbenen Bischofs Dr. Klaus Hemmerle an.

Die Präsidentin des ZdK, Rita Waschbüsch, begrüßte Weihbischof Leo Schwarz in seiner neuen Aufgabe. Sie dankte ihm für die Bereitschaft, dieses Amt zu übernehmen und betonte, daß sie sich auf eine gute und fruchtbare Zusammenarbeit in Kirche und Gesellschaft freue. Der DBK und vor allem deren Vorsitzenden, Bischof Dr. Karl Lehmann, sprach die Präsidentin des ZdK ausdrücklich ihren Dank für die Entscheidung aus. (PS)

Mainzer Priester neuer Militärgeneralvikar

Der Caritasdirektor der Diözese Mainz, Msgr. Jürgen Nabbeffeld (46), soll zum 1. Juli 1995 neuer MGv und Leiter des Katholischen Militärbischofsamtes in Bonn werden. Er löst MGv Prälat Dr. Ernst Niermann (65) ab, der am 30.06.95 in den Ruhestand tritt ab. Nabbeffeld war von 1981 bis 1987 als Militärfarrer im Standort Gießen tätig. (nach NIMM vom 06.04.95)

zelaspekten geschehen. Das gesamte Diskussionspapier „Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland“ ist über den katholischen Standortpfarrer zu erhalten.

Der Bundesvors. bittet in seinem Rundbrief die Kreise und (Wehr-)Bereiche, auch ihre Auffassung in diesen Meinungsbildungsprozeß der Kirchen in Deutschland einzubringen. Die Ergebnisse des Nachdenkens können direkt an die im Papier genannten Ansprechstellen oder – wenn sie vor Beginn der Sommerpause vorliegen – zur Bündelung auch an den Bundesgeschäftsführer der GKS gesandt werden. (PS)

AUS DEN SACHAUSSCHÜSSEN DER GKS

„Am besten sollte man für ein paar Jahre die Begriffe Ost – West streichen“

Die Sachausschüsse „Sicherheit und Frieden“ / „Innere Führung“ auf Informationsreise in Sachsen-Anhalt

Klaus Brandt

Zum fünften Male seit 1990 haben sich die Sachausschüsse „Sicherheit und Frieden“ sowie „Innere Führung“ in einem neuen Bundesland über die Probleme im Zusammenhang mit der deutschen Wiedervereinigung informiert.

Nach zwei Besuchen in Dresden (Sachsen), Erfurt (Thüringen), Schwerin (Mecklenburg-Vorpommern) war vom 9.–11. März 1995 die sachsen-anhaltinische Landeshauptstadt Magdeburg und ihre Umgebung Reiseziel. Petrus half mit strahlendblauem Vorfrühlingswetter, daß Sachsen-Anhalt (S-A) und seine Metropole sich in einem möglichst günstigen Licht zeigen konnten. Auch blühende Forsythien, Osterglocken und andere Frühlingsblumen, dazu Sträucher im zarten Grün der aufgebrochenen Blattknospen ließen manchen tristen Anblick milder erscheinen.

Das Bundesland Sachsen-Anhalt

S-A gliedert sich in fünf Regionen:

- die Altmark, sie ist die Wiege Preußens, wo die Hohenzollern residierten. Viele Bauten in Backsteinromanik und -gotik schmücken diese Gegend;
- das Gebiet Magdeburg-Elbe-Börde-Heide; inmitten der fruchtbaren Börde mit ihrer 6.000-jährigen Ackerbaugeschichte liegt an der von Auen gesäumten Elbe, der steinerne Kalender deutscher Geschichte – die Landeshauptstadt Magdeburg. Hart nördlich der Autobahn A2 bei Magdeburg erstreckt sich die Colbitz-Letzlinger-Heide, mit einem derzeit umstrittenen Truppenübungsplatz.
- der Harz, ein Mittelgebirge voller Naturschönheit, Legenden und reich an Brauchtum sowie mit vielen romantischen Fachwerkstädten;

Der gotische Magdeburger Dom (1207–1520 erbaut) von der Elbseite her gesehen

- die Region Anhalt-Wittenberg, dieser Landstrich schließt auch Namen wie Luther, Philipp Melancthon, Lukas Cranach, Thomas Müntzer, das Bauhaus in Dessau und das Wörlitzer Gartenreich ein.
- die Landschaft um Halle-Saale-Unstrut ist mit Wein wie mit Burgen gesegnet, diese Region ist aber auch die Heimat der Komponisten Georg Friedrich Händel und Heinrich Schütz.

Das Land S-A ist ein junges staatliches Gebilde, das im wesentlichen aus der preußischen Provinz Sachsen sowie dem ehemaligen Fürstentum Anhalt als Provinz Sachsen-Anhalt hervorgegangen ist. 1947 entsteht das Land S-A nach der Auflösung Preußens und existiert bis zur Abschaffung der Länder 1952 durch die damalige DDR-Führung. Bis dahin residierte der Landtag in Halle im Stadtschützenhaus. Nach der friedlichen Revolution im Herbst 1989 entstand S-A am 03.10.1990 neu. Der Landtag hat seit 17.01.1991 seinen Sitz in Magdeburg, Domplatz 6/7.

Wenn auch der Staat jung ist, so spielte die Region mit Magdeburg bereits vor 1.000 Jahren in Europa eine internationale Rolle. Von hier ging die Christianisierung der Slawen aus. Klöster, Dome und Burgen erbaut zur Ehre Gottes und zur Festigung wie Ausdehnung der weltlichen Macht zeugen davon und überdauern die Jahrhunderte.



Magdeburg

In Magdeburg, bereits 805 als Grenzhandelsplatz urkundlich erwähnt und spätere Hansestadt, erinnert der Dom an die größte Zeit der Stadt. Er steht an der Stelle des 937 von Kaiser Otto I. zu Ehren des Hl. Mauritius errichteten Kloster. Dessen Vorgängerbau wurde am Karfreitag des Jahres 1207 ein Opfer der Flammen. Erzbischof Albrecht II. ließ zwei Jahre später den Dom neu bauen, wobei die Krypta und andere Teile des ottonischen, romanischen Baus mit einbezogen wurden.

Der neue, heute evangelische Dom St. Mauritius und Katharina ist die erste gotische Kathedrale auf deutschem Boden nach französischem Vorbild, indem auch Kaiser Otto I. (der Große) mit seiner Frau Editha ihre letzte Ruhe fanden.

Nahezu unverändert bietet sich das nördlich vom Dom hinter dem Landtag gelegene romanische Kloster

„Unserer lieben Frauen“ mit seiner im elften Jahrhundert begonnenen Kirche dar. Es war die Ausgangsbasis für die friedliche Christianisierung der Slawen durch die Prämonstratenser. Das Kloster beherbergt heute – nach Beseitigung der Kriegsschäden – einen Konzertsaal, nach dem Magdeburger Komponisten Georg Philipp Telemann benannt, sowie ein Museum. Weitere wichtige romanische Zeugnisse sind die Kirchen St. Petri und die Bischofskirche St. Sebastian.

Auf dem Alter Markt erinnern zwei Plastiken an Kaiser Otto I. (Magdeburger Reiter) und an den großen Physiker Otto von Guericke, der auch 40 Jahr lang Bürgermeister der Stadt war. Der Widerstandskämpfer gegen Hitler, Oberst i.G. Henning von Tresckow, war hier ebenfalls zu Hause. Magdeburg galt als die größte Festung des Königreichs Preußen in Richtung Westen, in der auch der deutsch-amerikanische General Friedrich Wilhelm von Steuben diente. Er ging mit 47 Jahren nach Nordamerika, organisierte die amerikanische Armee und kämpfte mit ihr erfolgreich gegen die Briten.

Die Stadt wurde im 30-jährigen Krieg bei einem Angriff der kaiserlichen Truppen unter Tilly und Pappenheim am 10. Mai 1631 durch einen verheerenden Brand zerstört. Am 16. Januar 1945 vernichtete ein alliierter Bombenangriff erneut einen Großteil der Innenstadt. Der Wiederaufbau im Sozialismus ging langsam voran und orientierte sich an den damaligen ideologisch bedingten Vorstellungen. Dabei fügten sich die in den fünfziger Jahren erstellten Gebäude im „Zuckerbäckerstil“ heute besser ins Stadtbild, als die später errichteten Plattenbauten. Insgesamt gesehen muß man erfreulich feststellen, daß inzwischen deutlich sichtbar soviel neugebaut, renoviert und saniert wurde, daß die schlechte Bausubstanz gegenüber vergleichbaren Städten im Norden, Westen oder Süden Deutschland nicht mehr so kraß ins Auge sticht wie noch vor zwei oder drei Jahren. Aber gerade bei Wohngebäuden sind leider die Sünden der sozialistischen Vergangenheit immer noch zu erkennen.

Der Programmverlauf

1. Das VBK 82

Erster Anlaufpunkt nach einer fast siebenstündigen Busreise war das im Westen von Magdeburg gelegene Verteidigungsbezirkskommando (VBK)

82. Sein Kommandeur, Oberst Manfred Blume, gab nach der Begrüßung einen kurzen historischen Überblick zur Stadt. Sein Stellvertreter und S3-StOffz, Oberstleutnant Schwerdtfeger, führte dann in die geographischen Gegebenheiten des Kommandobereichs ein.

Dieser hat eine Ausdehnung von N-S von 140 km und in O-W-Richtung von 90 km mit einer Bevölkerungsdichte von ca. 150 Einwohnern/km². Das VBK ist deckungsgleich mit dem etwa 11.000 km² großen Regierungsbezirk Magdeburg. Über die Elbe führen im Kommandobereich nur sechs Straßenübergänge. Zwei Wasserstraßen, die Elbe und der Mittel-/Elbe-Havel-Kanal durchziehen das VBK-Gebiet in Nord-Süd- bzw. West-Ost-Richtung.

Major Einsel als weiterer S3-StOffz erläuterte die militärische Seite des VBK. Es verfügt über acht Standorte mit drei Truppenteilen und zehn Dienststellen. Burg, nordostwärts von Magdeburg am Elbe-Havel-Kanal, ist der größte Standort mit fast 2.000 Soldaten. Die Gesamtstärke im VBK beläuft sich auf 2.900 Soldaten und 700 zivile Mitarbeiter (ohne das Truppenübungsplatzpersonal). Im VBK-Bereich liegen der Truppenübungsplatz (TrÜbPl) Magdeburg (Colbitz-Letzlinger-Heide) mit ca. 23.000 ha etwas kleiner als der TrÜbPl Bergen-Hohne, der ehemalige NVA-TrÜbPl Kletitz mit 9.200 ha einschließlich einem Sonder-ÜbPl für Pioniere zum Üben von Gewässerübergängen und der 1995 hundert Jahre alte TrÜbPl Altengrabow mit 9.600 ha. Das Kommando ist auch zuständig für Reservistenangelegenheiten. Hierzu wird eine verteidigungspolitische Ausbildung für freiwillige Reservisten als Multiplikator angeboten. Z.Z. gibt es neun Reservistenkameradschaften mit 48 ehemaligen Bundeswehrsoldaten und 140 Fördermitgliedern (meist ehemalige NVA-Soldaten).

Der PiStOffz Hptm Bossert berichtete über die Minenräumarbeiten entlang der ehemaligen Innerdeutschen Grenze, die noch weiter fortgesetzt werden müssen, weil immer wieder Minen in bereits „minenfreien“ Geländeteilen gefunden werden.

Oberleutnant Haack, zuständig für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und Jugendoffizier, wies auf das große Interesse an der Bundeswehr und an verteidigungspolitischen Fragen in Schulen sowie in der Öffentlichkeit hin. Zum Problem der Nutzung der

Colbitz-Letzlinger-Heide als TrÜbPl im Gegensatz zu Vorstellungen von politischen Kreisen, die eine touristische Erschließung des ehemaligen Schießplatzes der Firma Gruson und späteren sowjetischen bzw. russischen ÜbPl wünschen, hieß es, daß nicht immer diplomatisch geschickt argumentiert worden wäre. So seien keine Gefechtsschießbahnen vorgesehen, sondern eine wesentlich umweltverträglichere Simulationsanlage für Gefechtsübungen. Inzwischen seien die meisten Verhandlungspartner kompromißbereit, wurde erklärt.

Berichtet wurde auch über die Aktivitäten des VBK im Zusammenhang mit dem Abzug der WGT aus S-A nach Rußland. Dabei sei es darauf angekommen, den Russen in der Alltagsarbeit mit kleinen, aber zielgerichteten Schritten zu verdeutlichen, daß die WGT keine Besatzungsrechte mehr, sondern nur noch befristete Gastrechte in einem souveränen Rechtsstaat besaß. Diese Aufgabe wurde allerdings durch das von zunehmender Ungewißheit über die Zukunft angeschlagene Selbstbewußtsein der WGT-Angehörigen erleichtert. Von den mit dieser Ungewißheit verbundenen militärischen, politischen, wirtschaftlichen und persönlichen Problemen blieb nach Ansicht des VBK kein Angehöriger der WGT verschont.

Mit einer Ausstellung nach dem Abzug gefundener sowjetischer/russischer „Überbleibsel“ einschließlich einer geheim eingestufteten Originallagekarte für eine Stabsrahmenübung auf höchster Ebene, die nach der Übung hätte vernichtet werden sollen, schloß das Briefing beim VBK. Aus der Karte gehen die Ziele der Armeen an der Nordseeküste Belgiens, der Niederlande und Niedersachsens genauso hervor, wie die geplanten A-Waffen-Schläge, Haupt- und Nebenstoßrichtungen – Hamburg wurde dabei umgangen – sowie die Truppeneinteilungen.

2. Landtagbesuch und Politikergespräch

Als nächstes stand ein Besuch im Landtag S-A's, am Domplatz, auf dem Programm. Die heutige Bebauung des Platzes geht auf einen Entwurf des „Alten Dessauers“ – Fürst Leopold von Anhalt-Dessau – zurück. Von dieser Gestaltung sind heute an der Ostflanke des Domplatzes die Häuser Nr. 2–5 – Sitz der Regierung – und an der Nordflanke die Nr. 7–9 erhalten geblieben. Sie alle bilden stilistisch ein Barock-

Ensemble, dem entsprechend das nach dem Zweiten Weltkrieg in den fünfziger Jahren angebaute Haus Nr. 6 angeglichen wurde. Die Südseite des Domplatzes füllt der Magdeburger Dom während die Westseite von einem Wohngebäude im Plattenbaustil „gekrönt“ ist.

Da am Besuchstag die Abstimmung über den Landeshaushalt der Minderheitsregierung aus Sozialdemokraten und Bündnis 90/DIE GRÜNEN von Ministerpräsident Dr. Rainer Höppner lief, verzögerte sich das vorgesehene Politikergespräch. Die Zeit wurde auf der Besuchertribüne des Plenarsaals überbrückt, wo die spannende z.T. namentliche Stimmabgabe zu den einzelnen Haushaltsbeschlüssen verfolgt werden konnte. Die Frage war, ob es der CDU-Position gelingen könnte, im Zuge der Haushaltsabstimmungen die Regierung zu stürzen, was jedoch nicht erfolgte.

Gegen 19.00 Uhr standen dann die Abgeordneten Norbert Bischof, SPD (ev, Dipl.-Theol.), Detlef Gürth, CDU (ev, Kaufm), Karsten Knolle, CDU (ev., Journalist), Dr. Wolfgang Süß, PDS (konfessionslos, Dipl.-Ing. für Metallhüttenkunde) und Tilman Tögel, SPD (ev., Elektromeister) zur Aussprache bereit. Zunächst stellte sich jeder Abgeordnete kurz vor und nannte seine politischen Schwerpunkte. Anschließend wurde auf Fragen abwechselnd geantwortet.

Dabei ging es um die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Umstellung der ehemals zentral gelenkten Planwirtschaft auf die soziale Marktwirtschaft und mit dem vollständig anderen Rechtssystem. Die Abgeordneten äußerten, daß die Menschen mit der Freiheit erst umgehen lernen müßten und möglichst schnell die Lebensbedingungen in der alten Bundesrepublik erreichen wollten. Dabei werde auch meist emotional argumentiert, wenn auch vom Verstand her eine andere Sicht der Dinge angebracht wäre – allerdings sei dies auch menschlich verständlich. Gegenüber anderen ehemaligen kommunistischen Staaten Osteuropas sei die Situation auch deswegen anders, weil diese Bevölkerungen innerhalb ihrer Grenzen überall die gleichen Lebensumstände vorfinden – im Gegensatz zum Deutschland von heute. Insgesamt verlief die Aussprache trotz der unterschiedlichen Parteizugehörigkeiten ohne Polemik und sehr sachlich. Dies gilt auch für den PDS-Vertreter, dessen Ausführungen den Bezug zu eigenen praktischen

Erfahrungen deutlich erkennen ließen. Gegen 21.00 Uhr verließ die Reisegruppe den Landtag und fuhr zum Hotel (Plattenbauweise, einfacher Standard).

3. Besuch beim Bischof

Am Vormittag des 10. März stand ein Treffen mit dem Bischof von Magdeburg, Leo Nowak an. Das Bistum wurde am 08.07.94 durch den Hl. Stuhl wiedererrichtet und Nowak von Johannes Paul II. zum Bischof der Diözese ernannt. Zuvor war Magdeburg von 968 bis 1561 (Reformation) Erzbistum gewesen. Nowak (66) ist gebürtiger Magdeburger, studierte Theologie und Philosophie in Paderborn und Erfurt. Seine Vikar- und Pfarrzeit erlebte er zwanzig Jahre lang in verschiedenen Magdeburger Kirchengemeinden. Seit 1990 war er Bischof und apostolischer Administrator in der Stadt an der Elbe.

Nach der Begrüßung stellte BrigGen Friedhelm Koch kurz die GKS vor und erläuterte den Zweck des Besuches.

Bischof Nowak wies anschließend darauf hin, daß S-A aus kirchengeschichtlicher Sicht eine erstaunliche Region sei, die viele Klöster zwischen Elbe und Harz aufweise. Die Diözese sei der Fläche nach das viertgrößte Bistum in Deutschland (ca. 23.000 km²) mit ca. 180.000 Katholiken. Der Anteil katholischer Christen an der Bevölkerung betrage ca. 3–5 Prozent. Ungefähr 90 Prozent der Menschen in S-A seien ungetauft, damit liege das Land mit Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg in Europa an der Spitze. Er bedauerte, daß diese Situation nicht immer Verständnis finde, und verwies auf ihre Auswirkungen hinsichtlich des Religionsunterrichtes. Die Lage sei aber auch als Chance zu betrachten. Im Lebenskundlichen Unterricht der Bundeswehr sieht er eine Möglichkeit, die jungen Menschen mit der christlichen Ethik bekannt zu machen. Um die Einstellung der Bevölkerung zu charakterisieren, zitierte er einen Spruch: „Ik globe, wenn ik überhaupt etwas globe, daß ein Pfund Schweinefleisch eine gute Erbsensuppe gibt.“

Die Diözese verfügt über 13 Dekanate mit 170 Priestern bei ca. 200 Seelsorgestellen. Hauptaufgabe sei die Glaubensverkündigung unter dem Aspekt, wie man das unter den gegebenen Umständen bewerkstelligen könne. Nowak machte darauf aufmerksam, daß die Entchristianisierung schon vor den Nazis begann, so daß sie jetzt bereits mehrere Generationen umfaßt! Der Atheismus als Tradition ist für die Kirche sehr schwerwiegend. Da S-A das Mutterland der Reforma-



Der Magdeburger Bischof Leo Nowak beim Gespräch mit Vertretern der GKS (Foto: K. Brandt)

tion ist, ziehe es die Bewohner bei Glaubensfragen untergründig zum Protestantismus hin. Die Jugendweihe habe in den allerwenigsten Fällen etwas mit Ideologie zu tun, sondern bedeute einfach einen Lebensabschnitt. Es komme jetzt darauf an, daß man auf die Andersdenkenden zugehe. Zur evangelischen Kirche bestehe auch hinsichtlich des gemeinsamen Anliegens der Glaubensverkündigung ein gutes Verhältnis. Seit der Wende gäbe es 50 Prozent weniger Geburten, damit auch weniger Taufen, wenn es auch zur Taufe einiger älterer Kinder komme.

Vor der politischen Wende war die katholische Kirche ein Hort der Sammlung. Man konnte sich über alles unterhalten, ohne einander zu mißtrauen, da der Staat der Gegner war. Eine Stasi-Verstrickung (Vertrauensbruch)

war selten. Allerdings muß sie noch genau untersucht werden, wogegen sich aber die Gemeinden wehren. Von Nachteil war, daß die katholische Kirche in einer Gettosituation lebte. Der Staat konnte sich die schulische Erziehung ohne Widerstand der Eltern aneignen. Es gab keine Stellungnahmen zu politischen Fragen, auch die „Behörden waren nicht für uns, sondern wir für sie da“ (keine eigene Meinung, fehlende Zivilcourage). Die Wende sei mit großer Freude angenommen worden, ohne zu wissen, „wie kalt das Wasser ist, und daß man schwimmen können muß.“ Die PDS sei dazu eine Retourkutsche, da sich die Menschen durch die neue Gesellschaft entwurzelt fühlten und sich nicht zurecht fänden. Sie wollten aber auch die DDR nicht wiederhaben. Aus dem „Stallgeruch“ (Heimatgefühl) kämen deswegen die PDS-Wähler hervor.

Aufgrund der Diasporasituation gehe es hier in den Gemeinden menschlicher zu, sagte der Bischof, aber Frage sei, ob sich das halten lasse. Da die Gemeinde als Raum der Begegnung an Bedeutung verliere.

Zur Militärseelsorge erklärte Nowak, daß sie in seinem Bereich Neuland sei. In diesem Zusammenhang



Kaiser Otto der Große und seine Frau Editha, Skulptur im Magdeburger Dom (Foto: K. Brandt)

wies Militärdekan Heinrich Hecker darauf hin, daß die Aussage der Bundeswehrführung „West- und Ostsoldaten seien nicht mehr zu unterscheiden“ vom äußeren Schein vielleicht richtig sei. Es treffe aber nicht auf die Menschen zu, weil diese anders fühlten und dächten. Hier sei es Aufgabe der Inneren Führung, den Menschen gerecht zu werden.

Dem Besuch beim Bischof schloß sich eine interessante und sachkundige Stadtführung mit einer Berliner an, die ihre Herz an Magdeburg verloren hat.

4. Rückreise

Die Rückreise am 11. 03. führte zunächst nach Quedlinburg. In dieser am 24. März 1995 offiziell in die UNESCO-Liste des Weltkultur- und Naturerbes aufgenommene Stadt mit ihren 1.600 Fachwerkbauten aus sechs Jahrhunderten stand die Besichtigung der romanischen Stiftskirche St. Servatius auf dem Burgberg im Programm. Von hier ging es weiter über das Benediktinerkloster Huysburg nordwestlich von Halberstadt, durch typische Harzdörfer nach Wernigerode und zurück nach Bonn.

Eine persönliche Erkenntnis zum Thema der inneren Einheit der Menschen in Deutschland vermittelte mir ein Taxifahrer in Magdeburg. „Am besten sollte man für ein paar Jahre die Begriffe Ost-West streichen, um die Trennungslinie zu überwinden.“

„RENOVABIS im zweiten Jahr – ein informativer Rück- und Ausblick“

RENOVABIS-Partnerschaftstreffen in Freising am 2./3. Dezember 1994

Peter Weber

Die Partnerschaftstreffen von RENOVABIS sind Foren der Begegnung und des Austausches. Über 180 Teilnehmer – fast doppelt so viele wie beim ersten Treffen 1993 – trafen sich im Dezember 1994 für zwei Tage im Freisinger Kardinal-Döpfner-Haus. Als Vertreter des Projekts „Nachbarschaftshilfe“ der Zentralen Versammlung organisierter Laien in der katholischen Militärseelsorge nahm Hauptfeldwebel Peter Weber an diesem Treffen teil. Nachfolgend sein Bericht:

Am Anfang des Treffens gab der Geschäftsführer des neuen Hilfswerkes der deutschen Katholiken, Pater Eugen Hillengass SJ, viele Informationen zu RENOVABIS. Das Werk versteht sich nicht als eine Organisation, die nur Geld einsammelt und verteilt. RENOVABIS will vielmehr in den partnerschaftlichen Dialog mit

den Menschen in den Empfängerländern treten. Dabei verfolgt RENOVABIS drei Grundgedanken:

- zuhören,
- voneinander lernen,
- miteinander teilen.

Nach diesen einleitenden Gedanken wurde die Arbeit von RENOVABIS vorgestellt. In dem Jahr 1993/94

wurden 1.200 Projekte bearbeitet. Davon hatten sich 600 Projektpartner direkt an RENOVABIS gewandt, während 600 Projekte vom Europäischen Hilfsfonds (EHF) übernommen wurden. Von den 1.200 an RENOVABIS herangetragenen Projekten wurden 500 bewilligt und bereits 100 Projekte vollständig abgewickelt, 500 Projekte wurden von RENOVABIS abgelehnt, während 200 Projekte noch geprüft werden.

Statistisches zu den Projekten:

Durchschnittlich 97.000 DM wurden pro Projekt bereitgestellt; 43 % der Mittel entfielen auf pastorale Projekte, 57 % der Mittel wurden für sozial-

caritative Projekte eingesetzt. In den geographisch nahen Gebieten ist die Wirtschaftskraft um 3 – 10 % gestiegen, während sie in den weiter entfernten Gebieten/Ländern um 20 - 45 % gesunken ist. Daraus resultiert die Verteilung der Mittel nach Gebieten:

- 50 % nach GUS und Rumänien,
- 30 % Mitteleuropa,
- 12 % in die übrigen Ländern und Ex-Jugoslawien,
- 8 % wurden für Länder- und Studienaustauschprogramme eingesetzt.

Bisher konnte RENOVABIS 30 Projekte an Partner vermitteln. Rund 400 Projekte wurden ohne RENOVABIS begonnen – teilweise schon bevor das Hilfswerk gegründet war – und sind dann irgendwann mit RENOVABIS in Verbindung getreten. Auch RENOVABIS geht immer wieder auf Gruppen und Verbände zu; so fanden 1994 ca. 50 Informationsveranstaltungen statt.

Spendenzufluß und Verwaltung:

1993 erhielt RENOVABIS 21 Mio DM an Spenden, davon wurden etwa 2 Mio direkt gespendet. Bis zum November 1994 erhielt RENOVABIS 20 Mio DM Spenden, auch davon wurden 2 Mio DM direkt gespendet. Ab 1995 sollen zusätzlich zu der jährlich stattfindenden Kollektensammlung rund 10 Mio DM aus Kirchensteuern dazukommen. Der bisherige Verwaltungsaufwand beträgt 4,12 %. Die Geschäftsstelle ist sehr klein und besteht aus:

- 1 Geschäftsführer
- 3 1/3 Projektreferent
- 2/3 Dialogreferent
- 1 Öffentlichkeitsarbeiter
- 1 Verwaltungsangestellter
- 9 Sekretärinnen

RENOVABIS ist in der breiten Öffentlichkeit noch nicht so bekannt wie andere Hilfswerke. Deshalb soll im

Hinblick zum nächsten Aktionstag am 28. Mai 1995 verstärkt Öffentlichkeitsarbeit geleistet werden. Es werden im Vorfeld des Aktionstages verschiedene Eröffnungsveranstaltungen durchgeführt, um RENOVABIS bekannter zu machen.

PERSONALIA

Nach kurzer, aber schwerer Krankheit verstarb am 7. Februar 1995 im Alter von 56 Jahren StFw a.D. **Bernd Froese**, Ansprechpartner der GKS in Freising/Wehrbereich VI. Das Freisinger Tageblatt würdigte in einem Artikel am 10.02.95 ausführlich den Verstorbenen als „eine feste Größe, auf die stets Verlaß war“ und verglich ihn „wegen seiner Überzeugung und seiner Figur“ mit dem Hl. Christophorus. Auch in der Laienarbeit der „Kirche unter Soldaten“ war Bernd Froese wegen seines unermüdlichen Engagements, seiner freundlichen und humorvollen Art ein geschätzter Kamerad und verlässlicher Mitarbeiter im Weinberg des Herrn. Froese war fest in der Freisinger Zivilgemeinde St. Georg verankert. Sein Einsatz reichte vom Vorsitz im PGR über die Delegation im Kreiskatholikenrat, Redaktion des Pfarrbriefes, Kommunionhelfer und Lektor, Mitarbeit im Katholischen Kreisbildungswerk bis hin zum Vorstand des Katholikenrates der Erzdiözese München und Freising. Zuletzt noch wurde er trotz seiner Erkrankung von der Kirchenverwaltung St. Georg zum Kirchenpfleger bestellt. Die GKS wird Bernd Froese in brüderlichem Gebet gedenken. (PS)

Gabriele Gräfin Plettenberg ist von Papst Johannes Paul II. zur Konsultantin im Rat für die Familie ernannt worden. Der GKS ist die freie Journalistin, Ehefrau eines Oberst der Bundeswehr im Ruhestand, bekannt geworden als engagierte Vorsitzende des in Bonn ansässigen Internationalen Familienkongresses. Bei der Bundeskonferenz der GKS 1994 in Stapelfeld/Cloppenburg hielt Gräfin Plettenberg einen viel beachteten Vortrag zum Jahresthema „Der Soldat im Spannungsfeld zwischen Dienst und Familie“ (AUFTRAG 212, S. 136 ff). (PS)

Wechsel im Vorstand Wehrbereich V

Friedrich Brockmeier

Auf der Frühjahrsarbeitskonferenz im Wehrbereich V (17.–19.03.95) in Heilighaus haben die GKS-Delegierten einen neuen Vorsitzenden und seine Vertreter gewählt.

Oberstleutnant Wolfgang Weise, der dieses Amt seit 1988 inne hatte, stand nicht mehr für die Wahl zur Verfügung, weil er mit Ablauf dieses Jahres aus dem aktiven Dienst als Soldat ausscheidet. Es gab erhebliche Schwierigkeiten, einen Nachfolger in den GKS-Kreisen zu finden, denn auch hier machen sich die Reduzierung und das Personalstrukturgesetz der Bundeswehr schmerzhaft bemerkbar. Schließlich konnte Oberstleutnant Klaus-Günter Nitsch aus Meßstetten, der seit vielen Jahren als Moderator der Arbeitskonferenz des Katholischen Wehrbereichsdekans V tätig war, für die Kandidatur als Vorsitzender gewonnen werden. Als Stellvertreter stellten sich StFw Ambros Vollkommer aus Tauberbischofsheim und StFw Ludwig Staus aus Mosbach zur Verfügung. Da nur ein Wahlvorschlag vorlag, wurden alle drei per Akklamation gewählt.

Der scheidende Vorsitzende übergab seinem Nachfolger mit einer

Stimmgabel symbolisch das neue Amt. Jeder solle damit wissen, wer von nun an den Ton angibt. Zugleich wollte Weise mit dieser Geste den guten Einklang unterstreichen, der zwischen ihm und dem bisherigen Moderator geherrscht hat. Nach der Wahl bedankte sich der Wehrbereichsdekan, Pater Johannes Müller, bei Oberstleutnant Weise für seinen uneigennütigen Einsatz und seine stete Hilfsbereitschaft, vor allem aber für die tatkräftige Unterstützung, die er ihm seit seiner ersten Stunde als neuer Wehrbereichsdekan hatte zukommen lassen. Frau Weise dankte er für das Verständnis, das sie der zusätzlichen Aufgabe ihres Mannes entgegengebracht hatte.

Zum Bildungsteil der Frühjahrskonferenz gehörte ein Vortrag mit anschließender Diskussion über Sekten, ihre Entstehung und Gefahren. Als Besichtigungspunkt stand die Klosterbibliothek Bad Schussenried auf dem Programm. Die auch diesmal durchgeführte Sammlung für einen caritativen Zweck ergab 267 DM. Der Betrag wird der Krebs- und Unfallhilfe im Bw-Krankenhaus Ulm zur Verfügung gestellt.

WEHRBEREICH I

Den Weg zum Frieden gehen

Erster „Rendsburger Friedenstag“ im Wehrbereich I.

Franz-Josef Hosse

Bislang fand der Friedenstag der Katholischen Militärseelsorge im Wehrbereich I in Hamburg statt. Doch neue militärische Strukturen legten die Verlegung an einen zentral gelegenen Standort „mit Truppe“ nahe. Die Wahl fiel auf Rendsburg, das eine lange militärseelsorgliche Vergangenheit hat, die bis in die Zeit zurückreicht, als die Stadt dänische Garnison war. Überdies versteht Rendsburg sich durch Ratsbeschluß ausdrücklich als „Friedensstadt“. Daß man Rendsburg gelegentlich die „heimliche Landeshauptstadt“ nennt, sei nur am Rande erwähnt.

Einem Empfang im Hohen Arsenal, an dem Soldaten aller Dienstgrade, Vertreter aus Ortskirche, Öffentlichkeit und Politik teilnahmen, ging ein Pontifikalamt in der St. Martins-Kirche voraus, das von Bischofsvikar Dr. Hans-Jochen Jaschke gefeiert wurde. In seiner Predigt richtete der Bischof Worte der Anerkennung und Ermutigung an die Soldaten. Er sagte: „Wir leben in einer Zeit, da Mauern zusammenfallen, die festgefügt erschienen, da Fundamente zerbrechen, auf denen man sicher zu stehen meinte, da die Hoffnungen auf einen dauerhaften Frieden abgelöst wurden durch die weltweite Erfahrung von blutigen Auseinandersetzungen. Ge-

rade in einer unsicheren und bedrohten Welt sind demokratisch legitimierte und kontrollierte Streitkräfte unverzichtbar.“ Mit besonderem Lob würdigte der Bischof die geräuschlose Eingliederung der alten ostdeutschen Streitkräfte in das westliche Bündnis: „Von der Öffentlichkeit kaum zur Kenntnis genommen, hat die Bundeswehr damit einen wertvollen Beitrag erbracht zur Einheit Deutschlands und zur Sicherheit in Europa.“

Zum Abschluß dankte der Wehrbereichsdekan I, Msgr. Franz Stenzaly, allen, die durch ihre Teilnahme bekundeten, daß der Friede nicht allein Sache der Menschen sei, daß Friedenssicherung und Friedensförderung nicht nur den Soldaten überlassen werden sollten, daß es nicht allein auf die Bemühungen der Politiker ankomme, sondern daß bei allem Gott die entscheidende Rolle spiele.

Mit dem Friedenstag 1995 könnte eine neue Tradition eines „Rendsburger Friedenstag“ eröffnet werden.

Ökumenische Sankt-Ansgar-Vesper

Günter Thyse

Seit 1983 wird in Flensburg die Ökumenische St. Ansgar-Vesper gefeiert. Zur Erinnerung an den Missionar und Erzbischof Ansgar fand an seinem Todestag, dem 3. Februar, auch in Flensburg eine ökumenische Vesper statt. Gastgeber war in diesem Jahr die katholische Kirche St. Marien „Schmerzhafter Mutter“.

Der feierliche Einzug der Pastoren und Pastorinnen der nordelbischen evangelisch-lutherischen, der katholischen und der selbstständigen evangelisch-lutherischen Kirche, der katholischen und evangelischen Militärseelsorger, der Heilsarmee und der christlichen Gemeinschaft Arche, der griechisch-orthodoxen Gemeinde sowie der Marienschwestern aus Dänemark, war ein überaus beeindruckender – und erhebender – Anblick.

Ökumenisch

Ursprünglich stammt der Begriff „Ökumene“ aus der griechischen Sprache und bedeutete: die ganze bewohnte Erde. Heute bezeichnet dieses Wort

die Gesamtheit der Kirche, Christen aus verschiedenen Kirchen, die wie in der St. Ansgar-Vesper, zum gemeinsamen Lobpreis Gottes vereint sind.

Die Chöre der katholischen Pfarrgemeinde und des Diakonissen-Krankenhauses sowie des Sängers der griechisch-orthodoxen Gemeinde umrahmten musikalisch die Vesper (lat.: vespera – Abend). Sie ist eine sehr alte Form der Abendandacht mit mehreren Psalmen, dem Lobgesang der Maria (Magnificat) und mit Gebeten. Diese Form ist in der evangelisch-lutherischen und römisch-katholischen Kirche bewahrt und eignet sich deshalb gut für gemeinsame Gebets- und Abendgottesdienste.

Ansgar

Ansgar – Gottes Speer – wurde 801 in der Picardie in Nordfrankreich geboren. Als er fünf Jahre alt war, starb seine Mutter. Darauf wurde er im bedeutenden Kloster Corveia (Corbie, etwa 15 km östlich von Amiens) erzogen.



Die Nachricht vom Tod des Kaisers Karl des Großen im Jahre 814 erschütterte den inzwischen Mönch gewordenen Ansgar tief. Er erkannte die Nichtigkeit alles Irdischen. In einer Vision sprach Christus zu ihm: „Geh hin und verkünde den Heiden Gottes Wort!“ So ging er nach seiner Priesterweihe gern in das Benediktinerkloster Corveia nova (Corvey) an der Weser bei Höxter im Missionsland

Sachsen, das von Corbie aus gegründet worden war. Dort wurde er Leiter der Klosterschule.

Als Harald Klak, der Herrscher über ein kleines Gebiet im südlichen Jütland/

Dänemark, sich in Mainz hatte taufen lassen, wurde Ansgar sein geistlicher Begleiter. So kam Ansgar im Jahre 826 als erster Bote des christlichen Glaubens in das heutige Schleswig-Holstein, vermutlich nach Haitabu (bei Schleswig), vielleicht auch nach Ripen (dänisch: Ribe). Harald wurde bereits 827 aus seiner Herrschaft vertrieben, in der Folge mußte auch Ansgar weichen.

Im Jahre 830 reiste Ansgar nach Birka, damals ein bedeutender Handelsort (etwa 30 Km westlich vom heutigen Stockholm). Dort konnte er eine kleine christliche Gemeinde bilden. Als 831 das Bistum Hamburg zur Förderung der Mission im Norden eingerichtet wurde, war es Ansgar, der zum ersten Bischof geweiht wurde. Doch 845 überfielen Wikinger die Stadt und zerstörten Kirche und Kloster. Ansgar konnte nur das nackte Leben retten. Bald danach wurde er aber zum Erzbischof des vereinigten Erzbistums Hamburg-Bremen mit dem Sitz in Bremen bestimmt.

Von dort aus trat er mit dem dani-

schen König Horich I. in Kontakt, der ihm schließlich erlaubte, in Haitabu und in Ripen eine Kirche zu errichten. 853 unternahm er noch einmal eine Reise nach Birka, wo eine Kirche gebaut wurde. Ein kleiner Anfang in der Missionierung des Nordens war gemacht.

Ansgar starb am 3. Februar 865 mit den Worten: „In deine Hände befehle ich meinen Geist.“ Im Bremer Dom St. Peter fand er sein Grab. Ihn prägte eine innige Verbundenheit zu Jesus.

Rimbert, Ansgars Nachfolger auf dem Bischofsstuhl, verfaßte eine Biographie des großen Glaubensboten und beschrieb ihn so: „Er wollte den Blinden Auge, den Lahmen Fuß und den Armen ein Vater sein.“ Ansgar lebte zu einer Zeit, als die Kirche noch nicht in orthodox, römisch-katholisch, lutherisch und reformiert gespalten war. Das gemeinsame Gedenken wird dadurch erleichtert, daß er ein „Heiliger der ungeteilten Christenheit“ ist.

Arbeits- und GKS-Wehrbereichskonferenz in Kiel

Walter Schrader

Am 10. März fand in Kiel die erste Arbeitskonferenz 1995 beim Wehrbereichsdekan I und daran anschließend die Wehrbereichskonferenz der GKS statt. Die anwesenden 17 Teilnehmer befaßten sich mit der Zukunft der Pfarrgemeinderäte und der neuerlichen Umstrukturierung der Streitkräfte im Wehrbereich I. Darüber hinaus hörte sie einen äußerst informativen und fesselnden Vortrag von Prof. Dr. med. Carl Schirrer, Hamburg, zum Thema „Nils Stensen – ein moderner Heiliger in seiner Bedeutung für Kirche und Wissenschaft“.

Während der anschließenden Wehrbereichskonferenz wurden die Wahlen zum Wehrbereichsvorstand durchgeführt. Ergebnis:

Vors.: Hptm Walter Schrader
Lufttransportgeschwader 63
24392 Süderbrarup
Stellv.: OBtsm Uwe Nienhaus
Minensuchgeschwader-SUG
24376 Kappeln

Stellv.: Hptm Alfred Warner
Heeresflugabwehrschule
24768 Rendsburg

Der Vorsitzende im WB I konnte mitteilen, daß die GKS in Hamburg weiter Fuß gefaßt hat. Mit zwei neuen Ansprechpartnern an der Führungsakademie und im Standort HH-Fischbek wurde eine seit Jahren bestehende Lücke wieder geschlossen.

Neuer GKS-Vorstand im Wehrbereich VI

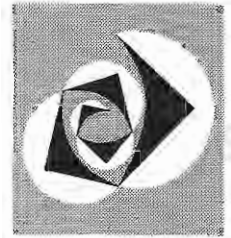
Vors.: Hptm Albert Goll
SFjgStDst
87527 Sonthofen
Stellv.: StFw Rüdiger Schälke
Infanterieschule
97762 Hammelburg
OStFw Michael Stigler
MatAußenlager Albaching
83544 Albaching

Termine

- 17.-21.04. Jahresrüstzeit der CoV in Rothenburg/T
- 22.-24.04. Vorkonferenz Vorst. ZV/GKS
- 24.-29.04. 35. Woche der Begegnung in Waldfischbach südl. KL mit 24.-27.04. Zentrale Versammlung, 27.-29.04. BuKonf GKS
- 27.04. Gedenkgottesdienst des Militärbischofs in Remagen
- 03.-05.05. Hauptversammlung GKMD
- 05.05. Sitzung IS in Bonn
- 05.-06.05. Vollversammlung ZdK
- 06.-12.05. SINN STATT SUCHT! Woche für das Leben 1995
- 17.-23.05. 37. Intern. Soldatenwallfahrt nach Lourdes
- 02.-05.06. WB III: Familienwochenende
- 11.06. WB I: GKS-Sternfahrt nach Itzehoe
- 16.-18.06. WB III: WB-Konf GKS
- 20.06. Sitzung EA in Bonn
- 23.06. Verabschiedung MGV Dr. E. Niermann
- 11.-25.07. Intern. Jakobuswallfahrt nach Santiago de Compostela
- 18.08. Sitzung IS in Bonn
- 19.08. WB I: GKS-Strandfest im Stützpunkt Olpenitz
- 05.09. Sitzung EA in Bonn
- 08.-10.09. WB I: Familienwochenende in Mölln
- 10.-16.09. AMI-Konferenz in Santiago de Compostela
- 22.-24.09. WB V: Arbeitskonferenz
- 29.09.-01.10. Herbstsitzung BV GKS in Aachen
- 29.09.-01.10. WB VI: Arbeitskonferenz
- 09.-13.10. Gesamtkonferenz in Dresden
- 27.-29.10. WB IV: Arbeitskonferenz
- 03.-05.11. WB III: Arbeitskonferenz
- 06.-10.11. Seminar der GKS-Akademie Oberst Helmut Korn in Fulda
- 17.11. WB I: Arbeits- und WB-Konferenz in Kiel
- 24.-26.11. WB II: Arbeitskonferenz
- 24.-26.11. WB I: Christkönigstreffen im Kloster Nütchau
- Nov. 95 Herbstkonferenz GKMD
- 24./25.11. Vollversammlung ZdK

GKS-AKADEMIE OBERST HELMUT KORN

50 Jahre nach Kriegsende Krisen überwinden – Verständigung finden



Seminar zum Selbstverständnis katholischer Soldaten vom 6. bis 10. 11. 1995

EINFÜHRUNG

Das Bonifatiushaus Fulda und die GKS-Akademie Oberst Helmut Korn laden ein zu einem Seminar „50 Jahre nach Kriegsende Krisen überwinden – Verständigung finden“, das vom 06.-10.11.95 stattfindet.

Nach dem totalen Zusammenbruch der staatlichen Ordnung 1945 eröffnete sich für alle Bereiche des öffentlichen Lebens die Chance für einen Neuanfang. Eine wehrhafte Demokratie, die auf unveräußerlichen Grundrechten, auf Rechts- und Sozialstaatlichkeit gründete, sollte aufgebaut werden. Das Seminar geht der Frage nach, was aus diesem Neubeginn geworden ist und versucht eine innenpolitische wie zwischenstaatliche Standortbestimmung. Diese Standortbestimmung kann nicht statisch begriffen werden, sondern nur als Analyse eines lebhaften demokratischen Prozesses, an dessen Weiterentwicklung auch der Soldat beteiligt ist.

Die Akademie Oberst Helmut Korn ist eine 1987 gegründete Einrichtung der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS). Sie findet alle zwei Jahre jeweils Anfang November statt. Ihr Ziel ist es, jüngeren Offizieren und Unteroffizieren Wege durch das Spannungsfeld zwischen Beruf, Politik und Ethik aufzuzeigen. Die Akademie ist nach dem Mitbegründer und geistigen Vater der GKS, Oberst Dr. Helmut Korn († 1983), benannt.

Im Bonifatiushaus, einer Bildungsstätte der Diözese Fulda, hat die GKS einen in Deutschland zentral gelegenen Ort der Begegnung gefunden, der durch die vom „Apostel der Deutschen“ begründete christliche Tradition und die damit verbundene geistig-geistliche Aufgeschlossenheit bestimmt ist.

PROGRAMM (Auszug)

Montag, 6. November 1995

- bis 14.00 Uhr Anreise, Kaffee
16.15 Uhr Empfang beim Oberbürgermeister der Stadt Fulda,
18.00 Uhr „50 Jahre Demokratie in der Entwicklung – Rückblick und Standortbestimmung“, Prof. Dr. Manfred Härtich

Dienstag, 7. November 1995

- 09.30 Uhr „Bedingungslose Kapitulation 1945 – Katastrophe oder Chance für den Neubeginn?“, Prof. Dr. Wolfgang Altgeld
15.30 Uhr „Internationale Krisen nach 1945 – Ursachen, Möglichkeiten für Krisenmanagement und -bewältigung“, Dir. bei der FüAk Dr. Hilmar Linnenkamp
18.00 Uhr Eucharistiefeier mit dem Katholischen Militärbischof

Mittwoch, 8. November 1995

- Exkursion nach Eisenach
09.30 Uhr „Welche Bedeutung können nationale Symbole heute haben? – Die Wartburg heute und ihre Geschichte“, OStDir Dr. Gunter Schmidt, Ltr Martin-Luther-Gymnasium Eisenach

- 14.00 Uhr Besichtigung der Wartburg
17.00 Uhr „Elisabeth von Thüringen“, Wortgottesdienst in der Pfarrkirche St. Elisabeth in Eisenach, anschl. Gespräch mit Pfarrer Dr. Hans-Andreas Egenolf zum Thema „Die katholische Kirche in den neuen Bundesländern“

Donnerstag, 9. November 1995

- 09.30 Uhr „40 Jahre Bundeswehr – Veränderungen im Auftrag und Selbstverständnis des Soldaten“, GenLt Edgar Trost / Militärgeneralvikar
18.00 Uhr „Krisen überwinden – Verständigung finden: Deutschlands Brückenfunktion zwischen West und Ost“, Dr. Hanna Suchocka, Ministerpräsidentin (1992/93) der Republik Polen
20.00 Uhr Empfang durch den Kath. Militärbischof, Erzbischof DDr. Johannes Dyba

Freitag, 10. November 1995

- 08.00 Uhr Ausklang mit Gottesdienst, MD Msgr. Walter Theis, anschl. Abreise

ORGANISATION

Zielgruppe für die Teilnahme an einem Seminar der GKS-Akademie Oberst Helmut Korn

- jüngere Offiziere und Offizieranwärter
- jüngere Unteroffiziere

Anmeldung:

Über den Katholischen Standortpfarrer oder den Vorsitzenden des örtlichen GKS-Kreises/Ansprechpartner der GKS oder unmittelbar an den Bundesgeschäftsführer der GKS:

Hptm a.D. Günter Hagedorn,
Forststraße 107, 51107 Köln,
Tel: 0221-863130, Fax: 0221-866408

Anmeldetermin: Bis spätestens 01.09.95

Anmeldungen sind ab sofort möglich, sie werden entsprechend ihres Eingangs und der Zugehörigkeit zur Zielgruppe berücksichtigt. Kann eine Anmeldung z.B. aus Platzgründen nicht angenommen werden, erfolgt unver-

züglich eine Benachrichtigung durch den Bundesgeschäftsführer.

Kostenbeitrag: Eine Teilnehmergebühr wird nicht erhoben. Für Unterkunft und Verpflegung wird der für Veranstaltungen der Militärselbsthilfe übliche, gestaffelte Tagessatz für 4 Tage erhoben:

- W-Soldempfg. 4 x 7,00 = DM 28,00
- bis Bes.Gr. A8 4 x 10,00 = DM 40,00
- Bes.Gr. A9-12 4 x 15,00 = DM 60,00
- Bes.Gr. A13-15 4 x 18,00 = DM 72,00
- ab Bes.Gr. A16 4 x 25,00 = DM 100,00

Der Eigenanteil ist beim Eintreffen am Seminarort zu entrichten. Sollten Sie Ihre Anmeldung kurzfristig – d.h. nach dem 01.10.95 – zurückziehen, muß der Veranstalter leider eine Ausfallgebühr in Höhe des Eigenanteils in Rechnung stellen. Diese kann durch Teilnahme einer von Ihnen benannten Ersatzperson vermieden werden.

Hinweis auf Urlaubsregelung:

Soldaten können Sonderurlaub gem. Ausführungsbestimmungen der SUV (ZDV 14/5, F 511) Nr. 78 u. 79 Abs. 1 beantragen. Das Seminar ist durch die Bundeszentrale für Politische Bildung in Bonn als förderungswürdig im Sinne des § 7, Satz 1 Nr. 3, der Verordnung über Sonderurlaub für Bundesbeamte und Richter im Bundesdienst anerkannt.

Bekleidung während des Seminars:

Dienstanzug „Grundform“ der jeweiligen TSK, weißes Hemd zum Bischofsempfang am Donnerstag.

An- und Abreise:

Die Fahrkosten werden – auch bei Benutzung von Privat-Pkw – in Höhe einer Militärdienstfahrkarte 2. Klasse und ggf. Mitnahmeentschädigung erstattet. Die Benutzung des Privat-Pkw erfolgt auf eigene Gefahr. (PS)

BUCHBESPRECHUNGEN

Michael Müller (Hrsg.)**Marsch auf Rom – Ein Kampf um die Kirche**

MM Verlag, Aachen, 502 Seiten, ISBN 3-228272-33-0

Es vergeht kaum ein Tag, da in den Tageszeitungen und Wochenzeitschriften der „Kirche“, dem Papst, den Bischöfen oder aber auch nur allgemein den Christen nicht irgend eine Gemeinheit unterstellt wird. In den Medien herrscht ein antikirchliches Klima.

Diese Negativ-Stimmung ist mit ein Grund, warum viele Menschen die Kirche verlassen. Sie haben keine Chance, die Richtigstellung – oft an verdeckter Stelle und wochenlang später – zu erfahren. Es fehlt der katholischen Kirche in Deutschland ein Rundfunksender, der sofort richtig stellen kann. Antworten in den Kirchenzeitungen erfolgen sehr viel später und auch nur vor einer begrenzten Leserschaft. Die Deutsche Tagespost, die sich müht, die schlimmsten Verleumdungen abzufangen, erreicht nur einen leider zu kleinen Leserkreis.

Es ist daher das Verdienst des Herausgebers, anhand der fundierten Nachweise renommierter Professoren und Sachkundiger, einmal aufzuzeigen, in welcher übersteigerten und verletzender Form von außen – leider aber auch von innen – Kirchenkritik geübt wird. Das Buch nennt Angreifer und Unterminierer. Dabei wird nichts beschönigt oder übertüncht. Sorgen und Bedenken werden artikuliert, aber auch Wege aus der Krise gewiesen.

Leider kommt es oft vor, daß die „Amtskirche“ auch von jenen geprügelt wird, die zugleich von ihr leben. Man beklagt lauthals – möglichst im Fernsehen – die Methoden der Kirche und schweigt, wenn im alltäglichen Leben ein Mensch, der seinem Verein, seinem Betrieb schadet, vor die Tür gesetzt wird – sogar ohne die kirchlich geübte soziale Verträglichkeit.

Hier wird aufgezeigt, wie man mit zweierlei Maß mißt und die Kirche der Heuchelei bezichtigt, wenn sie, Kraft ihrer Vollmacht, dem Sünder immer wieder vergibt. Die Heuchler sitzen nämlich dort, wo ohne Ehrfurcht vor den Personen Anklage erhoben wird, wo Verzeihen angebracht wäre.

Man spricht in den Wörtern bereits Urteile aus: „Pflichtzölibat“; wo steht „Pflichtehe“? Man spricht von „Berufsverbot“ und feuert den eigenen Chefredakteur aus vordergründigen Interessen. All diese Dinge sind nun mal Erscheinungen dieser Welt. Aber die Kirche muß sich

wehren gegen die, die falsches Zeugnis geben.

Dieses Buch ist eine großartige Hilfe, den Anwürfen der Zeit zu widersprechen und zwar mit den Argumenten der Wahrheit. (H.F.)

Michael Müller (Hrsg.)**„Kirche & Sex“**

MM-Verlag, Aachen 422 Seiten, gebunden, DM 39,80, ISBN 3-928272-39-X

Offenbar ist Sex das allesbeherrschende Thema unserer Gesellschaft, und folgt man den Medien und ihren Darstellungen, auch der Kirche. In diesem lesenswerten, wichtigen Buch werden die auf Sexualität bezogenen Aspekte des Christentums besprochen und gezeigt, daß sie für die katholische Kirche nicht das – angebliche – überragende Problem sind. Viele namhafte Autoren korrigieren das falsche Bild, die Vorurteile, die der katholischen Sexualmoral angelastet werden. Sachliche, gut verständliche und nachvollziehbare Beiträge von Theologen, Ärzten, Psychologen und anderen Sachkundigen erklären das tatsächliche Verständnis der katholischen Kirche, ihrer Sicht der menschlichen Sexualität, der Würde und der Natur des Menschen entsprechend. Dieses Buch ist für die ganze Familie eine willkommene Information über die katholische Sexualmoral, die – gäbe es sie nicht – erfunden werden müßte. Dann wäre sie vielleicht weniger angefeindet und würde gerne als angemessene ganzheitlich menschliche Sicht angenommen. (W.T.)

Michael Müller (Hrsg.)**„Die Vierte Gewalt – Fragen an die Medien“**

MM-Verlag, 52062 Aachen 235 Seiten, Broschüre, DM 29,80, ISBN 3-928272-37-3

Sind die Medien zu einer nicht kontrollierten, die Meinung lenkenden Macht geworden? Welche Macht haben die Journalisten als Meinungsmacher und wie verstehen sie ihre Aufgabe? Um diese Fragen geht es in diesem dialogisch aufgebauten Buch. Auf die vom Herausgeber und Verleger gestellten 14 Fragen antworten Konrad Adam – FAZ, Barbara Sichtermann – Die Zeit, Paul C. Martin – Bild, Thomas Kielinger – Rheinischer Merkur und für die Öffentlich-Rechtlichen Medien der Intendant des WDR, Friedrich Nowotny und für die Privaten Helmut Thomas, Geschäftsführer von RTL. Die Fragen wurden von allen Gefragten zum Teil kurz, oft lang und um Gewinn an Verständnis für

den eigenen Standpunkt bemüht, beantwortet. Es ist reizvoll zu lesen, wie der eigene beruflich erreichte Stand den Blickwinkel bestimmt und die Argumente beeinflusst. Der Leser wird besser verstehen, worum die Medienverantwortlichen argumentieren, wenn er die Stellungnahmen ihrer Vertreter gelesen hat. In einem zweiten Teil werden wichtige Aspekte der Medien-Thematik erläutert. Die Überschrift des Beitrages von Prof. Gertrud Höhler „Wir sind alle gefordert“ ist ein Aufruf an den Interessenten, dieses Buch zu erwerben um sich kundiger zu machen, damit er seine vermutete „Ohnmacht als Konsument“ überwindet und sich der vermuteten „Macht der Medien“ stellt und seine Unabhängigkeit bewahrt. (W.T.)

Tom Clancy**Gnadenlos**

Roman, aus dem Amerikanischen von Ulli Benedikt; Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg 1995, 750 Seiten, gebunden DM 49,80, ISBN 3-455-00854-2.

Tom Clancy, dessen erster Roman „Jagd auf Roter Oktober“ ihn weltberühmt gemacht hat, ist inzwischen neben John Grisham der meistgelesene Spannungsauteur unserer Zeit. Seine Themen bewegen sich immer im Grenz- und Kollisionsbereich von Militär bzw. militärischem Einsatz und Politik. Er versteht es, sich ständig steigende Spannung mit einfühlsamer Zeichnung von menschlichen Charakteren und ihren Problemen zu verbinden und das Verhalten von Menschen in Extremsituationen, vor allem im militärischen Einsatz, überzeugend darzustellen. Dabei zeichnen sich seine Romane durch exakte Beschreibung militärischer Planung, Operationen, Taktik und auch Technik aus – wobei trotz dieser Akribie keine Langeweile, sondern im Gegenteil aus Lebensnähe und Realität genährte Spannung entsteht.

In seinem neuesten Roman „Gnadenlos“ (Without remorse) schildert Clancy den Einsatz eines früheren Spezialisten der US-Marines für riskante Kommandos, John Kelly, der nach dem Unfalltod seiner Frau nicht mehr mit dem Leben zurechtkommt. Das Pentagon erteilt ihm den geheimen Auftrag, amerikanische Kriegsgefangene aus einem vietnamesischen Lager zu befreien.

Wie Kelly diese kaum lösbare Mission angeht, wie er dabei in einem ständigen Konflikt zwischen seiner militärischen Aufgabe und einem privaten Rachefeldzug gegen übermächtige politische Gegner steht, das macht das Buch lesenswert und nachdenkenswert zugleich. (J.B.)



Der Königsteiner Engel

Der »siebte Engel mit der siebten Posaune« (Offb 11,15–19) ist der Bote der Hoffnung, der die uneingeschränkte Herrschaft Gottes ankündigt. Dieser apokalyptische Engel am Haus der Begegnung in Königstein/Ts., dem Gründungsort des Königsteiner Offizierkreises (KOK), ist heute noch das Traditionszeichen des GKS, das die katholische Laienarbeit in der Militärseelsorge seit nunmehr 40 Jahren begleitet.



Das Kreuz der GKS

Das »Kreuz der GKS« ist das Symbol der Gemeinschaft Katholischer Soldaten. Vier Kreise als Symbol für die GKS-Kreise an der Basis formen in einem größeren Kreis, der wiederum die Gemeinschaft versinnbildlicht, ein Kreuz, unter dem sich katholische Soldaten versammeln.

Impressum

AUFTRAG ist das Organ der
GEMEINSCHAFT
KATHOLISCHER SOLDATEN
(GKS)

und erscheint bis zu neunmal jährlich.

Herausgeber: GEMEINSCHAFT
KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS)

Redaktion:
Klaus Brandt, Oberstleutnant a.D.,
verantwortlicher Redakteur,
Helmut Fettweis, Oberst a.D.,
Redakteur,
Paul Schulz, Oberstleutnant a.D.,
Redakteur, Satz und Layout.

Zuschriften:

Klaus Brandt, Postfach 30 03 03,
51413 Bergisch Gladbach,
Fax: 02204-23005

Druck: Köllen Druck & Verlag GmbH,
Ernst-Robert-Curtius-Str. 14,
53117 Bonn-Buschdorf

Überweisungen auf:
Konto-Nr. 2532786 BLZ 380 400 07
Commerzbank Bonn,
Zweigstelle Adenauerallee oder
165035-506 Postscheckamt Köln –
Generalvikariat des Katholischen
Militärbischofs – Vermerk:
"Spendenkonto der GKS".

Nachdruck, auch auszugsweise,
nur mit Genehmigung der Redaktion
und mit Quellenangabe.

Nachbestellung gegen eine Schutz-
gebühr von DM 5,- an den
ausliefernden Köllen Verlag.